

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Honoraumpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stünzing, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenningerstr. 56.

Sitz der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Zeitung
für die dreigeköpften Beiläge oder deren Raum 80.-

Inhalt: Oster-Evangelium. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausverkündigungen, Maßregelungen, Differenzen, Bekanntmachung des Vorstandes. Jahresberichte der Baubehörde: Bau Oberhöfe, Berichte. — Central-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissions usw. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefstellen. — Anzeigen.

Oster-Evangelium.

Ein einziges Mal möcht' ich zum Thürmer werden,
Der nichtspäth durch eine schmale Scharte
Muß dann mit Macht den Wölfen all auf Eben
Den Ostergruß zuebhnt von hoher Warte.
Der allen Banden im Triumph verklinden,
Man schmeide nun zu Siegeln um die Waffen.
Der Freiheit sei der Friede eng verbündet
Und werde Heil und Segensfälle schaffen.

In meiner Höhe wird ich ihn empfinden,
Den frohen Herzschlag der erregten Massen,
Die sich, ein Schreitnis für die ewig Blinden,
Ins Freie hängen aus den finstern Gassen;
Der Freudenruf nach funnigeprägt'nen Schmerzen,
Der seige Seelen füllt mit bangem Grausen —
Mir ginge dieser, boster er zu Herzen,
Als je Choralgesang und Orgelsbrauen.

Ist es ein Traum und muß ein Traum es bleibsen?
O nein, es ist die Ahnung schöner Wirklichkeit. Der Thürmer viele stehen auf hohen Warten, von denen sie des Geistes Mahnung ringsumher verblühen, ein neues Evangelium, die hohe Wohlthat der Erlösung und Verlöhnung. Mächtiger als sonst im Drang und Sturm des Lebens hört ihr sie heute tönen als Ostergruß zum Auferstehungsfest, als Weckruf allen Schlafenden, als Kampfruf allen Jagenden. Es ist die heilige unerschöpfbare Idee des Menschthums, der Humanität, die aus dieser Wohlthat spricht. Promoter Wahn mag sich versetzen in das Wunder der Erlösung, das einst auf Golgatha durch Gottes Sohn am Kreuz vollbracht, und in die Stunde seiner Auferstehung aus des Todes Nacht — wir schauen aber das Golgatha bei Jerusalem wohl hinweg auf den langen Pfadsweg, den die Menschheit durchmessen hat, auf die Gräber der unzähligen Märtyrer, die Hab und Gut, Blut und Leben hingegeben haben für die Verwirklichung der Idee des Fortschritts, die sie befestigt. Nicht aus erträumter Gottheit gnadentreichem Schoß ist der Menschheit je Erlösung vom Nebel gekommen; stets mußte sie aus eigener Kraft und unter vollster Selbstverantwortlichkeit ihr Schicksal sich gestalten, von einem Ziel zum anderen immer mehr zu Menschlichkeit empor sich ringen. Wohl uns, daß wir die naturnotwendigen, unlösbarben Zusammenhang all der Entwicklungshablen erkannt haben, die die Menschheit Jahrtausende hindurch durchmessen hat, aus Nacht und Barbarei aufsteigend zu immer besserer Erkenntnis, zu höherer Kultur und vollommener Humanität! Das hat in organischer Folge stetig die eine Weltanschauung die andere abgelöst, und mit der alten überwundenen Weltanschauung sanken in Trümmer all die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, die mit ihr verbunden waren. Was der Weltgeschichte ganzen großen Inhalt ausmacht, das ist nichts anderes, als ein stetes, ununterbrochenes Vergehen und Werden, Blüte, Frucht, Verfall, und aus dem Verfall die neue Blüte, die neue Frucht, das neue Leben. So schon sagt Alexander von Humboldt, daß es im Lebenseigentum der Menschheit ist wie in der Natur, für die es im Bewegen und Werden kein Bleiben gibt und die ihren Fluch gehängt hat an das Stilleschön.

Möge sich herrschendes Sonderinteresse noch so gewalt-
sam und rücksichtslos ausleben gegen das neue Werden
im Süden und in der Welt der Tatsachen — diese Auf-
lehning kann wohl zu Katastrophen führen, aber den
Sieg des Fortschritts nicht hindern.

Wenn Ihr Männer und Frauen der Arbeit, Euch
am Osterfest des leichten Frühlingsglanzes freut, dann
seid eingebildet, daß die Sonne, die all den Auferstehungs-
zauber um Euch weht, des Menschen Geist verwandt
ist. Wie sie, als organische Lebens Quelle, so ist in
un trennbarem Bunde mit ihr der Geist der Quelle aller
Kultur und allen Kulturfortschritts. Der menschliche
Geist ist für die Menschheit die wahre
Allmacht. Und diese Allmacht, nicht eine, die „über
den Sternen thront“, hat alle die Gottesurteile der
Geschichte zu Stande gebracht, denen im Laufe der
Zeiten so viele Ungerechtigkeiten und Unvollkommenheiten,
die ihre Verkörperung in staatlichen und
gesellschaftlichen Einrichtungen gefunden hatten, erlegen
sind. Was die Vernunft verurteilte, das hat keine
Möglichkeit dauernd bestehens, es stirbt vor dem
lebendigen und unablässigen fortzeugenden System der
geistigen Kräfte, auf denen das Reich der Menschen-
organisation beruht.

Zu allen Zeiten, in jeder Epoche der Geschichte
haben sich herrschende Gewalten unter Verneigung auf
„göttliche“ oder historische Rechte den Ideen des
Fortschritts und ihrer Verwirklichung widerlegt.
Unbedingte und unantastbare Autorität für sich
in Anspruch nehmend, haben sie geglaubt, der
Entwicklung erfolgreich ein Halt gebieten zu können.
Aber stets erwies sich die Macht des Geistes der Humanität
stärker als das erworbene oder vorgeblich „von
Gott verliehene“ Recht, wie tiefvorgelnd, umfassend,
wohlorganisiert und wohlgeschickt dieses auch sein
möchte. Der Menschheit ewiges, unzerstörbares Vor-
recht, ihr Beruf, die Humanität immer reiner und
vollkommener herauszubilden, ließ sich durch kein
Machtwort hinwegdoketieren. Ebenso oft als der von
der Erkenntnis dieses Berufes geleitete freie Geist in
Nacht und Baum getan wurde, ebenso oft erhob er sich
triumphierend; er zerbrach alle Ketten, so unzerrüttlich
sie auch scheinen mochten.

Wir wissen, der „menschengewordene Gottessohn“,
der am Kreuz auf Golgatha sein edles Streben, den
Armen und Elenden zu helfen, büssen mußte, hat die
Menschheit nicht erlöst. Der Mensch selbst mußte
immer mehr Mensch werden, um sich vom Nebel zu
erlösen. Und noch ist ja vieles zu vollbringen zum
Heil der Welt, noch herrscht auf „Rechte“ pochend,
allzuoft, gar arge Ungerechtigkeit. Noch ist mancher
graue Fluch zu tilgen. Noch spricht verrückter
Geist der schönen Selbstsucht jener Liebe Hohn,
die der Nazarener einst verkündet hat. Noch sind
der Ketten viele zu zerbrechen — die Ketten des
Unvermögens, des läufigen Wahnes, des geistigen und
materiellen Elends. Und sie werden brechen, diese
Ketten, so wahr, so sicher wie des Frühlings
Sonne die Eisesseln sprengt. In Millionen Prole-
tarierherzen hat der Sozialismus, der Träger
und Verkünder einer neuen Weltanschauung, jene
heilige Glut entfacht, die allgemeinig siegreich ringt
für das Höhere, für das Bessere. Aus den Tiefen der
Volkseele kommt das neue Leben, das die Welt verjüngt
wird. Was Arbeiterbewegung heißt, das ist der
Frühlingssturm, der durch die Lande braust. Und
der Herzschlag der ringenden Masse ist der
Ostergruß der neuen Zeit, die da bringen soll den
Sieg der Freiheit und der rein menschlichen Gleichheit,
der versöhnten Gerechtigkeit, des Friedens und der
wahren Liebe, für die der Mensch das Höchste ist.

Für die Erfüllung dieser Verhälzung zu dulden und
zu kämpfen, ist die schöne Pflicht, die der Mensch
ausfüllen kann.

Politische Umschau.

Die sozialdemokratische Partei hat einen herben Verlust erlitten. Am 5. April starb in Hannover, von einem schweren Schlaganfall getroffen, im Alter von 68 Jahren, der Reichslagsabgeordnete Heinrich Meister. Sein Tod hat er seit dem Jahre 1886, also volle vierzig Jahre, bis unmittelbar vor seinem Tode seine Kraft der sozialdemokratischen Partei und der gewerkschaftlichen Bewegung gewidmet. Als ehriger und rechter Proletarier nahm er, der das Zigarettenzuckerhandwerk erlernt, seinen Weg in diese Bewegung und in die Partei. Gemeinsam mit Krische und anderen sozialgeschichtlichen Berufsgenossen gründete er 1884 den Deutschen Fabrikarbeiterverein, um sich dann alsbald auch dem von Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen. Sowohl in seiner Gewerkschaft wie in der Gesamtgenossenschaft Hannover und später auch in der Gesamtpartei hatte er eine führende Stellung inne. Seit 1884 beratet er die Stadt Hannover, im Reichstag. Zugleich war er diese ganze Zeit hindurch im Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und seit der Neuorganisation der Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzestheftigen Vorstandes der Kontrollkommission. Gar diese und schwere Verantwortlichkeit hatte er zu tragen. Aber immer hat er ihr, wie überhaupt jedem Pflicht, die ihm im Parteiinteresse erreichbar, ebenso gewissenhaft wie ausdauernd und energisch genügt. Alles in allem gab er stets ein gutes Beispiel. Auch der Nachfolger verdienten Gegner durfte er stets erfreuen. Die Partei und die gewerkschaftliche Bewegung schulden ihm gleichwohl vielen Dank. Als tapferer Soldat hat er in Nell und Gießen als kämpfender Proletarier gestanden und ist er gefallen. Das Andenken an Heinrich Meister wird in der Partei nicht erlöschen. Ist sein Wirkeln doch mit ihrer ganzen Geschichte verknüpft. So geht die alte Garde dahin. Möge die junge ihr nachstellen!

Der Reichstag ist vom 5. April bis zum 24. April in die Osterferien gegangen. Im Verlauf der letzten Sitzung wurde der Reichstagsantrag Billow, nachdem er über die Marofor-Angelegenheit gehandelt hatte, von einem starken Abstimmungsschlag abgelehnt. Bis jetzt verlautet, daß sein Bescheiden baldige Wiederherstellung erwarten läßt.

Der Erat ist, wie vorauszusehen war, in der verfassungsgeschichtlichen Zeit, bis 1. April, nicht erledigt worden. Es mußte deshalb ein Motte erlassen werden. Ein Teil der zweiten und die ganze dritte Sitzung steht noch aus. Unmittelbar nach den Ferien dürfte auch die Diskussionsfrage zur Entscheidung kommen.

Dem Reichstag liegt ein von der Preußischen Regierung gestellter Initiativantrag vor, der mit Rücksicht darauf, daß bei den letzten Reichstagswahlen in vielen ländlichen Orten als Wahlurnen Gegenstände benutzt wurden, die keine sichere Garantie für die Geheimhaltung der Stimmabgaben gewährten, die Reichsregierung auffordert, für die nächsten Wahlen Anordnungen über die Form und Benutzung der Wahlurnen zu treffen, die einen Mißbrauch ausschließen und eine Verlegung des Wahlbehelfes unmöglich machen.

Wie die „Liberalen Correspondenz“ erfährt, besteht in der überwiegenden Mehrheit des Reichstags über die unbedingte Notwendigkeit derartiger Maßnahmen vollkommene Übereinstimmung.

Über die Verfehlung Schwäbinniger vom Mittwochabend ist schon viel geredet und geschrieben worden. Jetzt nun hat die Petitionskommission des Reichstags beschlossen, eine diesbezügliche aus Hamburg eingegangene Petition dem Reichstag zur Erwiderung zu überweisen. In der Petition wird u. a. vorschlagen, daß die Leiter der in vielen Großstädten errichteten Schulen für Schwabehilfe nach Ablauf der Schule ein Vergleichsbericht über die Militärverwaltung auszufüllen. Es sei jedoch nicht immer möglich, bei der Ausmusterung der jungen Leute ein richtiges Urteil über deren geistige Fähigkeiten zu fassen. Es fänden deshalb auch verschwiegene Einstellungen in den Militärdienst statt. Die Leiter von Internaten seien verpflichtet, ein Verzeichnis der in den betreffenden Anstalten verpflegten Geisteskranken der Polizeibehörde einzurichten. Es würde sich vielleicht empfehlen, solche Verzeichnisse auch der Militärbürokratie zugehen zu lassen, soweit es sich um junge Männer handelt, die sich zur Ausmusterung noch nicht gefestigt haben.

Die preußischen Grund- und Handbesitzervereine haben in Berlin ihren neunten Verbandstag abgehalten. Der Geschäftsbereich führte hiltige Klage darüber, daß der preußische Landtag — dieses Parlament der beständigen Klassen — aber die Petition des Verbandes gegen die staatliche Unterstützung der „sogenannten“ gemeinnützigen Baumwollgenossenschaften der Genossen-Gewerke einfach zur Tagesordnung übergegangen sei. Die Regierung habe denn auch diesem Jahre wieder Mittel für diesen Zweck bereithalten. Die Hausgratier beanspruchen den Boden- und Wohnungsmärkte als ihr „unantastbares Recht“.

Auch befandt sie ihren Sinn darüber, daß Krankenkassen sich erlaubt haben, durch Enquête zu schändlichkeiten in Wohnungsgeschäften aufzudecken. Der Vorsteher, Julius Baumert, schrieb aus: Wenn die Krankenkassen auch bekanntlich unter sozialdemokratischer Leitung ständen, so dürften sie doch nicht das für die Kranken bestimmte Geld zur Parteikagazin gegen die Hausbesitzer ausgeben. Die Mitteilungen seien entstellt und übertrieben, die photographierten Wohnhäuser der „Armut“ seien fiktiv vor dem Abdruck gewesen. Die Armut würden übrigens weder die Hausbesitzer noch die Sozialdemokratie aus der Welt schaffen.

Die Haushälter ganz sicher nicht. Denn für sie ist die Armut Voraussetzung, elende Löcher als „Wohnungen“ zu unverschämten Preisen vermitten zu können.

* * *
Die Kulturrückständigkeit Mecklenburgs erschöpft eine Illustration durch die jetzt bestätigt gewordene Tatsache, daß es in diesem deutschen Bundesstaat, wo das Judentum im Namen des Christentums und der Ordnung regiert, 175 Schulen ohne Abort gibt! Diese Tatsache, die man kaum für möglich halten sollte, wird festgestellt durch folgende Mitteilung: „Die Schwertlinie Regierung hat mittels Ratschluß vom 1. November 1905 an die 175 ritterhaften Schulpatronen ihres Landes, in deren Gütern bisher trotz gesetzlicher Bestimmungen noch keine Abort für die Schulen vorhanden waren, verfügt, unverzüglich mit dem Bau von Schulaborts zu beginnen.“ Nahtlos haben es die oboitischen Jünter immer als ihr „gutes Recht“ betrachtet, auf das Geleis einzufallen, wenn es sich mit ihrem Interesse nicht verträgt. Ob sie jetzt ihre Pflicht genugt werden? Welche Annahme, diesen „Schulpatronen“ zuzumuten, Abort für die Schulkinder des ritterhaften Fleibs zu errichten? Es ist wirklich eine Schmach und Schande für das Deutsche Reich, daß in einem seiner Bundesstaaten noch solche Zustände existieren können.

* * *
Im englischen Unterhause begründete der sozialdemokratische Abgeordnete O'Farrell eine vom Kongress der Arbeiterspartei angemessene Resolution betreffend Altersversorgung usw. Die Resolution fand allgemeine Zustimmung, womit allerdings noch wenig für die sozialpolitische Praxis getan ist, aber das Unterhaus ist doch nunmehr an die Erfüllung seines Vertrags gebunden. Eine Londoner Korrespondenz des „Boromäts“ berichtet dazu: Die Schwertlinien sitzen nicht mehr im Prinzip, sondern in der Ausführung zu finden. Eine derartige sozialpolitische Maßnahme verlangt nun aber gleichzeitig entweder eine Finanzreform oder eine Herausbildung des Kriegsbudgets. Penionsberechtigt würden etwa 650 000 Briten im Alter von 65 Jahren. Die Pension soll zwischen £ 6,60 bis £ 7 pro Woche variieren. Die dazu notwendigen Ausgaben werden auf 10 bis 12 Millionen Pfund Sterling jährlich veranschlagt. Es handelt sich nun darum, Steuerquellen zu erfinden, um daraus die 18 Millionen Pfundsterling zu erhalten. Das einfache wäre eine Herabsetzung der Armut- und Pensionsausgaben von 65 auf 60 Millionen Pfund Sterling. Die Mittel, um eine erste Umgestaltung der Gesellschaft vornehmen zu können, sind wohl vorhanden, aber sie werden von denjenigen beherrscht, die das Wohl der Volker im Imperialismus oder im ungeliebten Welthandel erblicken, aber nicht in einer sozialistischen und demokratischen Ausgestaltung des eigenen Vaterlandes. Mit dem Gedanke des Englands für seine Armee ausgibt, könnte man seine arbeitslose Reservearmee in nützlichen Unternehmungen beschäftigen und anständig erhalten. Allein die Einsicht tut's nicht — ein neues Prinzip, mit Macht ausgerüstet, muß es leisten.

* * *
Im englischen Unterhause brachte der Minister des Innern, Gladstone, einen Gesetzentwurf ein, der das bestehende Gesetz über die Baglung von Unfallbeschädigung seitens der Unternehmer an die in ihnen Betrieben zu Schaden gelommenen Arbeitern ergänzt und verbessert. Der Entschädigungsanspruch wird ausgedehnt auf alle Personen, die für einen Unternehmer arbeiten, mit Ausnahme einiger weniger Klassen, wie Polizeimannschaften, Handlungsgehilfen und Dienstboten. Der Gesetzentwurf sieht auch die Entschädigung in Fällen gewerblicher Krankheiten vor, wie Farbenabgleichswunde, Bleivergiftung und Knochenverwödung.

Neben aller Parteien, einschließlich der Arbeiterspartei, sprachen sich zustimmend zu dem Entwurf aus. Nachdem Gladstone auf eine Anfrage noch erklärt hatte, daß das Gesetz auch die fremden Seeleute, die auf britischen Schiffen fahren, einbeziehe, wurde dieses in erster Lesung, wie bereits mitgeteilt, angenommen.

Der Generalanwalt Walton legte dem Unterhause ein Gesetz vor über die Haftbarkeit der Gewerbevereine in industriellen Streitigkeiten. Die Regierungsvorlage sucht auf Umwegen zu erreichen, was die Gewerbevereine offen als ihr Recht verlangen, nämlich, daß das Vermögen der Gewerbevereine nicht für ungeeignete Handlungen ihrer Vertrauensleute haftbar sein sollte.

In der Begründung seines Entwurfs sagt Walton, der Entwurf sei nötig geworden infolge der Entscheidung, die die Gerichte in dem bekannten Taff-Vale-Prozeß getroffen hatten, in dem als Recht erkannt worden war, daß Schadensersatz für die Folgen ungesetzlicher Vorgehens von Mitgliedern einer Trades Union während eines Ausstandes aus dem Vermögen des betreffenden Gewerbevereins erzielbar ist, auch wenn dieses Vorgehen nicht durch das Ereignis selbst desselben gutgeheissen worden sein sollte. Walton befürchtete die Forderung der Arbeiterverteiler, daß das Vermögen der Trade-Unions ganz und gar gegen derartige Anprüche geschützt sein sollte und erklärte: „Vassen Sie uns kein privilegiertes Proletariat schaffen.“ Der Minister gab indessen zu erkennen, daß die Regierung die Frage schließlich der Entscheidung des Hauses überlassen werde und erklärte, der Gesetzentwurf

legalisiere auch das sogenannte friedliche Streikpostenstehen. Schließlich wurde die erste Lesung des Entwurfs angenommen.

Wie aus London berichtet wird, ist die Arbeiterspartei in großer Erregung; sie hält Versammlungen ab und einer ihrer Vertreter, Hudson, hat ein Gesetz vorgelegt, das bestimmt, den Gewerbevereinen die Rechte zurückzugeben, die sie 80 Jahre lang bis zur neuesten, die bestreitlich dieser Vereine willkürlich konstruierenden Rechtsprechung besaßen. Dasselbe Unterhaus Hudsons Vorlage annimmt, die von 200 Liberalen, den ganzen Arbeiterspartei und sämtlichen italienischen Nationalisten gebilligt wird, muß die Regierung sich darüber entscheiden, ob sie Hudsons Forderungen der eigenen Vorlage einverleiben will, auf die Gesetze hin, eine Spaltung im Kabinett bevorstehen.

* * *
Eine Ablösung des Amerikanischen Arbeitersparteis wurde förmlich beim Präsidenten Roosevelt vollzogen, der darüber bestellte, daß öffentliche Organe nicht die berechtigten Interessen der organisierten Arbeiter schwer verleghen sollen.

Mit richterlichen Einhaltsbefehlen gegen Streikende würde Mißbrauch getrieben, das Amtshindernis für Regierungsarbeiten würde oft verlebt und die Ausbildungsbestimmungen gegen die Chinesen zu Gunsten von Kapitalisten sehr lag gehandhabt.

Roosevelt antwortete in einer wenig entgegenkommenen Weise und erklärte, daß er die Klagen der Arbeiter für unbegründet halte! Diese Antwort verstimmt bei den Arbeitern sehr, und es dauerte nicht lange, da sandte Roosevelt einen Brief an den Arbeitersparteibund mit dem Erfordern, ihm eine Liste der Klagen und Gegenübertragungen zu stellen. Er versicherte zugleich, daß er den Bestrebungen der organisierten Arbeiter die größte Sympathie entgegenbringe.

Doch Herr Roosevelt ist auf die Kunst des diplomatischen Heuchelns versteht, ist längst bekannt.

Im Amerikanischen Arbeitersparteibund sind Stimmen laut geworden, eigene Kandidaturen für den Kongress aufzustellen. Ein anderer Vorschlag, der mehr Aufsicht auf Durchführung beifügt, ist der, unter den Kandidaten der alten Parteien eine Auswahl dahin zu treffen, welche zu unterstützen, welche zu bekämpfen seien. Wer sich als Arbeitfeind befindet, darf nicht, der sollte natürlich keine Unterstützung erhalten, und man nimmt an, daß er dann auch nicht gewählt werden könnte. Das ist die schon öfter angemalte, sehr beliebte, aber stets erfolglos gebliebene Politik der konservativen Arbeitersparteiführer, die von den sozialistischen Mitgliedern des Arbeitersparteibunds heftig bekämpft wird.

So lange die Mitglieder der amerikanischen Gewerkschaften sich nicht englisches verbinden mit der Sozialdemokratie zu einer selbständigen Arbeiterspartei etwas selbstständig positiv-politischer Beziehung — so lange kann die vorliegende Arbeitersparteifamilie keinerlei maßgebende politische Macht haben.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hansastädte:

Lübeck (Tischler- und Malerstreik), Potsdam (Streik);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter), Lauenburg (Sperre über Basedow), Schleswig, Sonderburg (Aussperrung), Marne, Meldorf (Streik);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Goldberg (Zimmererstreik);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidschmidt), Strausburg (Differenzen), Loitz, Misdray (Streiks), Görlitz (Sperre über H. Schütter), Swinemünde (Bauarbeiterstreik);

Ost- und Westpreussen:

Gründen, Konitz (Aussperrung in Rehberg b. M.); Posen:

Schneidemühl, Posen (Aussperrung);

Sachsen:

Bautzen (Sperre über Unternehmer Paul), Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg), Ohlau (Sperre über Nippert in Baumgarten), Hirschberg-Czannersdorf (Aussperrung), Obernigk (Streik);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Spandau (Sperre über die Unternehmer Leo und Rösch), Strasburg i. d. Uckermark (Sperre über Döring), Wittstock a. d. Oder (Sperre über den Rathausbau), Nauen (Bauarbeiterstreik), Arnswalde (Streik);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Masseregelung), Wittenberg, Bez. Halle (Aussperrung), Mühlberg a. E. (Streik), Bitterfeld (Sperre über E. Wiesner), Mouschwitz, Weissenfels, Zeitz (Bergarbeiterstreik), Landsberg b. Halle (Streik);

Braunschweig:

Gr. Veltheim (Streik);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in

Möckern, Hallesche Strasse, R. Hippel in Leipzig-Anger, Weissenburgstrasse, Bernhard Schammel, Ecke Bayreuther und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse), Wurzen (Sperre über Lehmann in Pöchau), Hirschberg (Aussperrung), Meißen (Sperre über das Kollereppwerk), Eissa (Aussperrung);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Burgdorf (Sperre über Allerding), Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Pyrmont (Osterode a. Harz (Streik), Emden (Zimmererstreik));

Thüringen:

Eriwil (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner und Schröder), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Streik), Kahla, Triebes (Aussperrungen);

Rheinprovinz und Westfalen:

Bonn bei Düsseldorf (Sperre über Judick), Gütersloh (Aussperrung), Reesen (Sperre über Schirrmann), Lüdinghausen (Sperre über die Zechen „Germania“ und „Zollern“), Ahrweiler-Meinau (Streik), Düsseldorf (Fliesenlegerstreik);

Bayern:

Amberg (Streik), Bamberg (Sperre über Hartmann), Alzenau, Reichenthal, Zirndorf (Streik);

Hessen:

Witzenhausen (Sperre über Maurermeister Oehm, Grossalmerode);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr), Mundheim (Sperre über die Fabrik Giulini), Schifferstadt (Streik);

Elsass-Lothringen:

St. Louis (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

* * *
Ganzen. In Konitz haben die Unternehmer die Vermittlung des Bürgermeisters mit der Begründung abgelehnt, daß sie Arbeitskräfte genügend haben. Dieses war vorauszusehen, denn die Unternehmer wollen die Machtposition, darum liegen sie sich selbst was vor. Bis jetzt ist ihnen der Feldzugsplan aber vollständig mißglückt, denn geglaubt haben sie, daß es möglich sein würde, schon im März Konitz voll Maurer zu haben, deshalb sperrten sie die Mitglieder schon Ende Februar aus, obgleich einige Unternehmer noch bis 16. April Vertrag hatten. Aber die Herren haben sich vertanzt. Bis 20. März Arbeitswillige sind ihnen während der ganzen Zeit in die Hände gefallen, von welchen jeht auch schon wieder die Hälfte Konitz verlassen hat. Der Rest wird es sich auch noch überlegen, ob es nicht besser und ehrlicher ist, sich anderweitig Arbeit zu suchen. Somit stehen die Herren, die selbst vor einem Vertragsbruch nicht zurückdrücken, als die betriebenen Lohgerber da. Nun wollen sie sich Statisten holen, aber sie jetzt ihnen die „Subsistenz“ wohl noch etwas füß gewesen, sonst hätten sie wohl schon soldig gebaut. Aber nach Ostern sollen sie kommen, dann wollen die Unternehmer etwas tiefer in den Geldbeutel greifen. Wie verlautet, sollen Streikbrecher aus der Nürnberger Umgebung kommen. Wir wünschen ihnen hier von einer guten Sorie, damit ihr Geldebeutel, an dem sie am empfindlichsten sind, etwas dünner wird. Vielleicht kommen sie dann am leichtesten wieder zu sich selbst.

Die Hermanns und Genossen wollen die Kollegen nicht nur in Konitz, sondern in ganz Westpreußen und Umgegend an der Arbeit hindern; sie sollen verhungern, so wollen es die Herren. Über der „Liebe Gott“ und der Centralverband der Maurer werden schon dafür sorgen, daß die Männer der Konitzer Unternehmer nicht in den Himmel wachsen, sondern daß sie nur verkrüppelte Gewächse bleiben.

In Tilsit ist die Sperre erledigt. Sie ging verloren, weil es dem Unternehmer gelang, außer einer „christlichen“ Schutzgruppe auch noch 40 Italiener, unter der Führung des bekannten Geiger, heranzuziehen. G. kam wie ein Häuberhauptmann mit Dolch und Revolver, angezogen. Er hat auch in Königsberg die Streikbrecher angeführt. In Nöbbelow, einem Krichow bei Marienwerder, sind die Maurer ausgeflossen, weil sie sich dem Verbande angegeschlossen haben.

Aus Boizen wird geschrieben: „Wer bis Montag dem polnischen Berufsverband beitritt, kann weiterarbeiten“, ja lautete am 31. März bei der Aussperrung das Signal der Arbeitgeber. Ihre Freunde in Königsberg und Bremberg hatten ihnen die Sonderbündelei zur Vernichtung der Organisationen warm empfohlen; sie werden es aber jetzt bereits gewußt, was anderorts möglich ist, ist nicht überall durchführbar. Vieles vom polnischen Rauzeigerverband sind ehrenhafteren Charakters als die Arbeitgeber und haben sich den Aussperrern angegeschlossen. Nun lägen die Herren im Hause und finden, von wo sie für die 800 Mann Erbsa hervorzehmen. Am 3. April lassen sich beide Parteien im Scale des alten Rathauses unter Vorsitz des Gewerbegeberschefs gegenüber. Die Arbeitgeber lehnen aber das Angebot des Gewerbegeberschefs ab, so daß vorläufig noch an keinen Frieden zu denken ist. Außer der sogenannten polnischen Berufsorganisation stehen alle Organisationen fest zusammen.

Aus Stralsburg-Gninersdorf wird berichtet, daß der Unternehmerverband mit der Aussperrung droht, weil die Zimmerer streiken. Ganzen Dresden. In Großenhain ist der Streik vorläufig beendet. Die Forderung ist zum Teil bewilligt. Bei den Unternehmern, die nicht gesperrt waren, soll abgewaritet werden, welchen Lohn sie jetzt zahlen. Die zehnstädtige Arbeitgeber ist wohl überall sicher, auch werden wohl meistens 80 bis 92 g. pro Stunde gezahlt werden.

Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Schmölln sind in den Streik eingetreten. Daraufhin hat der „Bauarbeiterverband“ im Bezirk der Amtschaupiamachaft Pirna beschlossen, durch eine allgemeine Aussperrung;

sperrung ihren Schandauer Mitgliedern zu Hilfe zu kommen. Davor würden betroffen werden: *Virna*, *Schnitz*, *Königstein*, *Neustadt* und *Görlitz*.

In *Aleja* beschäftigte sich am 3. April eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit dem Angebot der Unternehmer, das wie folgt lautet: Dieses Jahr 38 g (der alte Lohn), vom 1. April 1907 bis 30. März 1908 38 g, oben vom 1. Juli d. J. bis 30. März 1907 37 g, vom 1. April 1907 bis 30. März 1908 38 g und vom 1. April 1908 bis 30. März 1909 38 g. Unsere Kollegen fordern 40 g. Nach einer regen Debatte wurden in geheimer Abstimmung, woran sich 160 Personen beteiligten, beide Angebote mit 126 Stimmen abgelehnt. Es wurde beschlossen, dieses Jahr ohne Vertrag zu arbeiten. Darauf will sich aber der Unternehmerverband nicht einlassen. Sonnabend, den 7. April, sind sämtliche organisierte Kollegen, soweit sie bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit standen, wegen Zugänglichkeit zum Verbande entlassen, also gemahngestellt worden. Nach vorläufiger Feststellung sind 113 Männer, Angehörige aller Branchen, von der Mahnung betroffen. Wahrscheinlich kommt es zur allgemeinen Aussperrung.

Zur Lohnbewegung in *Bitterfeld* wird uns geschrieben: Seit unserer letzten Versammlung haben bisher zwei Verhandlungen stattgefunden, eine schriftliche und eine mündliche. Die Veramtung beschloß belämmlich, daß der Lohn für 1906 38 g, für 1907-1908 pro Stunde betragen soll. Die Leistungsaufteilung wurde abgelehnt; desgleichen die Überarbeit. Auch für Überstunden wurde die ursprüngliche Forderung aufrecht erhalten.

Ferner wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der der Lohnkommission ein Vertrauensvolum ausgestellt und ihr bisheriges Vorgehen als taktisch richtig bezeichnet wurde. Der Lohnkommission wurde anheimgegeben, auf Grund dieser Beschlüsse weiter zu verhandeln. Kommt eine Einigung zu stande, so soll eine weitere Versammlung zur endgültigen Beschlussfassung einberufen werden.

Diese Beschlüsse wurden dem Arbeitgeberverband gesandt. Gleichzeitig machte die Lohnkommission weitere Vorschläge. Es wurden gefordert für 1906 38 g, für 1907 38 g pro Stunde, für Junggesellen, soweit sie bei ihrem Lehrmeister beschäftigt sind, 8 g weniger. Der Basis, betreffend die Überarbeit, wird angenommen. Bei leichtem Punkte war die Lohnkommission der Ansicht, daß wir trotzdem unseren Vertrag, nicht in Aufford zu arbeiten, hochhalten werden, da der Inhalt dieses Paragraphen nicht im mindesten gefährlich ist. Die Leistungsaufteilung wurde abgelehnt. Bei Lohnaufschlägen wurde das Anrechnen der Unternehmer insoweit angenommen, als für Feuerarbeiten 15 g mehr gefordert wurden. Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß dies die äußersten Vorschläge unterseits seien. Die Unternehmer sandten uns hierauf den ursprünglichen Arbeitsvertrag in abgeänderter Form zu.

Danach soll der Lohn bis 1908 38 g betragen. Junggesellen bis zum 20. Lebensjahr sollen immer 5 g weniger erhalten. In der Leistungsaufteilung wurden statt 1000 Stück Siegel täglich 750 Stück festgesetzt. Im Bogen wird dasselbe Quantum gefordert. Die Lohnaufschläge zeigten die Unternehmer nur infolge Entgegenkommen, als eine Grenze zwischen Überstunden und Nacharbeit festgestellt wird. Sont wird weiter kein Entgegenkommen gezeigt.

Wittmoch, den 4. April, wurde die Lohnkommission zu einer mündlichen Aussprache eingeladen. In dieser wurde der Lohnkommission eröffnet, daß laut Vertrag der Generalveramtung des Arbeitgeberverbandes folgendes vereinbart sei: Der Lohn soll in diesem Jahre ab 1. Mai 35 g betragen und 1907 38 g. Die Leistungsaufteilung bleibt in bisheriger Form bestehen. Für Feuerarbeiten werden 15 g mehr bewilligt. In dieser Sitzung ging es lediglich zu. Es wurde auf Bauen und Büro eingegangen, wo der Lohn bis 32 g beträgt. Die Leistungsfähigkeit der Bitterauer Maurer ist ungenügend, vornehmlich die der jüngeren Gesellen. Mit diesen "Vorlejungen" müßte sich der Arbeitgeber viel herumgerückt. Die Leistungsaufteilung sollte vorläufig für nur zwei Jahre aufgenommen werden. "In unserer letzten Versammlung seien vornehmlich "Bauarbeiter" und "Sprittrüder" gewesen." "In Hamburg lägen außer "Schuster" und "Schneider", nur keine Maurer." Gemeint ist damit unter Hauptvorstand, Arbeit wäre nicht vorhanden. Geschlagene zwei Stunden ging es in diesem Tone fort, aber die Angst um ihren Profit war den Unternehmern anzusehen. Sie gaben auch schließlich zu, daß sich eine Masse Arbeit angehäuft habe. Sie könnten aber nichts unternehmen, da sie nicht hörten, daß sie dann überwompelt würden. Den Unternehmern wurde unfehlbar strikt erklärt, daß weitere Verhandlungen nutzlos seien, wenn die Leistungsaufteilung nicht wegfallt. Hierauf riefen etliche Unternehmer wütend: „Na, dann los, immer zu! Uns kann es recht sein, denn wir sind eine Macht!“ Es wird wenigstens nicht so viel in Spekulation gebaut. Hier waren die Schreiter beinahe eilig hineingefallen, denn die anwesenden Bauunternehmer mögte eine leise Übung befürchtet, daß die Innungsmeister nichts anderes befehlen, als ihre Konkurrenten, die Unternehmer, aus dem Felde zu schlagen. Die Unternehmer verlangten von der Lohnkommission, daß sie eine Versammlung einberufe. Wie erklärten dies für ungemein möglich, da keine Ausgeständnisse gemacht seien. Die Sitzung war also refusstatisch verlaufen. Eine Versammlung wird erst dann einberufen werden, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, unsere Forderungen auf andere Weise zu erreichen. Die ledigen Kollegen werden erfüllt, wenn irgend angängig, zu verbüfften. Den in der Tegelbranche beschäftigten Kollegen ist anzuraten, nicht zu kündigen.

Zur Lohnbewegung der Maurer in *Landesberg-Halle* wird berichtet: Am 20. Januar 1906 hatten die Kollegen den Unternehmern einige Wünsche auf Erhöhung der Löhne und Arbeitsbedingungen zugefügt, und zwar: Der Lohn sollte von 30 auf 37 g erhöht werden, bei Überarbeit in der Entfernung von über 5 Kilometer ist ein Zuschlag von 3 g pro Stunde mehr zu zahlen. Nachdem die fünf Unternehmer über zwei Monate Zeit gehabt hatten, um sich mit den Kollegen zu einigen, hielt sie es nicht einmal für notwendig, zu antworten. Die Kollegen beschlossen am 25. März,

am folgenden Tage die Kündigung einzureichen, die am 7. April obliegt. 27 Kollegen stellten die Arbeit ein, nur 2 Polizei blieben stehen. Durch die einheitliche Arbeitsniederlegung bewilligten sofort 6 Unternehmer, so daß nur noch bei 2 Unternehmern gestraft wird. Im Auslande befinden sich demnach noch 14 Kollegen, die vorausichtlich im Laufe der nächsten Tage anderweitig in Arbeit treten, wenn die beiden Unternehmer nicht bewilligen. Das als Arbeitgeber bringend Leute gebrauchen, beweist, daß sie zu unseren Kollegen würden, die noch im Steinbruch arbeiten, aber diese erläutern, er sollten sie den Lohn bewilligen, dann erhalten sie auch Maurer.

Zur Lohnbewegung in *Hohenstein* scheint es noch zu ersten Differenzen zu kommen, da der Unternehmer sich weigert, jedem Kollegen den vereinbarten Lohn von 35 g zu zahlen und am 7. April nur einen Teil der Kollegen 34 g gezahlt hat, den Junggesellen sogar nur 20 g pro Stunde. In einer Versammlung in *Wittendorf* beschlossen die Maurer von Wittendorf, Niedewell, Osnabrück, Bremen und Ume gegen, in einer Lohnbewegung einzutreten. Die Aufnahme der Lohnaufteilung ergab folgendes Resultat: Der Unternehmer Möbus zahlte einen Stundenlohn von 40 bis 48 g, Friedrich 40 bis 42, Große 45, Kleble 45, Ohme 45, Ochse 45 und 50, Hermann 45, Schmidt 45, Gräbner aus Solingen 35 bis 37 und Reichert aus Halle 40 bis 45 g. Junggesellen werden teilweise noch unter dem niedrigeren Lohn bezahlt. Auf den elektrochemischen Werken sind 7 bis 8 Maurer beschäftigt; diese erhalten 25 g pro Stunde, trotz der ungefunden Arbeit in diesen Werken. Beschäftigt sind 12 Polizei, 169 Gesellen, 28 Lehrlinge. Dazu organisiert sind 9 Polizei und 187 Gesellen. Die Versammlung beschloß einstimmig, auf Grund der hohen und fortwährend steigenden Lebensmittelpreise und sonstigen Abgaben, an Staat und Kommune, den Unternehmern eine Lohnforderung von 45 g pro Stunde einzurichten; ferner wird gefordert, daß die Eimer und Spaten des Unternehmers zu liefern haben. Der Rüstungsbau ist nach den Unfallverhütungsvorschriften herzustellen. Für gute, geräumige Bauten und Aborte ist gleichfalls Sorge zu tragen. Es wird gewünscht, bis zum 15. April der Arbeitsleistung Antmort zugehen zu lassen. Eine Versammlung nach dem 15. April wird das weitere beschließen.

In *Elberfeld* nahm am 5. April eine von 200 Mitgliedern besuchte Versammlung Stellung zur Lohnbewegung. Schon im vorigen Sommer stellten die Kollegen die Forderung auf: 9 Stunden, 55 g Lohn. Nach mehreren Sitzungen kam zwischen den betriebsfremden Kommissionen folgender Vergleich zu stande: Von 1. April d. J. bis 19. September 1907 unter Beibehaltung der zehnständigen Arbeitszeit 55 g, dann 9½ Stunden und auf ein Jahr 55 g, und vom 1. April 1908 an 55 g Stundenlohn. Diese Vereinbarung hat die Innung jedoch abgelehnt, sie will von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen und auch den Lohn in diesem Jahr nur auf 52 g und vom 1. April 1907 an auf 55 g erhöhen. Die Versammlung unserer Kollegen lehnte das Angebot der Innung ab; der Gesellenausschuß wurde beauftragt, den Bericht zu machen, die Vereinbarung der Kommissionen zur Durchführung zu bringen.

Gau Magdeburg. In *Cöln* wurde die beobachteten die Kollegen, den 35 g-Stundenlohn durchzuführen. Die Zimmerer, die wieder einmal die Zeit nicht abwarten konnten, forderten auch 35 g, um sich dann mit 1 g Zulage abweisen zu lassen. Nun wollen die Unternehmer den Maurern natürlich den Lohnsatz auch nur von 30 auf 31 g erhöhen. Wenn die Herren nicht davon absehen, muß es unbedingt zum Kampfe kommen.

Gau Magdeburg. In *Cöln* wurde die beobachteten die Kollegen, den 35 g-Stundenlohn durchzuführen. Die Zimmerer, die wieder einmal die Zeit nicht abwarten konnten, forderten auch 35 g, um sich dann mit 1 g Zulage abweisen zu lassen. Nun wollen die Unternehmer den Maurern natürlich den Lohnsatz auch nur von 30 auf 31 g erhöhen. Wenn die Herren nicht davon absehen, muß es unbedingt zum Kampfe kommen.

In *Gelsenkirchen* soll nun auch an die Durchführung der Forderung gegangen werden. Die Kollegen müssen sich aber, mit Erfolg gekämpft werden, noch mehr auf sich selbst befreien. Rot tut es, da die Unternehmer in rigoröser Weise vorgehen; besonders in der Umgebung ist das der Fall. Die Herren stellen Verbandskollegen nicht an, zahlen aber den Nichtorganisierten bessere Löhne und unterbinden dadurch die Agitationsarbeit bei der Rückständigkeit unserer Kollegen vollständig.

In *Osnabrück* sind die Verhandlungen gescheitert. Die Unternehmer befanden auf einem zweijährigen Vertrag bei 2 g Lohnzehrung, einem Angebot lehnten die Kollegen ab und beschlossen, vorläufig ohne Vertrag weiterzuarbeiten.

Die Quedlinburger Unternehmer haben der Zweigvereinsleitung mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen bereit sind, wenn die zu wählende Kommission zum Abschluß eines Vertrages autorisiert wird. Ferner sollen die Kommissionenmitglieder nur bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit stehen. Die Kollegen haben dieser Herrenrolle zunächst einmal Rechnung getragen, um bei den Verhandlungen zu sehen, wie weit die Annahme der Herren geben soll.

Die Arbeitslosigkeit in Magdeburg, die infolge

des Aufkunftsstreiks eingetreten ist, nimmt immer noch

größere Dimensionen an. Rund 400 Kollegen sind schon in Mitleidenschaft gezogen. Da die Transportarbeiter und auch die Fuhrwerke anscheinend noch nicht an ein Nachgehen denken, wird das ganze Wirtschaftsleben vollständig unterbunden werden.

Gau Braunschweig. Die *Seesener* Lohnbewegung ist dadurch erledigt, daß die Unternehmer, als ihnen die Forderung unserer Kollegen zugestellt wurde, den Lohn für die Sitzes Jahr von 30 auf 32 g und vom 1. April 1907 an auf 33 g pro Stunde erhöhten. Eine Zweigvereinsversammlung, die sich mit diesem Angebot beschäftigte, stimmte der ziemlich lauen Konjunktur wegen diesem Abkommen mit der Maßgabe zu, daß Junggesellen nicht unter 25 g Stundentlohn erhalten dürfen und daß im dritten Gesellen Jahr der volle Lohn gezahlt werden muß.

In *Dangelstein* bestand bisher der 30 g-Stundenlohn. Nur einige kleinere Unternehmer zahlten einige Pfennige mehr. Der Lohn wurde nur alle 14 Tage ausbezahlt. Die dortigen Kollegen unterbreiteten Mitte März dem Meister eine Forderung auf 30 g Stundentlohn, außerdem die alltägliche Lohnung. Die Unternehmer erklärten sich zum Unterhandeln bereit. In der Verhandlung, die am

31. März stattfand, nahmen außer allen in Frage kommenden Unternehmern die Lohnkommission unseres dortigen Zweigvereins und ein Vertreter des Gauvorstandes teil. Es wurde festgelegt, daß für jetzt 34 g und vom 15. Juni auf 35 g Lohn zu zahlen sind. Die alltägliche Lohnzahlung wurde ebenfalls bewilligt. Die Zweigvereinsversammlung stimmte diesem Vertrag einstimmig zu.

In *Gr. Veltheim* reichten am 20. März die dortigen Kollegen ihren drei in Beträcht kommenden Arbeitgebern einen Lohntarif ein, mit der Bitte um Antwort bis zum 29. März. Es erfolgte keine Antwort. Als einige Kollegen eine Anfrage bei ihrem Arbeitgeber rührten, entließ dieser 19 Kollegen, die an dem Neubau der Sidler-Werke beschäftigt waren, und vertrieb ihnen sofort die Bautelle. Neun Kollegen, die auf dem Kalkwerk in Gr. Veltheim bei dem denselben Arbeitgeber beschäftigt waren, erklärten sich mit dem Entlassen solidarisch. Ein Teil der Kollegen ist bereits anderweitig in Arbeit. Wenn der Unternehmer sich nicht bald bejähnt, werden auch die übrigen Kollegen anderweitig in Arbeit treten. Ein Unternehmer hat den Tarif anerkannt. Die Kollegen allerorts werden gebeten, Gr. Veltheim und Umgegend vorläufig zu meiden.

Gau Erfurt. In *Arnsdorf* stehen die Kollegen in der Bewegung zur Erringung eines Stundenlohnes von 40 g (für Junggesellen 35 g). Der Unternehmer Hermann hat inzwischen bewilligt. Lieber die Bauten des Unternehmers Cuno Höh wurde die Sperré verhängt.

In *Kahl* sind die Kollegen von den Meistern abgeworfen. Grund ist, daß sich die Kollegen keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefallen lassen wollen. Im Vorjahr hatten die Kollegen 35 g Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit gefordert. Durch Verhandlung wurde vereinbart, daß 33 g pro Stunde bis 1. April 1906 und von da bis 1. April 1907 35 g pro Stunde gezahlt werden sollen. Vor wenigen Wochen hat sich nun in Kahl ein „Arbeitgeberkund“ gegründet, und seine erste Tat war, die Kollegen zu erklären, daß er diese Abmachungen nicht anerkennt. Nachdem den Meistern erläutert worden war, daß sich die Gesellen dieses nicht gefallen ließen, fand eine Sitzung unter Hinzuziehung der Gauvorstände statt. Nun legten die Unternehmer einen fertigen Tarif zur Unterschrift vor, worin ein Höchstlohn von 35 g pro Stunde und für Junggesellen gar nur 25 g pro Stunde angeboten wurde. Also auf dem Minimallohn sollte ein Höchstlohn werden. Die Antwort war unerwartet, daß der vorjährige Vertrag auch noch Gültigkeit haben solle, der Bund möge dies für rechtlich anerkennen. Statt dessen verklärten die Herren am Montag durch Bauerantrag, daß nur der weiter arbeiten könne, der den Tarif des Bundes durch Unterschrift anerkenne. Da dies niemand von den organisierten Kollegen wollte, so mußten sie die Arbeitsstätten verlassen. Nur bei einem Unternehmer wird weiter gearbeitet, indem derselbe seit Anfang des Jahres 35 g Stundenlohn gezahlt hat.

Gau Erfurt. Grund ist, daß sich die Kollegen keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefallen lassen wollen. Es sind 98 Kollegen beteiligt. Der Unternehmer Fuchs in *Lüdenscheid* (Mett) hat die ihm beschäftigten Maurer ausgewerkt. Unsere Kollegen fordern 35 g, der Unternehmer will jedoch nur 30 bis 34 g pro Stunde zahlen. Über die Arbeitszeit bestehen keine Differenzen.

Gau Nürnberg. Schon seit langer war die Berichterstattung an den „Grundstein“ aus den Orien mit Lohnbewegungen und Streiks recht mangelhaft. Um diesen Missstand zu beseitigen, wird der Gauvorstand nach den Wünschen der „Grundstein“-Redaktion die ganze Berichterstattung in die Hand nehmen, was die Zweigvereinsvorstände beachten wollen.

In *Würzburg* haben die Maurer und auch ein Teil der Fußarbeiter am 5. d. M. früh einstellig die Arbeit eingestellt, da von den sehr großstädtischen Unternehmern nicht nur bloß die geforderte Lohnzehrung, sondern auch jede Unterhandlung brüsk abgelehnt wurde, was wohl zu der einheitlichen Arbeits-einstellung viel beigetragen haben dürfte. Der Lohnkampf wird von uns und den Christlichen gemeinsam geführt.

In *Bau* hat der Unternehmer Windisch bloß die im vorjährigen Jahre getroffenen Vereinbarungen sehr mangelhaft eingehalten. Zur Zeit hat er ziemlich viel Arbeit und es soll mit ihm in den nächsten Tagen ein ernstes Wort gesprochen werden, falls er sich irgendwie nicht herstellen sollte, den vereinbarten Lohn zu zahlen und die Arbeitszeit einzuhalten.

In *Münster* bei den Herren Schäfer & Baubier die Sperré, ohne daß sie zur Unrechts entlassenen Kollegen bisher eingestellt wurden. Es wurde dies dadurch bereitstellt, daß sich einige verkrachte Erkrankten fanden, die den beiden Unternehmern aus ihrer Vollzimmern Lage halfen. Aber auch für unsere Mitglieder muß diese Sperré eine Lehre sein.

In *Stettin* ging vor zwei Jahren der Streik verloren. Nun wagten sich die Kollegen in diesem Jahre doch wieder hervor, um eine Erhöhung ihrer Löhne zu fordern. Diesmal zeigten die Unternehmer ein ganz anderes Gesicht als vor zwei Jahren. Bereitwillig ließen sie sich diesmal auf Unterhandlung ein. Ja, sie wollten sogar gleich einen Vertrag auf fünf Jahre schließen. Als wir darauf nicht eingingen, begnügten sich die Herren auch mit der zweijährigen Vertragsdauer. Zur Zeit läuft sich ein Resultat noch nicht bekanntgeben, da die Verhandlungen noch nicht ganz zu Ende sind; wohl aber dürfte die bisherige Arbeitsordnung eine wesentliche Verbesserung erfahren.

In *Würzburg* haben unsere Kollegen am 8. d. M. eine Lohnforderung beschlossen, die wohl beim Gesellen dieses Blattes die Unternehmer in Händen haben werden. Es soll neben anderen ein Lohn von 48 g pro Stunde verlangt werden.

In *Bündorf* dauert der Streik schon in die dritte Woche, ohne daß eine Rendierung eingetreten wäre. Die örtlichen Kollegen sind alle gleich bei der Arbeits-einstellung abgerechnet und die anderen sind zum größten Teile in Münster und Südwürttemberg untergebracht, so daß nur noch ein Dutzend Streitteilnehmer vorhanden sind. Die Unternehmer müssen zwar in der ganzen Umgebung die größten Anstrengungen, Maurer zu bekommen, aber vergebens war der kleine Wüh. Auch ein Weihensteiner (?) und Alschaffeldsteiner war unter unrichtiger Sache seine Heimat wieder aufzufinden. Die Bauherren drängen zwar auf die Unternehmer ein, ihre Bauten fertigzustellen, aber ohne Maurer geht es eben nicht. Bei einem

Unternehmer soll besonders die Tochter Schuld daran haben, daß die Forderung der Maurer abgelehnt wurde. Auch die Zimmerer haben in der letzten Woche die Arbeit niedergelegt.

Außerdem tragen sich die Kollegen in noch zehn Orten mit dem Gedanken einer Lohnforderung. Auch geben die Vereinbarungen in Nürnberg, Fürth und Bamberg mit dem 1. Juli d. J. zu Ende, so daß es noch recht lebhaft werden kann.

Gas München. In Passau kam es am 28. März zu Differenzen mit der Firma Geissberger, worauf anderen Tage die Kollegen die Arbeit niedergelegten. Nach dreitägiger Streik kam es zu Unterhandlungen, die früttigen Punkt wurde erledigt, und die Sparte mit vollem Erfolge für die Kollegen bereit. Die Passauer Kollegen haben dabei bewiesen, daß sie zu würdigen wissen, was Solidarität heißt. So trugt die ausgetretene Saat auch in Passau bereits ländliche Früchte. An den Kollegen wird es nun liegen, auch die wenigen noch indifferenter Maurer zu gewinnen und ihr Augenmerk auf die Umgebung Passaus zu richten, dann wird auch die bevorstehende Lohnbewegung zum Ziel führen.

In Traunstein haben unsere Kollegen einen sehr schönen Erfolg zu verzeichnen. Bisher lag es dort noch sehr im Argern. Bei der letzten statutären Aufnahme wurde ein Durchschnittslohn von 30,- pf. festgestellt, wobei einer Anzahl Maurer 28,- sogar 26,- pf. pro Stunde ausbezahlt wurden. Unsere Kollegen sind nun gut organisiert, und so wurden, ebenso auch von den Zimmerern, Forderungen an die Unternehmer eingereicht. Nach längeren Unterhandlung wurde am 8. April ein Tarif unterzeichnet, der für unsere Kollegen ganz bedeutende Vorteile mit sich bringt. Der Stundenlohn beträgt nun für Maurer 35,- pf. für Zimmer 34,- pf. Für auswärtige Arbeiten wird ein Zuschlag von 50,- pf. respektive 1,- pro Tag bezahlt. Beim Weizen (Schlemmen) ist ein Zuschlag von 20,- pf. pro Tag, für Nach- und Sonntagsarbeit ein höherer von 10,- pf. pro Stunde zu bezahlen. Überstunden sind nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen zulässig. Die Traunsteiner Kollegen können mit dem Erfolge ihrer jungen Organisation wohl zufrieden sein, und sie werden auch durch eifriges Ausbauen des Zweigvereins der Durchführung des Vertrages den richtigen Nachdruck geben.

In Nördlingen legten am 6. April sämtliche Maurer, Zimmerer und Baufußarbeiter die Arbeit nieder. Die Kollegen waren durch den Vorbruch der Unternehmer zu diesem Streik gezwungen. Gleichzeitig wurde die Arbeit eingestellt. Das Verhalten der Kollegen ist als mustergültig zu bezeichnen; eine größere Anzahl ist bereits abgereist. Die Hauptforderung ist ein Stundenlohn für Maurer von 45,- pf. für Zimmerer 40,- und für Baufußarbeiter von 35,- pf. Die Unternehmer sind während über das entschlossene Vorgehen der Arbeitgeber entzückt. In zwei Flugblättern wurde für Montag, den 9. April, die Aussperrung aller in Passau beschäftigten Arbeiter angekündigt, wenn bis dahin die Ausländer nicht an die „Heimatküche“ der Herren Arbeitgeber zurückkehren. Dieses Auslinnen wurde selbstverständlich von den Streikenden einstimmig zurückgewiesen. Die Situation ist sehr günstig. Die Arbeiten müssen vor Beginn der Freuden-Saison beendet sein; für die Herren Bauherrn wird kein Ausweg übrig bleiben, als unsere Forderungen zu bewilligen. Die Arbeiter haben den Kampf so lange als möglich vermieden, und wenn es heute so weit gekommen ist, so mag sich die Einwohnerchaft Nördlings sowie das dortige Unternehmertum bei dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Baumeister Stranner, bedanken. Zugut nach Nördlingen ist streng fernzuhalten.

Die Baupause bei Hartmann in Bamberg hat eine Aenderung noch nicht ergaben. Von den freistehenden Maurern, Steinbauern und Zimmermännern wurde neuerlich zum Verteiler seiner Kollegen, nur ein paar Landsleute des Herrn Hartmann leisteten dort Streitfreudendienste. Es hat sich aber auch schon gezeigt, wie Geistesleiber diese Feste von Maurern sind. Von der hergestellten Arbeit ist bereits ein Pfeiler und ein Bogen eingestürzt. Erstaunlich ist es auch mit anzusehen, wie die Streitbrecher (Maurer) den Daßfuß aufstellen. Eine von diesen Edlen halten mit beiden Händen den Daßsparten und der dritte bringt demselben mit der Hade die nötige Raufr bei, so daß manche von unten wie Streitköpfen austischen. Wenn die Streiter, den auch ferner so seit wie bisher zusammenseien, so wird sich Herr Hartmann doch noch eines Besseren belehren lassen müssen. Von den Streikenden sind vier abgereist, so daß sich zur Zeit noch drei Kollegen im Streik befinden.

Aus Alzenau (Bavaria) wird berichtet, daß der Streik noch immer anhält und daß die Kollegen auscharter wollen, bis der Widerstand des Unternehmers gebrochen ist.

In Mainz-Ginsheim wurde zwischen den Bauunternehmern und Maurermeistern und dem Zweigverein Mainz ein Tarifvertrag abgeschlossen, der gegen früher manchen Fortschritt bringt. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, im Winter soll sie nicht unter acht Stunden betragen. Überstunden sind nur in dringenden Fällen zulässig und sind mit 20,- pf. Lohnzuschlag pro Stunde, Feuerungs-, Kanal- und Wasserarbeiten mit 55,- pf. pro Stunde zu bezahlen. Altforarbeit und der sogenannte Taglohnlohdarft darf nicht stattfinden. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weinachten ist um 5 Uhr Feierabend, ohne Befreiung und Lohnabzug. Der ordnungsgemäßige Stundenlohn beträgt: vom 1. April 1906 bis Ende März 1907 48,- pf. vom 1. April 1907 bis Ende März 1908 50,- pf. Für Junggesellen kann im ersten Jahre nach beendetem Lehrjahr ein geringerer Lohn vereinbart werden. Die Lohnzahlung erfolgt wiederum per Feierabend auf der Arbeitsstelle. Kündigung ist ausgeschlossen. Der bisherige Lohn betrug 45,- pf. pro Stunde.

Gas Köln. In Ahrweiler steht der Streik nach wie vor günstig. Eine Anzahl Streikender sind bereits abgereist, weitere werden nächste Woche folgen. Auf Berenklausung des Zentrumsverbandes hat der Bürgermeister seine Vermittlung zugefragt. Die Arbeitgeber sind eventuell Verhandlungen zu pflegen. Unsere Kollegen haben sich ebenfalls bereit erklärt, an einer Ausprade teilzunehmen. Jedermann wäre es besser gewesen, die Zentrumskristalle hätten nicht so sehr auf Verhandlungen gebrungen. In Winzerkreisen sieht man die Kampfe der Bauarbeiter mit gemischten Gefühlen zu. Die großen Weinbergsbesitzer stehen unserer Bewegung direkt feindselig gegenüber, weil sie befürchten, daß auch sie für ihre Weinbergsarbeiter mehr zahlen müssen, wenn die Bauarbeiter ihre Forderung durchdringen. Die Bautätigkeit ruht seit Ausbruch des Streiks

vollständig. Am Streik sind insgesamt beteiligt 114 Maurer und circa 80 Fußarbeiter.

Die Bewegung in Aachen ist auf dem letzten Punkte angelangt. Die christlichen Führer scheinen ihren Willen nicht zu bekommen. Sie hatten es sich so schön ausgedacht, die Bauarbeiterkraft, die die Unternehmer zu nichts verpflichtet, sollte als Förder dienen. Der gesunde Instinkt der Arbeiter hat dieses Jongleurstück jedoch richtig erkannt. In den Zentrumsverhandlungen ist es deshalb schon zu stürmischen Szenen gekommen. Zuletzt haben die Führer vorgeschrägt, daß den Unternehmern für „geringe“ Maurer 40,- pf. für „Durchschnittsmaurer“ 42,- pf. und für „tüchtige“ Maurer 45,- pf. zu fordern. Ob die Arbeitgeber darauf eingehen, bleibt abzuwarten. Jedermann zeigt sich in Aachen so recht die Niederrasse der Schwarzen. Während sie überall organisierten Streikbruch begehen, wenn sie nicht anerkannt werden, ja selbst dann, wenn man nicht auf alle ihre offensichtlich ganz halblosen und verwerflichen Forderungen eingehet, lehnen sie in Aachen jedes Zusammensein mit den reichen Gewerkschaften ab. Sie fühlen sich dort, im Gegenzug zu arbeiten bestrebt, stark, und da sie auch wissen, daß wir nicht so schlecht wie sie sind, uns zum Streikbruch herzugeben, so füllen sie uns mit dem Wahnprozeß. Sie sagen, sie wollen, die Bewegung nicht in sozialdemokratischen Gewissenskonflikten lassen und vertraten und verkaufen die gesamte Arbeiterschaft. Jedermann werden es unsere Mitglieder an Pfarrkirche der bisher christlich organisierten Bauarbeiterkraft nicht fehlen lassen und dadurch hoffentlich die Gewerkschaften der schwarzen Führer bereitstellen.

In W.-Gladbach hatten es die christlichen Führer gleichfalls abgelehnt, mir uns gemeinsame Forderungen zu stellen; während unsere Mitglieder 52,- pf. fordern, verlangen die Schwarzen 53,- pf. Die Arbeitgeber haben es dann abgelehnt, mit uns zu verhandeln und haben mit den Schwarzen Verhandlungen geplündert. Über die Herren wollen ja bekanntlich nichts sagten. Sie votieren nach Gladbach, Schlesien 10,- pf. Lohnförderung. Die christlichen Führer waren auch bereit, dies Angebot anzunehmen, die Arbeiterschaft hat das jedoch abgelehnt und den Führern gründlich die Wahrheit gezeigt. Nunmehr haben sich die Herren an uns gewandt, um gemeinsam mit uns die Forderungen durchzuführen.

Auf den Arbeitsplätzen, wo die Schwarzen in der Mehrheit sind, sind sie den größten Terrorismus. Sobald ein Zentralverbandler sich blicken läßt, wird er solange bearbeitet, bis er sich umtaufen läßt oder seine Entlassung nimmt. Und dies geschieht mit den gemeinen Mitteln. Hält wirklich einmal einer der Unfugen einige Tage den Drangsalierungen stand, dann kann er sicher sein, von den Brüdern in Christo beim Polier oder Meister denunziert zu werden und seine Entlassung zu bekommen.

In Wiesbaden haben die Schwarzen nur eine Handvoll Mitglieder, fühlten sie sich beleidigt und drohten den Streikbruch an, wenn wir sie nicht mitnehmen würden, als wir in einer öffentlichen Versammlung Stellung zur Lohnfrage nahmen. Unsere Kollegen haben dann in einer Sitzung mit den Schwarzen über ein eventuelles gemeinsames Vorgehen beraten, aber die Herren wollen nur 50,- pf. für Maurer fordern, wie hingegen den in Crefeld festgelegten Lohn von 58,- pf. pro Stunde. Eine Einigung ist nicht erzielt worden, wir werden uns infolgedessen nur mehr allein helfen müssen.

Selbst im Wuppertal (Vormen-Eiserfeld), wo wir seit Jahren die Mehrheit der Maurer organisiert und Kämpfe geführt haben, als die Handvoll christlicher Maurer, die jetzt dort sind, noch Streitbrecher waren, hat diese Gesellschaft schon wieder Verlust gebracht. Vor zwei Jahren haben die Schwarzen sich an uns herangearbeitet, um ein gemeinsames Vorgehen anzuhoben. Wir haben seinerzeit ihrem Wunsche statt und stellten im Herbst 1904 gemeinsame Forderungen (neunzehnhalbstündige Arbeitszeit, 55,- pf. Lohn). Abgemacht wurde, daß keine Partei ohne die andere etwas unternehmen dürfe. Unsere Kollegen haben das gewissenhaft gehalten. Nicht so die Schwarzen. Die Bewegung 1904 konnte nicht durchgeführt werden, weil die Konjunktur an ungünstig wurde. Im vorjährigen Herbst fragten die Schwarzen bei uns an ob wir nicht Forderungen stellen möchten. Angeknüpft an die Tatsache, daß im dortigen Bezirk noch nicht die Hälfte der früher dort beschäftigten Kollegen Arbeit finden konnte, also eine riesige Geschäftslaus herrschte, antworteten unsere Kollegen, daß sie den Zeitpunkt nicht für geeignet hielten, um Forderungen zu stellen. Die Schwarzen wandten sich nunmehr, ohne uns weitere Nachricht von ihren Absichten zu geben, an die Arbeitgeber. Sie fordern nun nicht etwa, wie vor zwei Jahren, neunzehnhalbstündige Arbeitszeit, sondern zehn Stunden, die seit 1899 in Elberfeld, seit 1902 in Vormen schon besteht, und 55,- pf. Stundenlohn. Die Arbeitgeber haben auch mit den Schwarzen verhandelt, sich aber gestagt, die paar Männer könnten doch bei der großen Anzahl Bauarbeiter nicht in Frage kommen. Der Vortreffende der Firma hat sich dann an den Uffizellen (freigewählten) gewandt und angefragt, ob wir Wünsche hätten, die Christlichen hätten mit ihnen verbündet. In einer von uns veranlaßten Sitzung mit den Schwarzen suchten diese ihr alleiniges Vorgehen damit zu begründen, daß wir sie nicht genügend respektiert und in einer öffentlichen Versammlung einige unserer Kollegen ihnen feindhaft geschworen hätten. Deutlich der Forderung erklärte der Bezirksleiter lange, angeklagt der verfeindeten Lebenshaltung der Arbeiter müßten die Kollegen den Lohn von 5,50 haben, und da ein höherer Stundenlohn nicht gefordert werden könne (1), daß sie wieder gern Stunden gefordert. Alle Vorstellungen unserseits, daß man doch unmöglich das, was man seit zwei Jahren als notwendig anerkannt habe (9½ Stunden) jetzt wieder fallen lassen dürfe, daß es gewissermaßen ein Rückfall bedeute, wenn man von dieser Forderung wieder abgehe; unser Hinweis auf Köln, wo die 9½ Stunden bereits bewilligt seien, auf Düsseldorf, wo wir im Begriff stehen, dieser Forderung eventuell durch Lohnlampf Radikal zu verlieren, half alles nichts, die Schwarzen wollten nicht. Da ein weiteres Verhandeln zwecklos war, ist nunmehr vereinbart worden, wenigstens mit den Unternehmern gemeinsam aufzumengenommen. Ob die Schwarzen noch weiteren Vertrag über werden, muß angeknüpft des oben

Angeführten befürchtet werden, jedenfalls werden diese Vorpostenisse unsere Mitglieder zu ratsloser Tätigkeit anspornen, damit die schwärze Schlammflut nicht weiter dringt und schließlich noch Unheil anrichtet. Die Bautätigkeit ist günstiger als im Vorjahr.

Am Düsseldorf scheint die Bewegung gut voran. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Müllenamp, hat unseren Vertrauensmann zu einer privaten Aussprache über die schwierige Lohnfrage eingeladen. Die neuemehlsstädtische Arbeitszeit wollen die Herren nicht billigen, nur einige wenige Lohn wollen sie zulegen. Jedermann werden sie sich noch anders besinnen, sonst werden wir sie eines Besseren belehren. Die Mitgliederzahl unseres dortigen Zweigvereins hat bereits 1000 überschritten. Unsere Mitglieder werden sich weiter bemühen, um die 1500 voll zu kriegen.

In Köln ist die Bewegung in den letzten Tagen in ein neues Stadium getreten. Wie bereits berichtet, wollen die Arbeitgeber nur vom 1. Oktober an 57,- pf. und erst vom 1. Mai 1907 an 60,- pf. 9½ Stunden bewilligen. Im übrigen stellen sie uns das Ultimatum, die Hauptforderung der Herren, Abhängung der Altforarbeit, 5,- pf. Zuschlag für Bauschäden, fallen zu lassen, widerfalls sei die Verhandlung als gescheitert zu betrachten. Wir haben das ganze Angebot, besonders das Ultimatum, zurückgewiesen und in einer großen, imposanten Massenversammlung, wie in Köln noch nicht gesehen hatte, beschlossen, mit ganzer Kraft für die Bewegung tätig zu sein. Dies Gelöbnis hat auch schon fröhlich gesetzt, die Mitgliederzahl der beiden Verbände, Maurer und Fußarbeiter, wächst schnell an. Ein Bravo den wackeren Kollegen! Die Bautätigkeit ist sehr günstig und wird auch noch besser werden. Die Feststellung Kölns, die vor einigen Wochen beschlossen wurde, ist hier einen guten Anfang auf die Bautätigkeit aus.

Zur Zeit ist es 18 Uhr, wo am 1. April der Vertrag abliegt, haben die Arbeitgeber Verhandlungen abgelehnt, sie wollen wieder ohne Vertrag arbeiten;hoffentlich kommt ihnen das gut. Wenn nur unsere Kollegen auf dem Posten sind. So stehen uns zwar recht viele Kämpfe bevor, hoffentlich werden wir ebenso viele Siege erringen.

Die Sparte über die Glasshütte in Düsseldorf-Gerechtsheim ist aufgehoben. Herr Gehe, bezw. dessen Vertreter, haben sich bemüht gefühlt, den bei ihnen in Arbeit treten den Kollegen einen Stundenlohn von 30,- pf. zu zahlen und die zehnständige Arbeitszeit innzuhalten. Da dies den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in Gerechtsheim entspricht, so wurde die Sparte aufgehoben.

Die Sparte über Südlich ist in Düsseldorf bestellt weiter. Judith hat sich allerdings bereit erklärt, Verhandlungen abzulegen, jedoch will er den Vertrag noch nicht unterschreiben.

Gas Hannover. In Nienburg haben die Kollegen Erhöhung des Stundenlohns von 40,- pf. auf 47½,- pf. bei neunzehnhalbstündiger Arbeitszeit (bisher zehn Stunden) gefordert. In einer Verhandlung, die am 19. Dezember vorangegangen ist, stellte der Unternehmer, nicht mehr als 40,- pf. zahlen zu können, trotzdem einem großen Teil der Maurer im vorjährigen Jahr von 42,- pf. gedacht wurden. Dann haben die Unternehmer im März 1907 abgeschlossen, für 1906 und 1907 42½,- pf. zu zahlen und 1908 und 1909 45,- pf. Dies Angebot ist von unseren Kollegen abgelehnt und eine den Unternehmern entgegengesetzte Forderung angenommen, nach der der Stundenlohn 1906 45,- pf. bei zehnständiger Arbeitszeit und 1907 48,- pf. bei neunzehnhalbstündiger Arbeitszeit beragen soll. Anzutreten hat aber der „Nordwestdeutsche“ Wind bestimmen und jenen durch die hannoversche Nachaus-Submissionsgesellschaft berühmt gewordenen Max Küster nach Nienburg geführt. Dieser durch seine großen Füße sich hervorragend auszeichnender Herr hat dann die Nienburger Unternehmer, gründlich zurück getrampt, und zwar so, daß diese die Aussperrung befürchteten haben, die am 9. April beginnen wollten. Da die Zimmerer, zum Teil schon im Streik stehen, ist mit der Aussperrung zu rechnen.

Auch in Osterode am Harz haben die Kollegen durch Einreichen einer Forderung bei den Unternehmern versucht, ihre jämmerliche Lage zu verbessern. Der Lohn beträgt dort seit Jahren 30,- pf. bei zehnständiger Arbeitszeit. Schon 1903 ist dort ein Kampf 52 Tage lang geführt worden. Dann haben die Unternehmer im März 1907 abgeschlossen, für 1906 und 1907 42½,- pf. zu zahlen und 1908 und 1909 45,- pf. Dies Angebot ist von unseren Kollegen abgelehnt und eine den Unternehmern entgegengesetzte Forderung angenommen, nach der der Stundenlohn 1906 45,- pf. bei zehnständiger Arbeitszeit und 1907 48,- pf. bei neunzehnhalbstündiger Arbeitszeit beragen soll. Anzutreten hat aber der „Nordwestdeutsche“ Wind bestimmen und jenen durch die hannoversche Nachaus-Submissionsgesellschaft berühmt gewordenen Max Küster nach Nienburg geführt. Dieser durch seine großen Füße sich hervorragend auszeichnender Herr hat dann die Nienburger Unternehmer, gründlich zurück getrampt, und zwar so, daß diese die Aussperrung befürchteten haben, die am 9. April beginnen wollten. Da die Zimmerer, zum Teil schon im Streik stehen, ist mit der Aussperrung zu rechnen.

Unsere Kollegen werden am 9. April die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Gas Korten. Zum Zweigverein Hameln gehören, haben die Unternehmer Thoms und Wehrmann drei Kollegen gemacht, weil diese die Dreiflügeligkeit besaßen, im Auftrage ihrer Kollegen zu fragen, da der Zweigverein Hameln einer Antwort nicht gewürdig war, wie es denn mit der eingereichten Lohnforderung aussieht. Die Folge war, daß auch die übrigen Kollegen die Arbeit einsetzen.

Die mehr der Ordnung wenigstens aufstreben Lohnverhältnisse in Vielefeld passen den Unternehmern in der Umgegend nicht in den Kram. So hat es der Unternehmer Schümann in Höhe von nicht vertreten können, daß seine Maurer mehr Geld beanspruchen. Die Kollegen haben deshalb die Arbeit eingestellt.

Gas Hamburg. In Schwabenbeck hatten die Kollegen eine Lohnforderung gestellt, wonach der Stundenlohn von 42,- pf. auf 50,- pf. erhöht werden sollte. Die Forderung wurde von den Unternehmern, mit Ausnahme des Herrn Brösch, genehmigt. Am 2. April wurde nur bei dem genannten Unternehmer die Arbeit eingestellt. Nach vierständigem Streik zeigte sich Herr Brösch durch ein Schreiben an unseren Zweigvereinsvorstand an, daß er bereit sei, die Forderung zu billigen. Dadurch ist für Schwarzen-

treten. Da ich aber jetzt fort bin, will ich mich Euch anschließen, wenn es geht. Bei den Christlichen bin ich als Kassierer gewählt worden, habe aber gar nicht agiert, sondern die Kollegen an Euren Verband verwiesen. Es sind schon einige da, die übertreten wollen. Ich weiß aber nicht, ob man ein neues Buch haben muss oder die Beiträge bei Euch nachzahlen kann.

Maurer A. Holama.
Neubau in Miechowic, Kr. Beuthen, Parkstraße.

Aus Anhörenden von Orten könnten wir derartige Fälle von Terrorismus der Christlichen und Geistlichkeit anführen. Wir wollen es aber hiermit genug sein lassen. Es sollten nur solche Stichproben gegeben werden, damit auch unsere Kollegen in späteren Jahren noch erfahren, wie in Überseelien die christlichen Organisationen, die katholische Radikalellung sowie der christliche Bauarbeiterverband aufgebaut worden sind. In solchen Orten ist es soweit getrieben worden, dass den Frauen in der Beichte der Weisheit mit ihren Männern verboten wurde. Den trockenpfigen Centralverbändlern wurde zur Strafe dafür, dass sie sich nicht christlich organisierten und in die Kriegervereine eintraten, das Betreten des Chors in der Kirche unterlagt.

Bei der Agitation selbst ging der Führer der Christlichen, Nothegel, soweit, dass er am 24. Februar in Traunzig erklärte, der Centralverband habe 1904 vom Unternehmertum zu viel gefordert; wenn 80 bis 82 g pro Stunde verlangt worden wären, dann hätte der Arbeitsverband sicher verhandelt.

Die Winteragitation wurde im Februar beendet. Und es hatte anfangs März den Anfang, als wenn für unsere Organisation in Überseelien überhaupt nichts mehr zu machen sei. Als sich nun Ende März die ersten Truppen der Maurer im Industriegebiet in den einzelnen Bezirken feststellten, ging ich sofort daran, hauptamtliche Sitzungen abzuhalten. Dort wurde dann über den Terrorismus der Geistlichkeit und der Führer der christlichen Organisation diskutiert. Vor allem wurde die Stellung der Sozialdemokratie zu unserem Verband beleuchtet. Es wurde klargestellt, weshalb die sozialdemokratische Fraktion gegen die gemeinsame Arbeiterversicherungsgefechte stimmte. Es wurde auch schwarz auf weiß bewiesen, dass die Sozialdemokratie nicht gegen die Zulassung der Jesuiten nach Deutschland, wie die Führer der Christen bei der Agitation behaupteten, sondern dafür gestimmt hatten. Als alle die Meinungsverschiedenheiten gelöst, die Gegenfächer aus dem Wege geräumt waren, kam es in den meisten Fällen somit, dass die Maurer unserem Verband beitreten. Es wurden Zahlstellen gegründet und beschlossen, auf Kosten der Lokallese für den Zahlstellen-Berichtsmann die Breslauer "Wollwacht" zu abonnieren. "Wollwacht"-Artikel wurden dann in den Zahlstellen und Massenquartieren diskutiert.

Wir saßen heute mit Freuden konstatiert, dass viele Vertrauensmänner und Zahlstellen seitens der Christlichen und der Geistlichkeit nicht mehr in den Abgrund gefügt werden können. Wünschenswert wäre es aber, dass sämtliche Zahlstellen in den Landkreisen in ähnlicher Weise verfasst, um so eher wäre es möglich, die Organisation in Überseelien befestigen zu können.

Außerdem hat dann die Leitung in einem halben Dutzend Zahlstellen, wo die Vertrauensmänner einigermaßen mit der Feder umgehen wußten, das "Arbeitsrecht" vor Städtebürgern angekündigt, um für unsere Kollegen die gewöhnlichen Streitfälle gleich erledigen zu können.

Agitation wurde überall, soweit es nur möglich war, betrieben. Daburh war es möglich, in Antonienhütte, Bielschowic, Brzynne, Działau, Grzymow, Grzymow, Krappis, Krzyżow, Miechowic, Neuwied, Poln., Neulrich, Podewils, Reinschdorf, Rybnik, Rogau, Sodenhöhe, Saltau, Slawenski, Schoppinik, Tarnowitz (zum zweiten Mal) und Wieschauß Zahlstellen zu errichten. Im Jahre 1904 wurden Zahlstellen errichtet in: Alt.-Cösl., Altdorf, Beuthen, Czawa, Gleiwitz, Gąsself, Dt. Rasselwitz, Dirschel, Elgoth, Gleiwitz, Kattowitz, Königsgrütte, Lauterhütte, Ostrosnitsch, Ratisbor, Schwientochlowic, Winnowic und Zabrze.

Von diesen 41 Zahlstellen haben sich im Laufe des Jahres wegen Mangels an Vertrauensmännern Działau, Krzyżow, Miechowic, Poln., Neulrich, Rybnik, Ratisbor und Wieschauß wieder aufgelöst.

Im ganzen fanden 47 öffentliche und 48 Mitgliederversammlungen statt. Werner: 89 Sitzungen, 8 Beiratssitzungen und 22 Bürositzungen statt. Konferenzen und 22 Bürositzungen statt. Die übrige Zeit ist für Kolportage des "Grundstein", Röhnbewegungen im Gau, Fernhaltung des Zuganges usw. verwendet worden.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen:

1903	1904	1905	
Quartal	Quartal	Quartal	Quartal
1. 2. 3. 4.	1. 2. 3. 4.	1. 2. 3. 4.	1. 2. 3. 4.
174201/212 2186855504423006171281/1278047/1341/2340/2279			

Im ganzen wurden 2641 Mitglieder neu aufgenommen, wobon 1785 nur durch die Organisation durchmarschiert sind. Hoffentlich gelingt es 1906, 4000 Mitglieder an Jahresschluss halten zu können.

Die Christliche Organisation hat Mitglieder in Beuthen, Brzynne, Deutsch-Rasselwitz, Dobersdorf, Fröbel, Friedersdorf, Kattowitz, Krappis, Mechanik, Oberglogau, Schoppinik, Walzen und Zabrze. Die Hochburg davon ist Dobersdorf mit 58 Mitgliedern.

Eine Lohnbewegung war in 20 Bezirken vorhanden. In 16 Bezirksgebieten kam es zu Streiks resp. Bausperren. Außerdem mussten in Kattowitz im Frühjahr, in Krappis im Herbst Abwehrkämpfe mit einzelnen Unternehmen geführt werden.

Im April 1905 teilte uns der Arbeitgeberverband seine Beschlüsse mit. Wir lassen die Ergebnisse folgen:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im ober-schlesischen Industriebezirk.

Kattowitz, den 7. April 1905.
An den Vorsitzenden des städtischen Gewerberates,
Herrn Bürgermeister Neugebauer, Hochwohlgeboren
Kattowitz.

Wir nehmen ergebnis beug auf den Schriftwechsel mit dem städtischen Gewerberate zu Kattowitz vom Juli vorigen Jahres, J-Nr. G. G. 5/04, und überreichen in der Anlage von der Generalsammlung vom 4. d. M. angenommenen Arbeitsvertrag zwischen den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im ober-schlesischen Industriebezirk und den beiderseitig beschäftigten Maurern und Zimmergefeellen, mit der Bitte, der Lohnkommission des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Kattowitz, Rathausstraße, hieron Kenntnis geben zu wollen.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband
für das Baugewerbe im ober-schlesischen Industriebezirk.

Der Vorstand,
ges.: B. Clausnitzer, Vorsitzender.

Arbeitsbedingungen für das Jahr 1905:

I. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden. Entsprechende Veränderung tritt mit Abnahme der Tage ein.

II. Arbeitslohn.

Der Arbeitslohn für Maurer und Zimmergefeellen wird für die Arbeitsstunde auf 82 g festgesetzt mit der Maßgabe, dass Junggefellen und durch Invalidität und Alter weniger leistungsfähig gewordene Gefeellen einen Lohn nach freier Vereinbarung erhalten.

III. Wohnungshilfe.

Die Lohnzahlung erfolgt unter Einbehalt der Sonnenabendhöfe vierzehntägig am Sonnabend nach Schluss der Arbeit oder auch während der selben bei Arbeitsstunden mit über zehn Gefeellen auf dieser, sonst nach Ermessung des Arbeitgebers im Baubureau oder auf einer anderen Arbeitsstätte. Angemessene Vorhabe werden an den Sonnabenden zwischen den Lohntagen gezahlt.

IV. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Das Arbeitsverhältnis darf von beiden Teilen ohne vorherige vierzehntägige Kündigung jederzeit gelöst werden.

Diese Arbeitsbedingungen perfekt jeder Unternehmer mit seinem Namen oder Stempel und hing sie auf seinen Kaufketteln aus.

Anfangs Juni wurde nun von der Organisation beiderweise die Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit, 87 ½ Stundenlohn usw. gestellt. Nur in Beuthen wurde 2 g weniger verlangt. Antwort bekamen wir keines von allen Unternehmern, und zwar in einem und demselben Maße. Wir lassen davon eine Abschrift folgen:

Kattowitz, den 22. Juni 1905.

An Herrn Hermann Baude,

Baumwolle Nr. 151 b.

Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im ober-schlesischen Industriebezirk habe ich die in der Anlage aufgeführten Arbeitsbedingungen für das Jahr 1905 als maßgebend für mich und meine Arbeitnehmer anerkannt, und bin aus diesem Grunde nicht mehr in der Lage, mit Ihnen bezüglich Ihrer Bußfahrt über Veränderungen dieser Bedingungen zu verhandeln.

Achtungsvoll
ges.: B. Franzisch, Maurermeister.

Daraufhin ging es dann zum Kampf. An allen Enden und Kanten wurden Bausperren eröffnet. Dies hatte zur Folge, dass bis zum 15. August in den Bezirken: Kattowitz, 28 Unternehmer mit 930 Maurern, in Königsgrütte 3 Unternehmer mit 98 Maurern, in Zabrze 1 Unternehmer mit 20 Maurern, in Beuthen 1 Unternehmer mit 57 Maurern, in Beuthen, in Königsgrütte 1 Unternehmer mit 23 Maurern, in Beuthen 1 Unternehmer mit 28 Maurern, in Schoppinik 1 Unternehmer mit 10 Maurern, in Kattowitz 1 Unternehmer mit 9 Maurern eingezogene Verträge zu 84 und 85 g abgeschlossen wurden. 85 g Stundenlohn ergaben im ganzen 122 Maurer. An 18 Maurer wurde in Zabrze 86 g, an weiter 21 Maurer 88 g und in Beuthen an 30 Kollegen ebenfalls 88 g Stundenlohn gezahlt.

Zu den Bezirken Antonienhütte und Schwientochlowic verließen die Bausperren resolutlos, in Königsgrütte, Lauterhütte, Miechowic, Schoppinik und Zabrze war ein teilweise Erfolg zu verzeichnen; nur in Beuthen blieb es bei der einen Bausperre, obgleich auch dort der Kollege Nowak aus der Arbeit genommen war; dieser scheint aber mehr für seine anarchistischen Ideen als für den Centralverband propagandiert zu haben.

Infolge des fortwährenden Kleinstrieges und infolge des Dazwischenkommens der Zimmererorganisation, die ebenfalls Forderungen gestellt hatte, kam es am 15. August mit dem Arbeitgeberverband zu Verhandlungen. Die Verhandlungen stützten sich auf die bereits abgeschlossenen Einzelverträge. Es kam dann ein Vertrag für das gesamte Industriegebiet zu Stande, der bis zum 1. April 1907 Gültigkeit hat.

Ein Abnehrkampf entwidete sich im November noch in Krappis, infolge einer Lohnabrechnung des Unternehmers Korbach aus Tarnowitz. Die Arbeit wurde einstellig von 50 Beschäftigten niedergelegt; dabei befanden sich auch 4 Mitglieder der Christlichen Organisation. Alles ging ruhig bis zum vierten Tage; dann kam der Führer der Christen, Nothegel, und schickte seine Mitglieder an die Arbeit. Einige Kollegen fielen nun um und wurden Streitbrecher. Nicht genug, dass Nothegel für den Unternehmer Streitbrecher war, er ging sogar soweit, den Versuch zu melden, unsere Streitposten mit Geld zu bestechen, indem er ihnen 25 g gab, um sie damit an die Arbeit zu lösen. Der Kampf ging für uns verloren, aber das Feld ist doch von uns erobern worden; denn fünf neue Zahlstellen sind durch den Streitbruch der Christlichen um Krappis herum ins Leben gerufen worden.

Zur besseren Information lassen wir nun die Zahlen der Maurer, die nach dem Vertragsabschluss den vertragsgemäßen Lohn erhalten, sowie die Zahl, für die der Lohn 1906 noch erhöht werden muss, folgen:

Zahlbezirke	Unternehmer	Gelehrte Beschäftigten	Die mit der Lohnabrechnung verbundene Zahl?	Die mit der Zahl abweichen soll?
Antonienshütte	9	985	119	166
Beuthen	1	19	—	19
Bielschowic	22	614	218	895
Brzynne	12	92	59	33
Grunau	5	101	42	59
Gryfina	5	61	29	32
Kattowitz	24	468	217	251
Kattowitz	42	1126	825	801
Koglowic	7	71	15	56
Königsgrütte	21	420	806	114
Lauterhütte	19	824	239	95
Lazisk	2	80	15	15
Lipine	5	120	85	85
Miechowic	6	143	85	68
Mitauhütte	5	61	49	12
Myslowitz	16	283	123	160
Nisko	3	45	—	45
Orzysz	2	28	2	26
Pieškischam	6	48	88	15
Pirowic	3	82	—	82
Plesz	4	86	—	86
Razibonau	4	45	9	36
Ruda	10	135	2	133
Schonlau	4	22	—	22
Schoppinik	12	232	148	86
Schontostschowitz	14	250	127	123
Sofnica	5	107	82	25
Tarnowitz	5	122	10	112
Tarnowitz-Danz.	5	74	8	71
Tischau	2	36	—	36
Tost	2	24	—	24
Zabrze	14	341	269	72
Summa	299	5855	8049	2806

Diese Zahlen sollten nur jeden Kollegen, der im Vertragsgebiet arbeitet, anspornen, dass 1906 für die 8049 Kollegen der Lohn erhalten und für die noch fehlenden 2806 Maurer das Verhältnis nachgeholt wird.

Wir möchten nun an die Zahlstellen-Vertrauensmänner und zwar bis zu 50 Mitgliedern alle 14 Tage und über 50 Mitglieder alle 8 Tage an den Käffner Joseph Weinrib. Kattowitz ist Grünwald 17, abzuhenden. Der Käffner ist streng angewiesen, nicht früher Marfen zu senden, bevor die ersten an die Mitglieder verabschiedeten Marfen bezahlt sind. Bis jetzt ist das leider nicht beachtet worden, worauf sich auch die Unterschlagungen lediglich nur zurückführen lassen.

Die Jahresabrechnung des Gaues gestaltet sich so:

Einnahme	M.
Kassenbestand vom vorigen Jahre	16,39
An Beiträgen auf Grund des Statuts	667,38
Bußgeld vom Verbandsvorstand	4052,82
Streitstellung zurück	777,57
An Beiträgen der Zweigvereine	161,40
sonstigen Einnahmen	60,—
Summa	M. 5735,86

Ausgabe	M.
Für Gehalt	1800,—
Arbeitsversäumnis an andere Kollegen	588,06
Diäten	204,45
Bußgeld	516,60
Bureau, Feuerung, Viecht und Bureau-utensilien	164,—
Druckdrück	143,10
Porto und Schreibmaterial	210,07
Unterstützungsvereinigung	36,—
Sonstiges, Salzmiete, Lefüre usw.	270,52
Summa	M. 5710,80

Baranz	M.
Einnahme	5735,86
Ausgabe	5710,80
Kassenbestand	M. 24,56

Der Gauvertrauensmann: Herm. Baude.

Berichte.
Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorlaufenkündigung sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstage Morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Gau Bremen. (Konferenzbericht.) Sonntag, den 25. März, tagte in Bremen eine Konferenz dieses Gaues. In das Bureau wurden gewählt: Hildebrand und Krug (Wilhelmshaven) als Vorsitzende, Siebmacher (Bremervörde) als Schriftführer und Müller (Norden) als Führer der Rednerliste. Die Konferenz erörte das Ablinden des verstorbenen Kollegen Voring durch Erheben von den Blättern. Sobald erkläre Hildebrand den Bericht des Gauvorstandes. Er führte etwas aus: Der Bericht des Gauvorstandes ist bereits im "Grundstein" erschienen; ich nehm' das, das Sie alle hieron Kenntnis genommen haben. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Bezuglich des Mitgliederbestandes kann ich melden, dass unsere Erwartungen übertrroffen sind. Wir haben gegenwärtig im Gau Bremen einen Mitgliederbestand von 5000 Kollegen zu verzeichnen. Ferner haben wir jetzt 24 Zweigvereine, zu denen auf dem platten Lande eine Reihe von Zahlstellen kommen, die den

einzelnen Zweigvereinen angegliedert sind. Die im vorigen Jahre ausgenommenen Statistiken weist eine Anzahl von etwa 6000 Kollegen auf; es verbleiben fast 2000 Kollegen, die in unserem Gau noch zu organisieren sind. Es wäre notwendig, daß sich in diesem Beirat unsere Kollegen die Unternehmer bezüglich der Agitation nicht zum Muster nehmen und überall zu organisieren suchen, wo noch keine Organisation vorhanden ist. Redner erfuhrte mit Rücksicht auf die kurze Zeit, die der Konferenz zur Verfügung steht, den Bericht des Gauvorstandes einer sachlichen Art zu unterziehen.

Sander hätte am liebsten gesehen, wenn der Bericht über die Mitgliederbewegung spezialisiert erschienen wäre. Nach der Auffassung des Redners ist der Zuwand von Mitgliedern nicht auf die intensive Agitation des Gauvorstandes zurückzuführen. Hauptfachlich sei der Aufwuchs der Mitglieder auf das Konto der zugereisten organisierten Kollegen zu setzen und ferner auf die günstige Konjunktur. Der Redner bittet, den Gauvorstand zu beauftragen, in Zukunft noch mehr zu arbeiten.

Martin trat den Ausführungen des Vorredners entgegen. Wenn wir den Geschäftsbereich prüfen, so müssen wir zu dem Resultat kommen, daß wir einen Fortschritt im Gau Bremen gemacht haben. Durch die Agitation des Gauvorstandes sind die Mitglieder in Noltenburg organisiert worden. Nach der Ansicht des Redners hat der Vorstand im vollen Maße seine Schuldigkeit getan.

Sander: Ich habe nicht sagen wollen, daß der Vorstand seine Pflicht nicht getan hat. Ich will nur sagen, daß noch nicht genug getan werden ist. Meine Ansicht geht dahin, daß z. B. im Württemberg nicht genügend geleistet wurde. Es fehlt speziell an der nötigen Agitation gegen die Christlichen. Außerdem wäre es Aufgabe des Gauvorstandes gewesen, auch in den Kreisen der organisierten Kollegen mehr für Ausklärung zu sorgen.

Bömelburg: Es ist eine Tatsache, die nicht hinweggesehn werden kann, wenn der Gauvorstande nur für die Agitation da wäre, daß dann mehr Erfolge erzielt werden könnten. Das ist aber nicht der Fall. Der Gauvorstand hat auch die Lohnbewegungen zu leiten und die nehmen bekanntlich ebenfalls viel Zeit in Anspruch. Sander müßte aber selbst zugeben, daß der Gauvorstand nicht auf der Bühne gelegen hat. Kollege Sander ist ja auch noch nicht lange Zeit hier, kann also die Verhältnisse im einzelnen noch nicht genau kennen. Ich glaube aber auch, daß noch mehr getan werden könnte. Das kann ich aber stets sagen, wenn ein Jahr herum ist, es hätte dies oder jenes noch geschaffen können. Das Württemberg ist eine Ede, die nicht leicht für uns zu bekommen ist. Ich gebe auch zu, daß auf dem Gebiete der Vertiefung des Organisationsgebäudes noch mehr hätte geschehen können. Das ist aber noch kein Grund, dem Gauvorstandem vorzuwerfen zu mauen. Ich möchte den Kollegen Sander darauf aufmerksam machen, daß man solche Bestrebungen nicht von heute auf morgen verwirklichen kann.

Bömelburg: Aus den Ausführungen Bömelburgs konnte man heraus hören, daß er von dem Bremer Verhältnissen ganz genau informiert war. Wenn hier Missstände angeführt würden, so ist es doch nur geschehen, um die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck zu bringen.

Hiddessen: Der Bericht des Gauvorstandes ist nur von dem Kollegen Sander montiert worden. Wenn ich mich nicht immer nach dem Wunsche Sanders mit den Christlichen beschäftigt habe, dann liegt das eben daran, daß ich bisweilen einmal andere Wege eingefolgt habe. Man wird aber nicht beweisen können, daß ich in dieser Beziehung nicht meine Pflicht getan habe. Redner führt in ausführlicher Weise den Verlauf der Agitation in Papenburg an, der speziell von Sander montiert war. Nach einigen weiteren Ausführungen von Berg, Bömelburg, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angekommen. Der Gauvorstande Berg gab dann den Kassenbericht. Da die Abrechnungen bereits im "Grundstein" in den Nummern 11 von 1905 und 8 von 1906 veröffentlicht wurden, glauben wir von der nochmaligen Belastnachfrage Abstand nehmen zu dürfen. Nach einer kurzen Diskussion dieses Berichts, an der sich die Kollegen Fröhling, Berg und Bömelburg beteiligten, fand ein Antrag des Bremerhovener Delegierten einstimmige Annahme, wonach dem Gauvorstand Decharge erteilt wird. Nach dem jetzt erfolgenden Bericht der Mandatsprüfungskommission sind mit dem Gauvorstand 39 Teilnehmer erfasst. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Zum Punkt "Lohnbewegungen" führte der Verbandsvorsitzende Bömelburg aus: In den ersten Jahren des Bestehens unserer Organisation war es eine Lohnbewegung nicht zu denken. In den Jahren 1891 bis 1893 sind vielleicht 12 Lohnbewegungen vor sich gegangen und bis zum vorigen Jahre ist die Zahl der Bewegungen auf 400 pro Jahr gestiegen. Nach den bereits erfolgten Anmeldungen können wir in diesem Jahre etwa auf 500 Lohnbewegungen kommen. Wo geziichtet wird, gibt es bekanntlich auch Niederlagen. Im allgemeinen ist die Bewegung bis jetzt für uns recht günstig ausgefallen. Für circa 223.000 Kollegen berechnet ist der Stundenlohn im Durchschnitt um 11 S. gestiegen. Nicht allein auf dem Gebiete des Lohnes, sondern auch auf dem der Verkürzung der Arbeitszeit sind nennenswerte Erfolge erzielt worden. Von den 223.000 nach der Statistik in Frage kommenden Kollegen haben 40.000 eine Arbeitszeit unter zehn Stunden, von diesen haben 3500 eine achtständige Arbeitszeit. Die Anzahl der Orte, wo über zehn Stunden gearbeitet wird, ist bedeutend zurückgegangen. Zur Zeit der ersten Lohnbewegungen hatten wir einen Mitgliederbestand von 150.000, heute sind wir auf 177.000 gestiegen. Vor zehn Jahren waren unsere Finanzen noch schlecht gefestelt, wir lebten sogar von der Hand in den Mund. Im Laufe der Jahre sind unsere Mitglieder an höhere Leistungen gewöhnt worden. Unter dem Einfluß der Beschlüsse der Mainzer Generalversammlung haben wir uns eine gesunde finanzielle Basis gesetzt. Trotz der Ausgabe von einer Million Mark, die wir im vorigen Jahre für Streiks aufwendeten, sind wir in der Lage gewesen, M 480.000 zur Reserve legen zu können. Wenn wir in diesem Jahre dieselbe Summe für Streiks auszugeben haben, dann werden wir etwa M 500.000 bis 600.000 dem Reservefonds aufzuführen können. Betreffs der Tatsit bei-

Lohnbewegungen kann man nicht viel sagen, weil sich die Tatsit nicht vorher bestimmen läßt. Das eine kann ich jedoch sagen, daß wir nicht notwendig haben, bei Streiks die große Breite anzulegen. Besonders wenn die Arbeitsgelegenheit an den einzelnen Orten gut ist, werden wir das nicht nötig haben. Wollen wir im allgemeinen unsere Lohnbewegungen noch besser durchführen, dann müssen sich unsere Kollegen noch mehr an Disziplin gewöhnen. Wenn wir einmal im Vorlaufe Streiks verfolgen, dann sollten wir hierzu auch triftige Gründe. Wollen die Mitglieder in Lohnbewegungen eintreten, dann verlangen wir, daß die in den Sitzungen festgelegten Bestimmungen innerhalb werden. Ganz besonders müssen auch die Bestimmungen des Streikreglements befolgt werden. Die Unternehmer arbeiten mit großer Energie an dem Ausbau ihrer Organisation weiter. Wenn deren Organisation immer stärker geworden ist, können wir dann auf Forderungen verzichten? Das können wir nicht. Mit der Stärkung der Organisationen werden die Kämpfe an Umfang gewinnen. Die Entwicklung arbeitet dann so, daß die Ausprägungen immer größer werden. Wenn wir auf die großen Kämpfe vorbereitet sind, die sich als Folge der Entwicklung ergeben werden, dann können sie uns nicht schaden. Wir müssen eben eine genügend starke Organisation haben, um solche Kämpfe führen zu können. Das Vermögen des Verbandes von 1,8 Millionen Mark ist ja eine nette Summe; zu den Vorbereitungen für spätere Kämpfe genügt sie aber noch nicht. Sie denken, ich komme jetzt mit der Beitrags erhöhung. Nein. Ich denke, wir müssen am heutigen System fest; wird der Lohn erhöht, dann erhöht sich auch der Beitrag von selbst. Solange die Organisation mit den Beiträgen so hinkommt, denke ich nicht daran, an der heutigen Beitragszahlung zu rütteln. Wenn wir den großen Kampf mit Ruhe entgegennehmen wollen, müssen wir dafür sorgen, daß die Zahl der in verschiedenen Kollegen verringert wird und ferner müssen unsere organisierten Kollegen mehr über unsere zukünftigen Aufgaben aufgeklärt werden. Wenn Sie in diesem Sinne handeln, dann werden auch die zukünftigen Lohnbewegungen zum Nutzen der Organisation durchgesetzt werden. — Diese Ausführungen waren von allgemeinem Beifall begleitet.

Nach Gründung der Nachmittagssitzung ging der Vorsteiger mit kurzen Worten auf die Ausführungen Bömelburgs ein und konstatierte, daß das Bureau bereit ist, im Sinne dieser Ausführungen zu handeln. Zum Punkt "Agitation" übergehend, führte Hiddessen aus: Während meiner früheren Tätigkeit als Leiter des Zweigvereins habe ich häufiger die Beobachtung machen müssen, daß manche Kollegen nur auf Veranlassung ihrer Frauen dem Verbande den Rücken gekehrt hatten. Ich habe dann mehrfach in solchen Fällen bei den Biederaufnahmen mit den Frauen hierüber Rücksprache genommen und habe die Gründe angeführt, weshalb der Mann organisiert sein muß. Dann wurde mir verschiedentlich erklärt: wenn mein Mann mit das gesagt hätte, würde ich nicht darauf gedachten, daß er aus dem Verbande austreten solle. Man sieht an solchen Fällen, daß die Männer ihre Frauen nicht immer genügend erklären. Der Redner plädierte dann für die allgemeine Einführung der Einheitsmarke. Bei der Werbung von weiteren Mitgliedern sei auch ein Hauptgewicht auf die Kleinarbeit in Stadt und Land zu legen. — In der Diskussion bemerkte Sander: Wenn die Agitation noch erfolgreich sein soll, so muß ein bestimmter Plan aufgestellt werden. Diejenigen Kollegen, die für die Agitation geeignet sind, müssen den nötigen Stoff bekommen. Redner ging daher auf die Art und Weise ein, wie die Bildungsausstüdz in Bremen planmäßig für die Fortbildung der Arbeiter Sorge trägt. Dann ist es notwendig, daß in den Orten wie Osnabrück, wo die Organisation mit den Christlichen zu rechnen hat, die Kollegen herangebildet werden, um selbst diesem Gegner entgegentreten zu können. — Bömelburg: Auf alle Einzelheiten zu diesem Punkte einzugehen halte ich nicht für notwendig. Am kleinsten Ort ist die Agitation auf dem Arbeitsplatz fast gar nicht möglich. Der Mitgliederbestand vom "Gau Bremen" steht ja im Verhältnis zu anderen noch günstig da. Wollen wir die Kollegen des platten Landes organisieren, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Mitglieder in den größeren Städten ihre Agitation auf die Umgegend ausdehnen. Es muß so weit kommen, daß jeder Zweigverein seinen eigenen Agitationsbezirk hat. Sander führte hier besonders an, wie der Bildungsausstüdz in Bremen für die Fortbildung der Arbeiter seinen Plan ausgearbeitet hat. Das mag für Bremen ganz richtig gewesen sein. Was in Bremen möglich ist, ist nicht immer in anderen Orten durchzuführen. Das ist alles leider gesagt wie getan. Wir haben seit Jahren danach hingestrebt, um den Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich weiter auszubilden. Ich kann auch heute schon versetzen, daß der auf Veranlassung des letzten Gewerkschaftskongresses einzuführende Unterrichtsfurium am 1. September eröffnet werden wird. Die Selbstbildung schaue ich noch höher, als die Teilnahme an den besten Vorlesungen. Ich denke deswegen, weil ich weiß, daß der, der liest, auch bestrebt sein wird, das zu erlernen, was er gelesen hat. Es freut mich, wenn die Kollegen Einrichtungen schaffen, wodurch die Mitglieder immer mehr zum Leben erregt werden. Aber bei allem müssen wir bestrebt sein, mit den Füßen am Boden zu bleiben und nicht in der Luft schweben. — Sander plädierte nochmals für seine vorher angeführte Meinung, daß die Agitation dann am fruchtbarsten sein wird, wenn an aktuelle Themen angeschnitten wird. Wenn man in meinem Sinne den Organisationsgedanken in den kleinen Orten propagiert, dann schwächt man nach meiner Meinung nicht in höheren Regionen, sondern man bleibt mit beiden Füßen am Boden. — Hiddessen schloß diesen Punkt der Tagesordnung mit dem Hinweis, daß der neu gewählte Gauvorstand sich die Anregungen zu nutze machen wird. Hierauf wurde eine Mitteilung der Banter Bauarbeiterfachkommission verlesen. Nach diesem Schreiben wird an alle Delegierten das Studium gerichtet, in allen Zweigvereinen für die Einführung einer Kommission zu sorgen, die sich die Materialsammlung für die Banter Kommission zur Aufgabe mache. Ohne Debatte wurde dann ein Antrag angenommen, wonach auf der nächsten Konferenz mindestens ein Revisor der Gaukasse vertreten

sein muß. — Martin stellte dann den Antrag, daß das Gehalt des Gauvorstandes auf M 170 monatlich festgesetzt wird und daß der Gaukassier eine jährliche Entschädigung von M 50 erhält. — Sander beantragte, daß der Dielenfahrt für halbe Tage auf M 3, für ganze Tage auf M 5 und mit Übernachtung auf M 7 festgesetzt wird. Diese Anträge wurden nach kurzer Diskussion angenommen. Die Wahl des Gauvorstandes zeitigte folgendes Resultat: Hiddessen, Gauvorstand; Berg, Käffner; Boiba, Martin und Bührmann, Beifitzer. Die Neuwahlen wurden per Missive abgesetzt. Nachdem der Verbandsvorsitzende Bömelburg den Delegierten in kurzen Zügen auseinander gesetzt hatte, wie die Anregungen in den Zweigvereinen zu bearbeiten sind, wurde gegen 6 Uhr Abends die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Maurer verband geschlossen.

Gau München. (Konferenzbericht.) Sonntag, den 18. und Montag, den 19. März, tagte hier im Gambrinus, an der Konferenz des Gaus München. Anwesend waren 46 Delegierte von 23 Zweigvereinen. Außerdem waren als Gäste erschienen je ein Vertreter der Zimmerer und Baugärtnerarbeiter von der Bahnhofsmünchner sowie Kollege Auer vom österreichischen Bauarbeiterverband, ferner Gewerkschaftssekretär Jacobson-München. Vom Hauptvorstand war Kollege Bömelburg anwesend. Nachdem der Arbeiter-Sangverein München-West einige Lieder gesungen hatte, bleib der Gauvorstande, Kollege Hartl, die Delegierten herzlich willkommen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Delegierten auf Grund ihrer gemachten Erfahrungen in ruhiger, sachlicher Weise Vorschläge machen werden, wie die Organisation auszubauen und die Maurerbewegung in Südbayern weiter vorwärts zu bringen sei. Es war eine schwere Arbeit, die Organisation auf dem Lande zu befestigen. Aber man könne mit der Entwicklung ganz zufrieden sein, da heute der Gau aus 25 Zweigvereinen mit ca. 6000 Mitgliedern besteht.

Nachdem das Bureau aus Schäfer-München als erstem und Wär-Augsburg als zweitem Vorsitzenden, Glas-München als erstem und Schwarzenland-Meiningen als zweitem Schriftführer gebildet und die Mandatsprüfungs-Kommission aus Käfer-Augsburg, Müngel-Landsbut und Graf-Landsbut gewählt war, ergriß Hartl das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Er vertrieb auf den gebrüderlichen Bericht und recapitulierte kurz die Maurerbewegung in Südbayern. Es sei ein schwerer Kampf gewesen, der geführt werden mußte, um die Kollegen auf dem Lande von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Erfreulicherweise sei die Fluktuation gesunken, und es sei sogar gelungen, in die schönen Winde Bayerns, in Nieder-Bayern, einzudringen. Nach dem unglücklichen Streit in Augsburg sei die dortige Mitgliedschaft mit 900 Kollegen verloren gegangen; doch müsse zur Ehre der dortigen Kollegen konstatiert werden, daß zur Zeit wieder nahezu 800 Kollegen dem Verbande angehören. In Nösenheim und Reichartshausen gehe die Bewegung sehr gut vorwärts; im leichten Orte sind 95 pgt. der Maurer organisiert. Landsbut sei von seher das Sommerzentrum der Organisation gewesen; die leidenden Personen arbeiten oft das ganze Jahr austäti. In Ingolstadt gehören alle Kollegen dem Verbande an. Auch in den jüngeren Zweigvereinen könne man mit der Entwicklung vollauf zufrieden sein; es seien überall überzeugende neue Mitglieder vorhanden. Nachdem Redner den Delegierten noch einige praktische Worte und Vorschläge über die Leistung erläutert hatte, schloß er mit einem Appell an die Delegierten, stets die Organisation hochzuhalten, seine Ausführungen.

An diesen Bericht trug sich eine rege Debatte mit verschiedenen Wünschen, Anregungen und teilweise auch Beschwerden. Nachdem Kollege Bömelburg noch verschiedene Fragen beantwortet hatte, wurde dem Gauausschuß ein stimmiges Decharge erteilt.

Über Lohnbewegungen referierte Kollege Bömelburg. Er gab zunächst den Delegierten ein interessantes Bild der Entwicklung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Noch im Jahre 1895 betrug der Mitgliederstand ca. 18.000, Birta M 90.000, also genau die Summe, die der Verband gelegentlich der vorjährigen Lohnbewegung in München allein verausgabt hatte, betrug damals die Gesamtentnahmen. Mit der Ausbreitung der Organisation vermehrten sich auch die Lohnkämpfe. Vor zwei Jahren hatten 378 Zweigvereine Lohnbewegungen, im vorigen Jahre waren es über 400 und in diesem Jahre sind bis jetzt schon dem Verbandsvorstande 400 Lohnbewegungen angetragen. So daß bis zum Schluß des Jahres die Biffer 500 — das ist ziemlich die Hälfte aller Zweigvereine — beinahe erreicht sein dürfte. Eine so gewaltige Bewegung ist nur möglich bei einer starken Organisation und guter Disziplin. Im Jahre 1898 hat der Verband für die Lohnbewegungen ca. 800.000 verausgabt; vor zwei Jahren betrug die Ausgabe eine Million, im vorigen Jahre ebenjedoch, und in diesem Jahre wird sie voraussichtlich noch größer werden. Trotz dieser ungeheuerlichen Ausgaben, war es noch möglich, vor zwei Jahren M 175.000 den Reserven zu überweisen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, dürfte sich das Vermögen des Verbandes im abgelaufenen Jahre um M 450.000 vermehrt haben. Derartige Erfolge habe nur die Organisation der Maurer aufzuweisen. In den leichten Jahren sei der durchschnittliche Stundenlohn um 12 S. gestiegen, in einzelnen Großstädten sogar um 15 S. Wenn die Organisation in München und Südbayern anfangs der 90er Jahre so stark gewesen wäre, wie sie zur Zeit ist, dann wäre auch hier der Stundenlohn heute bedeutend höher. An dem Ausbau der Organisation müsse ununterbrochen weiter gearbeitet werden, und eine immer größere finanzielle Stärkung des Verbandes sei unabdinglich notwendig. Das Vermögen des Verbandes, das zur Zeit ca. M 1.800.000 beträgt, in den Lokalstäffeln befinden sich etwa M 860.000, gehe also der dritten Million entgegen, er scheint wohl auf den ersten Blick sehr hoch, im wirtschaftlichen Kampfe reiche es bei weitem nicht hin, um und über alle Schwierigkeiten hinwegzugehen. Eine bedeutende Stärkung unserer finanzien, ohne den Beitrag zu erhöhen, sei nur möglich, durch Vermehrung der Mitglieder und durch Erhöhung des Stundenlohns, die ebenfalls eine höhere Leistung erfordert. Nachdem Bömelburg den Delegierten noch einige sehr praktische Worte erläutert und sie ermahnt hatte,

sich nicht mit kleinlichen Dingen zu beschäftigen, sondern sich stets die ganze Höhe des Organisationsgedankens vor Augen zu halten, schloß er unter großem Beifall seine sehr interessanten und lehrreichen Ausführungen.

In der Diskussion berichteten mehrere Delegierte über die Verhältnisse in ihren Zweigvereinen und beschwagten sich vielfach über die Münchener Maurer, die durch Übernahme von Aufforderungen in den auswärtigen Orten große Zwistigkeiten und Uneinigkeit in die verschiedenen Zweigvereine hineinragen, und so die Agitation sehr erschweren.

In seinem Schlusswort beantwortete Böhmelsburg verschiedene an ihn gerichtete Fragen. Sehr bedauerlich sei es, wenn die Münchener Kollegen durch ihr Verhalten Uneinigkeit unter die Kollegen bringen. Gerade in Bayern sei der Durchschnittslohn der Maurer am niedrigsten, obwohl sie noch dazu Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen müssten. Redner erwähnte nochmals mit beweglichen Worten zur Einigkeit, nur durch sie komme man zum Ziele.

Über Agitation referierte Kollege Hartl. Wenn man die Verhältnisse heute betrachtet, könne man gar nicht glauben, daß eine Agitation notwendig sei. Dem sei jedoch nicht so. Viele, viele unserer Kollegen stehen noch sehr tief unter dem Niveau allgemeiner Bildung. Es müsse unangefochten gearbeitet werden an der Aufklärung und Bildung der Kollegen. Freiwillig werden die Unternehmer den Lohn nicht erhöhen. Wenn Einigkeit unter den Kollegen herrsche, so haben auch ein wichtiges Wort bei Festigung der Löhne und Arbeitsbedingungen mitzureden. Die kirchlichen Autoritäten seien die größten Gegner der Organisation. Von ihrem Standpunkte aus sei das begreiflich; denn sobald die Arbeiter aufgestellt sind, würde es mit ihrem Herrenamt vorbei sein. Jeder Kollege müsse seinen Mann stellen, sowohl in gewerkschaftlicher, wie auch in politischer Beziehung; bisher sind nur die sozialdemokratischen Abgeordneten wirklich für die Arbeiter im Parlament eingetreten. Die Arbeiterbewegung habe eine kulturelle Bedeutung. Auf dem Lande aber müsse die Agitation mit großer Geduld betrieben werden. Für den Arbeiter gebe es kein anderes Bildungsmittel, als Agitation und die Arbeiterpresse. Sogar die Fabrikinspektoren müssten in ihren Jahresberichten anerkennen, daß da, wo die Arbeiterbewegung vorgeschritten ist, auch der Bildungsgrad der Arbeiter ein höherer sei; früher wurden die organisierten Arbeiter militärisch angesehen, während heute die Bürgerschaft vor ihnen Respekt bekommen habe. Die Kleinagitation, unter der die Hausagitation, Bauteilbesprechungen sowie die mündliche Agitation zu verstehen ist, sei am wirksamsten und müsse unausgeschöpft betrieben werden; auch die Frauen sollen aufgestellt werden über den Augen und Wert der Organisation. Eine Hauptstrophe sei es auch vor allem, die zugereisten ausländischen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die Versammlungen werden nun dann optisch wirken und unserer Sache dienen, wenn sie ruhig und sachlich verlaufen.

Die Diskussion über diesen Punkt war sehr ausgedehnt. Der Vertreter der österreichischen Bauarbeiter berichtete, daß seine Organisation gegenüber dem deutschen Bauerverbande noch weit zurück sei; doch gehe es auch dort vorwärts. Im vorliegenden Jahre sei seine Organisation von 14 000 auf 30 000 Mitglieder gestiegen, aber es bleibe noch viel zu tun, übrig. Die Arbeiter in Österreich seien für die Organisation sehr schwer zu gewinnen, indem dort die Verdunstungspolitik der kirchlichen Wacht noch sehr tiefe Wurzeln habe. Redner dankte für die Zulassung seiner Person zur Konferenz, diese habe ihm sehr Lebhaftes geboten. Ein Münchener Delegierter beschwerte sich über die Stultsturen in bairischen Gegend, die unsere Kollegen in den Stultsturverbänden abgewiesen wolle. Der Vertreter der Bauhülfearbeiter forderte die Delegierten auf, zu den Baubesprechungen auch die Bauhülfearbeiter einzuladen und sie zu kontrollieren. Böhmelsburg und Hartl gingen auf die einzelnen Wünsche im besonderen nach ein, und ermahnten die Delegierten, zu ihren Baubesprechungen auch die Zimmerer und Bauhülfearbeiter einzuladen. Mit dem Stultsturverbände stehe die Maurerorganisation leider in keinem Vertragverhältnis. Ein diesbezüglicher Antrag sei besonders vor den Münchener Stultsturen abzulehnen worden. Die Kollegen sollen nur dann dem Stultsturverband beitreten, wenn dieser ihnen ihre Beitragsleistung im Maurerverbund von ansetzt.

Aus der Wahl des Vorstandes gingen einstimmig vor: Hartl als Vorsitzender, H. Städler, Käffner, Hob, Koch, Schriftführer, Buz und Schulz als Beisitzer. Als Beisitzer wurden gewählt: Feut, Wehr, Nemiusius und Wintammer. Das Schall des Kollegen Hartl wurde von 110 auf 170 erhöht, mit Zustimmung vom 1. Mai vorliegenden Jahres.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands wurde nach zwölfstündigem Dauer die mustergültig verlaufene Konferenz vom Vorsitzenden Schäfer geschlossen.

Neubach. Montag, den 26. März, tagte hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, die sich hauptsächlich mit der wirtschaftlichen Lage der bayerischen Bauhandwerker beschäftigte. Kollege Merck aus Nürnberg war als Referent anwesend. Der Referent führte den Anwesenden, unter denen sich auch ein Polizeioffizial befand, klar vor Augen, in welcher elenden Lage sich die Bauhandwerker infolge der Fleißüberlastung und Polizeipolitik befinden. Redner ging dann dazu über, daß erbärmliche Verhältnisse der Bauunternehmer und ihrer Polizei gegenüber den Arbeitern schwer zu tolerieren. Besonders die Firmen Günzert, Ranzberger und Simon mit ihren Polizisten wurden schwer mitgenommen. Allen voran im Schlanieren der Arbeiter, hauptsächlich der organisierten Maurer, ist der Polizei Vorförster aus der Simonischen Werkstatt, der bis vor kurzem unserem Verband angehört hat. In seinem Eifer über Bekämpfung der Organisation geht dieser edle Held sogar so weit, daß er Austrittserklärungen anfertigt und diese von den Maurern unterschreiben läßt. Leider gibt es nun noch wortlose Kollegen, die hierauf eingehen. Sie sind eben der Meinung, wenn sie heute dem Verband beitreten, könnten sie morgen mit bollen Händen empfangen. Natürlich unserer Lohnbewegung im vorliegenden Jahre wurde und unter dem Vorstoß des Bürgermeisters schriftlich unter Koalitionsrecht zugestanden. Und heute sind es dieselben Unternehmer, die uns das Koalitionsrecht

rauben und unsere Organisation in den Grund bohren möchten. Es wird ihnen dieses aber nicht gelingen, wenn auch momentan ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, indem unsere Verbandskollegen nicht eingestellt oder ausgesperrt werden, wobei von den schwarzen Liste ausgleicht Gebrauch gemacht wird. Wenn aber beide Mittel nicht verfangen, dann greift man zur Lohnreduzierung. Den Verbandsmitgliedern wird ein Stundenlohn von 28 bis 30,- ja sogar 24,- bezahlt, während ein Bauhülfearbeiter 28,- bekommt. Bei alledem gibt es noch Kollegen, die zu ihren Meistern gehen und ihre Kollegen verlaufen und vertragen, indem sie sagen, die und diese Kollegen sind schuld daran, daß wir im Verband sind, und diese haben uns zum Streit verleitet, aber wir wollen wieder brav sein und so etwas nicht mehr tun. Der Erfolg davon ist, daß die Kollegen, die für die anderen die Raffianen aus dem Feuer holten, am bösigen Orte meistens existenzlos geworden sind. Merck ermunterte die Kollegen zur kräftigen Agitation und empfahl ihnen, fest und treu zur Organisation zu halten. Es folgte dann eine lebhafte Diskussion, in der auch die Nothstandsarbeit im heutigen Winter, die seit Stadtmaistrat hätte aufkriegen lassen, diskutiert wurde, weil man die Arbeiter, die meistens Maurer waren, mit 1,80 pro Tag entloht hatte, während der ortsübliche Tagelohn 2,80 beträgt. Hierauf schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an alle Kollegen, fest für den Verband zu arbeiten, die Versammlung.

Berlin. (Jahresbericht.) Bei dem Beginn des vergangenen Jahres standen wie vor der großen Frage, kommt ein neuer Vertrag für die Berliner Maurer zu Stande oder nicht? Das Resultat war dann, wie bekannt, daß der vereinbarte Vertragsentwurf mit Zweifellosmajorität angenommen wurde, obwohl von den Realisten und auch von einigen unserer Kollegen die heftigste Agitation gegen Abschluß eines neuen Vertrages betrieben wurde. Wie wir im allgemeinen über den Abschluß des Vertrages denken, und welche Bedeutung wir solchen Verträgen beimeisen, haben wir bereits in Nr. 2 des "Grundstein" sonder im Gesellschaftsbereich für dieses Jahr kurz besprochen, so daß es jetzt überflüssig ist, näher hierauf einzugehen. Für die Orte Al-Glienick, Adlershof, Köpenick und Friedrichshagen, die nicht zum Vertragsgebiet gehörten, stand der Lohn um 3,- pro Stunde niedriger als in Berlin. Bei Abschluß des Berliner Vertrages war es uns möglich geworden, den Lohn für die genannten vier Vororte jedes Jahr um 5,- pro Stunde zu erhöhen, so daß er seit dem 1. April d. J. dem Berliner Lohn (75,- pro Stunde) gleich steht. Einen weiteren Erfolg zeitigte die Verhandlungen zwischen der Zweigvereinsleitung und der Heimstädte-Alttengemeinde Schöneberg und Nikolassee. Der Lohn, der in Schöneberg um 5,- und in Nikolassee um 7½,- pro Stunde niedriger als in Berlin war, wurde laut Vertrag vom 8. April 1905 ebenfalls dem Berliner Lohn gleichgestellt. Außerdem wurden die Arbeitsbedingungen der Kunstabteilungsleiter bei der Firma Gebr. Giesecke einer Neorganisierung unterzogen. Führt die Sektion der Bauten vor das Jahr 1906, soweit Lohnbewegung und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, sehr ruhig. Was von Bedeutung zu berichten wäre, ist, daß sich wiederholte Sitzungen damit beschäftigen mußten: „Unter welchen Bedingungen dürfen Maurer Bauarbeiten im Lohn verrichten?“ Nach eingehenden Erwürdungen kam der Vorstand zu dem Entschluß, daß eine notmalige Aufrollung der prinzipiellen Frage der Arbeitsarbeit unbedingt notwendig ist. Zu diesem Zweck wurde der Kollege Paeplow, Nebaustr. des "Grundstein", erachtet, ein Referat darüber zu halten. Kollege Paeplow hat diesem klugen Folge geleistet. Am 11. Februar d. J. hat er in einer in den "Arminihallen" abgehaltenen, von circa 120 Organisationsfunktionären besuchten Versammlung ein Referat über die bereite Frage eröffnet. Der Vortag und die seit daraus knüpfende Diskussion wurden fotografisch festgelegt und wird den Mitgliedern des Berliner Zweigvereins in Broschürenform unentgeltlich ausgehändigkt.

Die in der Sektion der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen führten im vergangenen Jahre einen zehntägigen Streik. Die Verhandlungen endeten mit der vollen Anerkennung der von der Sektion aufgestellten Forderungen und mit Abschluß eines zweijährigen Tarifvertrages. Hierzu sei bemerkt, daß die in der Gipsbranche beschäftigten Kollegen eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit (die Arbeitszeit beträgt jetzt 8½ Stunden) erlangten haben. Die Verhältnisse im Fliesenlegerbereiche im vergangenen Jahre sind fürzlich im letzten Nummern des "Grundstein" besprochen, so daß es nicht nötig ist, nochmals darauf einzugehen. Über die allgemeine Bewegung der im Bausondbau beschäftigten Kollegen ist im vergangenen Jahre wenig zu sagen. Zu ersten Konflikten mit den Unternehmern in bezug auf das Vertragsverhältnis ist es nicht gekommen.

Die Bauträgertätigkeit im vergangenen Jahre war mit wenigen Ausnahmen ziemlich rege. Am Schluß sei noch erwähnt, daß die Konjunktur infolge des gelindenden Winters und des starken Zusuges von auswärtigen Kollegen augenblicklich ziemlich ins Stöpseln geraten ist, so daß zur Zeit eine große Anzahl Kollegen arbeitslos ist. Außerdem ist dies auch darauf zurückzuführen, daß es vielfach an Steinen fehlt. Es blieb von Interesse sein, die den Kollegen auswärtigen Zweigvereine zur Kenntnis zu bringen, daß es keinen Sinn hat, hierher kommen, ebenfalls damit rechnen zu müssen, längere Zeit arbeitslos zu sein. Des Weiteren ist es im vergangenen Jahre von einigen Bau- und Zweigvereinsvorständen vielfach unterlaufen worden, sich vorher zu informieren, ob die Konjunktur auch Gewähr dafür bietet, daß Kollegen in Arbeit gebracht werden können. Das muß für die Folgezeit aber jedesmal geschehen, denn gerade dadurch können so manche unliebsame Auseinandersetzungen vermieden werden.

Am 21. März hielt der Zweigverein in Stellern Festfalle für sämtliche Zahlstellen der Maurer, die Sektion der Bauten, die Sektion der Gips- und Zementbranche, sowie die Gruppe der Fliesenleger seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftsf. und Haushalt für das Jahr 1905. 2. Diskussion. 3. Eröffnungswahl zweier Auszugsmitglieder.

Zu dem gebrodt vorliegenden Jahresbericht gab der Vorsitzende Thoms einige ausführliche Erläuterungen. Die Agitation im Zweigvereinsgebiet, die sich mit seinen Vor-

orten sehr weit ausdehnt, wurde nach besten Kräften betrieben. Bier vom Zweigvereinsvorstand herausgegebene Flugblätter, die auf die Grundsätze und Pflichten der Organisation hinweisen, wurden zu Kaufenden unter den Kollegen verbreitet. Werner sandte zur Förderung und Weiterentwicklung des Baudeputiertenystems 6 Agitations- und 8 Deputiertenversammlungen statt. Außerdem haben im gesamten Zweigvereinsgebiet 460 Versammlungen und 440 Sitzungen stattgefunden, darunter befinden sich 11 Generalversammlungen, 28 Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes, 24 Vertreterversammlungen (erweiterte Vorstandssitzungen) und 18 Oberleitungen. Letztere befassten sich in den meisten Fällen mit Anlagen gegen Kollegen, die sich gegen die Grundsätze der Organisation verstanden haben. Alle übrigen Versammlungen und Sitzungen verließen sich auf die einzelnen Zahlstellen, Bleiwerke und Sektionen. Um eine Übersicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die jeweilige Konjunktur und deren Begleiterscheinungen zu haben sowie in bezug auf Lassensöhne und sonstige Mühlhäfen, sandten, wie alljährlich, 2 Deutentontrollen statt. Die rege Agitation hatte denn auch zur Folge, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahr von 14 244 auf 10 787 gesunken ist. Hierauf führte der Vorstand aus, daß, wenn es dem Vorstand im vergangenen Jahre mit Hilfe der am Ort agitatorisch tätigen Kollegen gelungen sei, dem Zweigverein 2673 neue Mitglieder auszuführen, könne uns das noch lange nicht versprechen. Er wollte doch offen aussprechen, daß speziell für Berlin noch ein gutes Sild Agitationsarbeit zu vollbringen sei. Es sei ein Unterschied zwischen Städten wie Berlin und Orten, die alljährlich mit ein und denselben Kollegen zu rechnen hätten. Und an für sich wird die Agitation in Berlin durch die Organisationszerstörung bedeutend erschwert. Außerdem kommt in Betracht, daß Berlin alljährlich mit circa viertausend Kollegen aus auswärtigen Zweigvereinen zu rechnen habe. Daß jeder Versuch, seine im Heimatort gesammelten Erfahrungen in der Praxis umzusetzen, unbefriedigt darum, ob sie auf die Berliner Verhältnisse zugeschnitten sind. Hierbei kommt es dann vor, daß teilweise zu Arbeitsstellen gezwungen wird, ohne dem Vorstand oder sonst einen mit den Verhältnissen am Orte betrauten Kollegen Gehör zu schenken. Wenn die vom Vorstand aufgestellten Grundsätze von jedem Ort arbeitenden Kollegen zur konsequenten Durchführung gebracht werden würden, so hätte es nicht vorkommen können, daß sich fast täglich zwei bis drei Vorstandsmitglieder halbe zum Teil ganze Tage auf den Bauten umherstreifen müssten. Ebenfalls wird Thoms auf die hohen Unentschließungsprämiere hinc und vertrat den Standpunkt, daß sie nicht dazu beitragen, bessere Verhältnisse am Ort zu erreichen.

Die Sektion der Bauten war das Jahr 1905, soweit Lohnbewegung und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, sehr ruhig. Was von Bedeutung zu berichten wäre, ist, daß sich wiederholte Sitzungen damit beschäftigen mußten: „Unter welchen Bedingungen dürfen Maurer Bauarbeiten im Lohn verrichten?“ Nach eingehenden Erwürdungen kam der Vorstand zu dem Entschluß, daß eine notmalige Aufrollung der prinzipiellen Frage der Arbeitsarbeit unbedingt notwendig ist. Zu diesem Zweck wurde der Kollege Paeplow, Nebaustr. des "Grundstein", erachtet, ein Referat darüber zu halten. Kollege Paeplow hat diesem klugen Folge geleistet. Am 11. Februar d. J. hat er in einer in den "Arminihallen" abgehaltenen, von circa 120 Organisationsfunktionären besuchten Versammlung ein Referat über die bereite Frage eröffnet. Der Vortag und die seit daraus knüpfende Diskussion wurden fotografisch festgelegt und wird den Mitgliedern des Berliner Zweigvereins in Broschürenform unentgeltlich ausgehändigkt.

Die in der Sektion der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen führten im vergangenen Jahre einen zehntägigen Streik. Die Verhandlungen endeten mit der vollen Anerkennung der von der Sektion aufgestellten Forderungen und mit Abschluß eines zweijährigen Tarifvertrages. Hierzu sei bemerkt, daß die in der Gipsbranche beschäftigten Kollegen eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit (die Arbeitszeit beträgt jetzt 8½ Stunden) erlangten haben. Die Verhältnisse im Fliesenlegerbereiche im vergangenen Jahre sind fürzlich im letzten Nummern des "Grundstein" besprochen, so daß es nicht nötig ist, nochmals darauf einzugehen. Über die allgemeine Bewegung der im Bausondbau beschäftigten Kollegen ist im vergangenen Jahre wenig zu sagen. Zu ersten Konflikten mit den Unternehmern in bezug auf das Vertragsverhältnis ist es nicht gekommen.

Hoffentlich werden uns jene Leute, die sogenannten Radikalinstis, die sonst überhaupt gegen jede Unterstützung einträchtig sind, auch bald folgen. Zu erwähnen ist weiter, daß durch den Streik der Zahnschuharbeiter unter Kollegen in 27 Fällen die Arbeit aufzugeben mußten. Hierdurch erlitten 530 Kollegen einen Lohnausfall für 1211 Arbeitstage. Durch den Kampf, der sich im vergangenen Jahre in der Elektroindustrie abgespielt hat, wurden 93 unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. An Unterstützung wurden 2641,88 ausgezahlt. Rechtschafft wurde durch Zweigverein in 48 Fällen für 57 Kollegen bewilligt. Von diesen begegnen 26 auf Unfallläden, 12 auf Straßenseiten, 8 auf anerkannte Leidigkeiten, 8 auf Lohnforderungen und eine auf Schadensersatz.

Außerdem muhte der Reichsschutz in vier Fällen abgelehnt werden, weil es sich um Straftaten handelte, die weder etwas mit dem Arbeitsverhältnis noch sonst mit der Organisation zu tun hatten. In Krankenunterstützung wurden 14 216,50 gezahlt. Die Zahl der Elterntanten betrug im Berichtsjahr 1908. An erster Stelle der Krankheitsursachen steht Rheumatismus. Hals- und Lungenleiden, Unfälle resp. Arme und Beinbrüche waren 270 Fälle zu verzeichnen. Von der Bibliothek kann berichtet werden, daß ihre Benützung fortwährend größer wird. Der Leserkreis ist in jedem Steigen begriffen; gelesen werden 4180 Bücher. An Unterstützungen wurden für die streitenden Bergarbeiter, Zigarettenarbeiter und für die Elektroindustrie ausgezahlt. Besonders zu erwähnen ist, daß die ausgetragenen Unterstützungen 10 948,65 gesammelt.

Im Anschluß an den Geschäftsbereich gab der Kassierer den Jahresabschluß; dem folgendes zu entnehmen ist:

Die Einnahmen für die Zweigvereinsfeste bringen im Berichtsjahr ausführliche Bestand vom Jahre 1904 M. 577 409,62.

Davon entfallen auf Einführungsgelder und Beiträge M. 431 804,25 auf Binsen, Blücher, Brolofolle u. a. M. 28 824,03. Die Ausgabe betrug M. 433 207,66. Der

Hauptfasse wurden überwiesen $\text{M} 270\,979,44$; davon in bar $\text{M} 210\,123,76$. Die Ausgabe für die Hauptfasse am Orte betrug für Streit und Baupreise der Gips- und Zementbranche $\text{M} 21\,239,72$, für Krankenunterstützung $\text{M} 24\,218,50$, für Sterbeunterstützung $\text{M} 9670$, für Rechenschaft $\text{M} 3646,20$, für Reife- und Invalidenunterstützung $\text{M} 1983$. Sonstige Ausgaben für die Hauptfasse $\text{M} 201,20$. Aus Mitteln der Vollstoffs wurden verausgabt: für Maßregelungen $\text{M} 20\,228,55$, für Unterhaltung der Kollegen, die durch andere Berufe in Mitleidenschaft gezogen wurden $\text{M} 12\,297,70$, für Baupreise $\text{M} 5884,75$, für "Grundstein"-Verbreitung, Haussierung und Entzündigung der Hülfslässer $\text{M} 10\,854,68$, für Agitation und Bautontrollen $\text{M} 3922,90$, für Lohn und Gehalt der im Bureau beschäftigten Kollegen $\text{M} 9828,76$, für Sitzungen $\text{M} 2718,28$, für Bilder und Protokolle $\text{M} 3392,25$, für Drucksachen und Umläufe $\text{M} 5896,58$, für Bureauunterschiften, Wiete und Reinigung $\text{M} 2087,09$, für Prozesse an die Richter und Richterinnen $\text{M} 72\,698,68$, für sonstige Zwecke $\text{M} 7988,10$. Der Bestand in der Zweigvereinstafse beträgt mittin $\text{M} 144\,261,97$.

Die Einnahmen in den Zahlstellen und Sektionen trugen influssreich des alten Bestandes $\text{M} 167\,720,45$, die Ausgaben $\text{M} 40\,660,87$, mitin verbleibt ein Kassenbestand in den Zahlstellen und Sektionen von $\text{M} 127\,059,88$. Dazu der Bestand in der Zweigvereinstafse von $\text{M} 144\,261,97$, ergibt ein Gesamtbetrag im Zweigverein von $\text{M} 271\,821,85$. Die Vollstofffasse hatte eine Einnahme von $\text{M} 244$ zu verzeichnen; die Ausgabe belief sich auf $\text{M} 232,95$; demnach verbleibt ein Bestand von $\text{M} 11,05$. Der gesamte Markenverbrauch ohne Eintrittsmarken betrug $672\,477$ Pfund; das ist gegenüber dem Jahre 1904 eine Steigerung von $112\,147$ Marken. Außerdem wurden in den Zweigvereinen der Broting noch $120\,735$ Berliner Beitragsmarken verbraucht. An Beitrags- und Arbeitslohnmarken wurden in den einzelnen Gruppen abgegeben: bei den Maurern $421\,504$ Pfund, im Durchschnitt pro Mitglied $41,1$; bei der Gips- und Zementbranche $108\,970$, im Durchschnitt $34,9$, und bei der Sektion der Buber $89\,395$, im Durchschnitt $37,9$ Marken. An Beiträgen wurden durchschnittlich geleistet bei den Maurern $\text{M} 26,40$, bei der Gips- und Zementbranche $\text{M} 20,68$ und bei den Bubern $\text{M} 30,40$. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt $15\,709$. Am Jahresabschluß waren vorhanden $15\,466$. Davon gehörten der Gruppe der Maurer 9882 , der Gips- und Zementbranche 8114 und der Sektion der Buber 2470 Kollegen an. Darunter sind 78 Ehrenmitglieder und 189 Ausländer. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 4452 . Davon waren 1007 schon einmal Mitglied. Verstorben sind 92 , ausgeschlossen wurden 84 , zum Militär eingezogen 369 , angemeldet haben sich 3142 , abgemeldet 1822 Kollegen. An den Geschäfts- und Kassenbericht knüpft sich eine kurze Diskussion. An Stelle des vorherigen Kollegen Fritz Rabe und an Stelle des Kollegen Otto Hanke, der als zweiter Vorsitzender des Zweigvereins fungiert, wurden die Kollegen Markus Kraatz und Willy Porelt in den Verbandsausschuß gewählt.

Breslau. Am 27. März tagte im "Tiboli" die regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst erhielt die Versammlung in der üblichen Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Hollis. Sobald gab Widera den Jahresbericht bekannt, den die Mitglieder abgelegt hatten. Die Beitragszählung ist wesentlich besser geworden. Am Jahresabschluß waren nur 7 pfl. mit ihren Beiträgen im Südbund. Ein recht bedauerliches Resultat ist bei dem Delegiertenstamm zu Tage getreten, es waren 723 Kollegen oder 26 pfl. ohne Baudelagier; dieses zeigt, daß auf diesem Gebiete vieles besser werden muß. Ferner wies Redner auf die Krautpendantasse hin und wünschte, daß es auch in dieser Hinsicht besser werde; die Kollegen möchten von dieser Einrichtung mehr Gebrauch machen, da jedem Delegierten ein Defizit vorhanden ist. Widera schloß mit dem Wunsche, daß jeder Kollege den Bericht aufmerksam durchgelesen und das dattirte Enthalten für sich überwerfen möge. Die Verwaltung stellt den Antrag, den Markenverlauf im Bureau aufzuheben. Widera begründete diesen Antrag damit, daß die Kollegen auch dann, wenn der Antrag angenommen würde, immer noch an drei Stellen die Marken entnehmen könnten, und zwar: von den Kolporteurern, in den Zirkelflosalen und bei den Sonntagszählungen. Die Arbeitslohnmarken, sowie die noch fehlenden Marken bei Ablieferungen sollen im Bureau verkauft werden. Nach heftigen Debatten wurde der Antrag der Verwaltung angenommen. Uns dritten Punkt behandelt man den Salzbankett. Widera erklärte, daß wir mit dem augenblicklichen Stande desselben wohl zufrieden sein könnten, da einige Besitzer ihre Güte der Arbeitsschaft schon zur Verfügung gestellt hätten, und im Falle der Zeit noch weitere Zugaben zu erhalten seien. Dies zeige, daß wenn die Kollegen sich einig sind, und mit Lust und Liebe mithelfen, auch auf diesem Wege was erreicht werden kann. Die Innenhaltung des Vorstands wurde den Kollegen recht dringend ans Herz gelegt. Widera gab noch bekannt, daß der Maurer Paul Küffel wegen Unterstüzung von $\text{M} 27$, die er für verlaufte Beitragsmarken erhalten hatte, vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist. Ferner teilte er mit, daß bei dem Unternehmer Reichenhöla eine Polonaise von 20 Mann zu püren angefangen habe. Da Reichenhöla sich in seine Verhandlungen einläßt, so ist es leider zu einer Einigung noch nicht gekommen. Die Versammlung beschloß, daß die Bautypen weiter bestehen sollen. Der Kollege Weimann, der heilegende Neuerungen in einem Zirkelflossal getan hatte, nahm sie begeistert zur Kenntnis. Darauf wurde die gut besuchte Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Centralverband geschlossen.

Coburg. Am 29. März eine stark besuchte öffentliche Mauten- und Bauhüttenarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: "Der Stand unserer Lohnbewegung". zunächst gab der Vertrauensmann einen Bericht über den Stand der Lohnbewegung und über die Verhandlungen in der Arztherrkommission, woraus hervorging, daß die Unternehmer trotz unerwartet niedrigen Forderungen nicht gewillt waren, eine Einigung herbeizuführen, sondern es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Gefordert werden ab 1. Mai d. J. $58 \frac{1}{2}$, ab 1. Oktober d. J. $60 \frac{1}{2}$ bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit, Abschaffung der Außordnung und ein Stundenlohn von $6 \frac{1}{2}$ für Bautypen. Zur Diskussion teilte Kollege

Ch. Bröcklich von den Bauhüttenarbeitern mit, daß der Vorstand der Arztherrkommission erklärt habe, die Christlichen seien weniger als die freien Gewerkschaften. Das sind auch unsere Ansichten, denn sie versuchen es ja jetzt schon, Befreiungen in den Rechten der Arbeiter herzaurufen und somit den Unternehmern in die Hände zu arbeiten. Gegenwärtig schulte aus Coburg überseits hierauf den Vertretern von 300 Italienern die Verhandlungen, worauf sie sich mit den hiesigen Kollegen solidarisch erklären. Weiter erklärten sie, daß die Gegner der Befreiungsorganisation und nur für den Centralverband eintreten werden. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Danzig. Am 5. April tagte in dem Lokale des Herrn Stephan in Schönitz eine öffentliche Maurerversammlung, die sich mit der Lohnforderung für das Jahr 1906 beschäftigte. Nach einer kurzen Begründung dieser Frage durch den Kollegen Grünberg, wurde einstimmig beschlossen, in eine Abstimmung einzutreten, um in der Hauptstadt einen Stundenlohn von $55 \frac{1}{2}$ zu erzielen. Von einigen Kollegen wurde in der Diskussion ein höherer Stundenlohn gewünscht mit der Begründung, daß die Lebenshaltung derart bereichert worden sei, daß $55 \frac{1}{2}$ unbedingt gegriffen werden mühten. Ja, selbst wenn diese $55 \frac{1}{2}$ gesetzt würden, sei die Lebenshaltung noch nicht aufgewertet, sondern sie bleibe immer noch hinter dem alten Stande zurück. Die Verhandlung einigte sich jedoch zum Schluß auf $55 \frac{1}{2}$ in der bestimmten Erwartung, daß dieser Forderung anstandslos von den Unternehmern entsprochen wird.

Elbing. Mittwoch, den 28. März, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Maurerversammlung, der auch Kollege Schwarz aus Danzig antrete war. Die Lagesordnung lautete: "Die Antwort der Unternehmer auf unsere Lohnforderung". Der Vorsitzende mußte die bittere Wahrheit machen, daß die Unternehmer es nicht für nötig hielten, der Elbinger Maurerjchaft eine Antwort zu ertheilen. Die Kollegen wollten sofort beschließen, die Arbeit ruhen zu lassen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, nicht so vorzeitig zu handeln. Um unsere Forderung durchzubilden, müßten sich die Kollegen vor Augen führen, mit was für Geldproben sie zu tun haben. Kollege Schwarz sprach den Wunsch aus, man möge bis nach Ostern mit der Verhandlung warten. Ferner sprach Kollege Schwarz eingehend über die zehnjährige Arbeitszeit. Kollege Pätz ermahnte noch am Schluß der Versammlung zu eifriger Agitation auf den Bauplänen und in den Wohnungen der Kollegen, damit die, die dem Verbande noch nicht angehören, für unsere Sache gewonnen werden. Mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen unseres Verbandes wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. (Jahresbericht.) Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde auch in diesem Jahre gebracht und als Broschüre an die Mitglieder abgegeben. In der Einleitung konnte hervorgehoben werden, daß der Einflussgang des Zweigvereins bestreitig gewesen ist. Die Kassenbehälterlinie haben sich bedeutend verbessert. Und in den letzten vier Jahren, seitdem die Mitgliederbewegung fortgesetzt eine Steigerung aufweist, war die Zunahme in keinem Jahre so groß als 1905, denn sie beträgt rund 1800 . Die Agitation wurde recht lebhaft gehalten. In 30 kleinen Arbeitsorten in der Umgebung von Frankfurt wurden Lohnbewegungen vorbereitet, sowie der Ausbau der Organisation der Spezialbranchen, wie Fabrikarbeiter, Fleischnager und Zementarbeiter vorgenommen. Der Zweigvereinsausschuß hielt mit dem Gauvorstand 20 gemeinschaftliche Sitzungen ab. Zweigvereinsvorstandssitzungen (Zahlstellenvertreter) fanden 10 statt. Im gesamten Zweigvereinsgebiet wurden 244 Agitationstreffen gemacht, 163 Versammlungen und 57 Appellversammlungen veranstaltet, und in 31 Sälen wurden Hausagitationen vorgenommen. Außerdem hatten wir mit den Sektionen der Fabrikarbeiter 8 Sitzungen und 9 Versammlungen, mit den Fleischnern 8 Sitzungen und 8 Versammlungen, mit den Zementarbeitern 7 Sitzungen und 10 Versammlungen. Die Bautypenagitation ist in Frankfurt und auch in den übrigen Orten des Zweigvereins intensiv betrieben worden, wodurch der Zustrom nichtorganisierter Kollegen, der durch die eingetretene Bogenrhöhung in Frankfurt und Umgebung entlastet, dem Verbande bald aufgewertet werden konnte. Die Hausagitationen wurden im Frühjahr in 28 und im Herbst in 46 Orten vorgenommen, wodurch allgemein aufzieldenflellende Resultate erzielt wurden. Lohnbewegungen und Streiks hatten wir im Zweigvereinsgebiete 19 , woran 39 Orte beteiligt waren. Es waren dies: Seligenstadt, Homburg, Oberursel, Langen, Langenselbold, Einbeck, Höxter, Groß-Umstadt, Klein-Umstadt, Groß- und Klein-Steinheim, Gardelegen a. M., Bielefeld, Neu-Isenburg. Die Versammlungen, auf die die Bautypen eingeladen waren, fanden in 14 Tagen auf der Lagesordnung statt: "Die Führung des Bollartis und seiner Lohn", erfolgte Schluß.

Jork-Estebrigge. Sonntag, den 1. April, tagte ungewöhnlich die Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende H. Müller berichtete über die Lohnbewegung. Folgender Tarif wurde für die Orte Jork und Estebrigge mit den Unternehmern vereinbart: Die Arbeitstage sind für das ganze Jahr nach dem Tageslohn festgesetzt. Alle Arbeitsstunden abfinden 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends werden vom 1. April 1906 in Estebrigge mit $48 \frac{1}{2}$, in Jork mit $40 \frac{1}{2}$, und vom 1. April 1907 ab für Estebrigge mit $46 \frac{1}{2}$ und für Jork mit $48 \frac{1}{2}$ bezahlt. Für Junggelehrte gelten bis insjährige 1907 zwei Junggelehrtenjahre, von da an ein Junggelehrtenjahr; diese Jahre werden nach Leistung bezahlt. Bei Reparaturarbeiten mit Verpflichtung wird die Lohn mit 1 Abzug gebracht. Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Als Überstunden gelten die Stunden nach der im Tarif festgelegten Arbeitszeit. Sie werden (ebenso Wasserarbeit) mit $6 \frac{1}{2}$ Aufschlag bezahlt. Nacht- und Sonnabendarbeiten werden mit $10 \frac{1}{2}$ Aufschlag bezahlt. Für Arbeiten, die weiter als 10 Kilometer vom Wohnhause des Unternehmers entfernt liegen, wird ein Aufschlag von $5 \frac{1}{2}$ bezahlt; der Weg am Montag Morgen oder Sonnabend Abend geht auf Kosten des Unternehmers. Auf jedem Bau muß eine wind- und weiterdrückende Baubude vorhanden sein, ebenso ein den sanitären Ansprüchen genügender Abort. Wochenende ist am Freitag beginnend, Sonnabend, und findet die regelmäßige Lohnzählung am Sonnabend auf der Baustelle statt. Reinigung ist beiderseits ausgeschlossen. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Schikanen von Seiten der organisierten Gejellten gegen nichtorganisierte Gejellten während der Arbeitszeit darf nicht stattfinden. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. April 1906 bis 30. März 1908 und gilt stets für ein Jahr verlängert, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gefindigt wird. Nur die Herren Unternehmer von Steinkirchen scheinen es nicht für nötig zu halten, mit der Organisation über die dafelbst aufgestellte Forderung zu unterhandeln. Einmal wurden die Unternehmer dagegen zur Unterhandlung eingeladen. Den ersten wurde die Eingabe erachtet, und in der zweiten ließ sich kein Unternehmer blicken. (Für Steinkirchen wurde dasselbe gefordert, was in Jork bewilligt wurde.) Demgegenüber wurde nun in der Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, an sämtliche Univer-

des Vertrages zu entscheiden. Die Mitgliederbewegung kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck. Es bestanden Zahlstellen am Schlüsse des Jahres 1904 86 , neu erichtet 19 , zusammen 105 . An den Zweigverein Mainz obstanden 1 ; sonach am Schlüsse des Jahres 1905 ein Bestand von 104 Zahlstellen. Dazu kommen noch weitere 28 als sogenannte Filialen einiger Zahlstellen, so daß sich die Gesamtzahl der Zahlstellen auf 132 bezieht. Der Mitgliederbestand am Schlüsse des Jahres 1904 betrug 4843 , aufgenommen wurden im Berichtsjahr 261 , ausgetreten 1457 , abgemeldet 61 , zusammen 1457 . Abnahme: Verlust durch eine Zahlstelle, die an den Zweigverein Mainz abgetreten war und 26 gefördert sind 35 , ausgegliedert 37 , zum Militäringang 310 , wegen Schulden bzw. ohne Abmeldung gefürchtet 430 . Bleibt am Schlüsse des Jahres ein Bestand von 6229 . Somit eine absolute Zunahme von 1786 , oder $26,94$ pfl. Mitgliedern. Als besonderes Merkmal tritt bei der Mitgliederbewegung in die Errscheinung, daß der Verlust gegen das Vorjahr wesentlich geringer geworden ist. Im Jahre 1904 sind ohne Abmeldung 705 Mitglieder verloren gegangen, 1905 dagegen nur 480 Mitglieder. Dasselbe wird dadurch eine Gesundung der Organisation, sowie die Möglichkeit bewiesen, daß die Situation der Mitglieder, wenn auch nicht völlig befestigt, so doch wesentlich eingedämmt werden kann. Die Jahresabschreibung weist ähnlich wie die Mitgliederbewegung, eine recht günstige Resultat auf. Durch die Steigerung der Mitgliederzahl, sowie durch gut funktionierende Haussierung und örtliche Kontrolle der Mitgliedsbüros gelang es, eine Stabilität in die Beitragszählung zu bringen, und die Gesamteinnahmen gegenüber dem Vorjahr um $86,92$ pfl. zu erhöhen. Die Gesamtabrechnung gestaltet sich so: Einzelne in vollständig bestand des Zweigvereins am Schlüsse des Jahres 1904 $\text{M} 143\,492,86$, Abgabe: An die Hauptfasse aufgegangen in bar $\text{M} 72\,428,09$, für Streite von den Hauptfassengelndern verweilt $\text{M} 164,04$, für Reiseunterstützung ($\text{S} 9$ des Status an 309 Mitglieder) $\text{M} 231,76$, für Reiseunterstützung an Streitende ($\text{S} 9$ des Status an 241 Mitglieder) $\text{M} 882$, für Rechenschaft an 38 Mitglieder und Invalidenunterstützung an 2 Mitglieder ($\text{S} 8$ und $\text{S} 4$ des Status) $\text{M} 940,78$, für Krankenunterstützung in 894 Fällen ($\text{S} 8$ des Status) $\text{M} 6088,80$, für Sterbeunterstützung in 82 Fällen $\text{M} 1690$, für Ausgaben in den Zweigvereinen $\text{M} 20\,267,85$, für Ausgaben in den Mitgliedsbüros $\text{M} 10\,840,47$, vorhandener Kassenbestand in der Zweigvereinstafse $\text{M} 22\,788,29$, vorhandener Kassenbestand in der Kassen der Mitgliedsbüros $\text{M} 447,78$. Summa $\text{M} 143\,492,86$. Von dem Kassenbestand der Vollstoffs im Betrage von $\text{M} 26\,789,29$ sind $\text{M} 20\,835,50$ auf der Bank belegt.

Hannover. Der hiesige Zweigverein hielt am 18. März seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde das Ableben des Kollegen Alpers in der üblichen Weise geehrt. Da der Verstorbene keine Angehörigen hatte, so hat der Zweigverein die Beerdigung übernommen. Den Trauergang Alug, Friede, Friede, Künze und Wilh. Hugo wurde gestattet, in die Versammlung zu kommen, weil sie wünschten, daß der über sie in voriger Versammlung verhängte Ausschluß wieder rückgängig gemacht würde. Nach langer Diskussion wurde der Ausschluß aufrecht erhalten. Die Kollegen Alug, Lampé, Schillig und Kastmann erhielten hierauf den Bericht von der Gaulenfernung. Der Antrag Hinzenmanns, unserem Zweigvereinsvorstand nun mehr auch 170 monatlich zu gewähren, wurde auf Wunsch Wachmanns zurückgestellt, weil er nur in einer Generalversammlung diskutiert werden könnte. Nunmehr erläuterte der Vorsitzende, daß es am ratsamsten wäre, die 21 ausgetretenen Mitglieder wieder anzuerkennen. Es wurde ein bisbezüglicher Antrag gegen wenige Stimmen angenommen. Nachdem noch auf die Vorstellungen im Beiblattzeitheft und darauf aufmerksam gemacht worden war, daß in 14 Tagen auf der Lagesordnung steht: "Die Führung des Bollartis und seiner Lohn", erfolgte Schluß.

Jork-Estebrigge. Sonntag, den 1. April, tagte ungewöhnlich die Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende H. Müller berichtete über die Lohnbewegung. Folgender Tarif wurde für die Orte Jork und Estebrigge mit den Unternehmern vereinbart: Die Arbeitstage sind für das ganze Jahr nach dem Tageslohn festgesetzt. Alle Arbeitsstunden abfinden 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends werden vom 1. April 1906 in Estebrigge mit $48 \frac{1}{2}$, in Jork mit $40 \frac{1}{2}$, und vom 1. April 1907 ab für Estebrigge mit $46 \frac{1}{2}$ und für Jork mit $48 \frac{1}{2}$ bezahlt. Für Junggelehrte gelten bis insjährige 1907 zwei Junggelehrtenjahre, von da an ein Junggelehrtenjahr; diese Jahre werden nach Leistung bezahlt. Bei Reparaturarbeiten mit Verpflichtung wird die Lohn mit 1 Abzug gebracht. Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Als Überstunden gelten die Stunden nach der im Tarif festgelegten Arbeitszeit. Sie werden (ebenso Wasserarbeit) mit $6 \frac{1}{2}$ Aufschlag bezahlt. Nacht- und Sonnabendarbeiten werden mit $10 \frac{1}{2}$ Aufschlag bezahlt. Für Arbeiten, die weiter als 10 Kilometer vom Wohnhause des Unternehmers entfernt liegen, wird ein Aufschlag von $5 \frac{1}{2}$ bezahlt; der Weg am Montag Morgen oder Sonnabend Abend geht auf Kosten des Unternehmers. Auf jedem Bau muß eine wind- und weiterdrückende Baubude vorhanden sein, ebenso ein den sanitären Ansprüchen genügender Abort. Wochenende ist am Freitag beginnend, Sonnabend, und findet die regelmäßige Lohnzählung am Sonnabend auf der Baustelle statt. Reinigung ist beiderseits ausgeschlossen. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Schikanen von Seiten der organisierten Gejellten gegen nichtorganisierte Gejellten während der Arbeitszeit darf nicht stattfinden. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. April 1906 bis 30. März 1908 und gilt stets für ein Jahr verlängert, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gefindigt wird. Nur die Herren Unternehmer von Steinkirchen scheinen es nicht für nötig zu halten, mit der Organisation über die dafelbst aufgestellte Forderung zu unterhandeln. Einmal wurden die Unternehmer dagegen zur Unterhandlung eingeladen. Den ersten wurde die Eingabe erachtet, und in der zweiten ließ sich kein Unternehmer blicken. (Für Steinkirchen wurde dasselbe gefordert, was in Jork bewilligt wurde.) Demgegenüber wurde nun in der Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, an sämtliche Univer-

nehmer von Steinkirchen ein Schreiben zu senden, worin sie aufgefordert werden sollen, sich bis zum 30. April d. J. zu entjählichen, resp. die Forderung zu bewilligen; anderfalls den Herren der Stadt vor die Tür gefegt wird. Ferner brachte der Vorsitzende noch folgendes zur Kenntnis der Versammlung: Ein Meister von Steinkirchen hat sich bei der ersten Zusammenkunft der Unternehmer von Jork, Esterbriige und Steinkirchen bei der Beratung über die von uns aufgestellte Forderung gehäuft, er müsse wohl an der Unterhandlung einen Nebel über in die Tasche stecken. Leider ist uns dieses zu spät zu Ohren gekommen, sonst hätten wir diesen sauberen Herrn S. Dehnischen, Baumeister von Steinkirchen, bei der ersten Unterhandlung die Taschen durchdrückt. Vielleicht ist er der Meinung gewesen, er könne mit Kaufleuten zusammen. Ein Baumeistermeister von Esterbriige, mit Namen S. Hölsch, meinte, ob es denn dar kein Mittel gäbe, "diesen Vorsitzenden S. Dehnischen von Jork los zu werden". Wie lange solch wohl auf ein solches Mittel sinnen wird? Hierauf wurde dann noch beschlossen, eine Deuters zur Unterschrift an die Unternehmer von Jork und Esterbriige zu senden. Ferner wurde noch beschlossen, an die Unternehmer von Steinkirchen noch ein Schreiben zu senden, worin sie aufgefordert werden sollen, sich bis zum 16. April d. J. zu entscheiden, ob sie die Forderung bewilligen wollen oder nicht. Nachdem sich noch drei Geellen in den Verband halten aufnehmen lassen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Merschberg. Das Abkommen, sich einmal über ihre Tage auszusprechen, führte am 1. April circa 150 Personen in Oelschitz bei Mühlbach zusammen. Die Versammlung war in dem Mühlbacher Lokalblatt bekanntgegeben. Dadurch muß wohl den großen Herren ein nicht geringer Schaden in die Glieder gesessen sein; denn ehe einmal die Arbeiter aufzumengen waren, hatte der Wirt zu Oelschitz den Besuch des Gendarmen erhalten. Iwaz waren seine Beleidigungen, das Votum abzutreiben, vergeblich; sobald erreichte er aber doch, daß der Wirt einen Brief folgenden Inhalts an den Einberuf der Versammlung schrieb: (wörtlich) „Teile dem Herrn Einberuf der Versammlung mit, daß in meinem Votum zu Oelschitz nur Oelschitzer Personen sprechen dürfen, aber keine fremden. Zu fremden Personen gebe ich mein Votum nicht her. Sollten Sie andere Personen bestimmt haben zu sprechen, so bitte depositieren Sie dieselben ab. Kosten für Depesche werden zurückerstattet.“ Gustav Landgraf Gaußwitz. Das etwas in der Luft lag, und daß wir mit einigen Hindernissen zu rechnen hatten, ahnten wir, und waren auch nicht so ganz unvorbereitet. Es waren zu dieser Versammlung der Vorsitzende des Zweigvereins Merschberg, Kollege Albert Müller, und noch einige andere Kollegen und Genossen erschienen. Da aber die Merschberger nun nicht während der Versammlung sprechen durften, wurde diese mit Umsicht recht verkürzt. Es wurden nur die beschiedenen Forderungen der Blauerde berdeßen, und zwar verlangten diese für Arbeiter am Ort 85,- für junge Arbeiter (unter 17 Jahren) 8,- weniger, für Arbeiter außerhalb 8,- mehr, für Arbeiter, die ein Übernachten außerhalb erfordern, 40,- für Sonntagsarbeit 60,- pro Stunde. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die notwendigen Arbeiten zu erledigen hat. Diese Verhandlungen nahmen vielleicht etwas mehr als eine halbe Stunde in Anspruch; dann folgte Schluß der Versammlung. Die Arbeiter blieben nun aber noch vereint, um in angeworfer Unterhaltung die Zeit zu vertrieben. Was nun folgte, war allerdings nicht nach dem Sinn des überwachenden Beamten, obwohl die Sach' an sich sehr harmlos war. Es entstand nämlich ein Frage- und Antwortspiel „Müller und Schulze“, bei dem die Anwesenden trotz des vorherigen Verbotes, „Fremde dürfen nicht sprechen“, auf ihre Rechnung kamen. Es wurde über verschiedene Fragen gesprochen und das gesagt, was man vorher verhindern wollte. Der Beamte verfuhr denn auch mehrmals, durch den Wirt das Fragen und Antworten zu verbieten. Als der betreffende Wirt sich absolut nicht mehr beruhigen lassen wollte, verließen die Anwesenden geschlossen das Votum, um mit den auswärtigen Kollegen nach dem eine Stunde entfernten Bahnhof Mühlbach zu gehen. Es war für den kleinen Ort eine imposante Kundgebung der Arbeiter, in so musterhafter und geschlossener Ordnung beisammen zu bleiben. Wogen sie auch fernher so breit zusammenhalten.

Rortor. In der leichten Mitgliederversammlung, die am 30. März tagte, wurde das Angebot der Unternehmer auf unsere Lohnforderung angenommen. Bewilligt wurde die gehstündige Arbeitszeit und vom 1. April d. J. an ein Stundenlohn von 48,-, der sich am 1. Januar nächsten Jahres auf 45,- erhöht und dann bis zum 31. Dezember 1907 in dieser Höhe verbleibt. Für Überstunden wird ein Aufschlag von 10,- pro Stunde und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 15,- pro Stunde gezahlt. Für Landarbeit wird bei voller Befüllung ein Stundenlohn von 33,- geacbtet; auch wird etwaiges Reisegeld erstattet. Die Ablösungsfest ist ausgeschlossen. Am Abend vor den Hauptfeiertagen ist eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug. Bauten, Aborte und ein Verbandsloft sollen auf allen größeren Bauten vorhanden sein. Rechtsregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die Abmachungen haben Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1907.

Olschersleben. Dienstag, den 3. April, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die von 64 Kollegen besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Lohnfrage“. Die Unternehmer boten uns in ihrem Schreiben vom 29. März für die kommenden zwei Jahre eine Lohnerhöhung von 2,- pro Stunde; sollten wir aber ihr Angebot nicht befürworten, so würden sie es wieder zurückziehen. Ohne unser schriftliches Zugeständnis halten sie eine weitere mündliche Ausprache mit unserer Lohnkommission für zwecklos. Die Versammlung lehnte das Angebot der Unternehmer ab. Einen Bescheid an die Unternehmer auf ihre Aufschrift vom 29. März hielt die Versammlung vor der Hand für unnötig. Um 9 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Borna. Am 28. März tagte im „Vollshaus“ eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Tagesordnung: „Bericht der Lohnkommission über die endgültigen Vertragsverhandlungen“. Da der Bauvorstand, Kollege Friedrich, durch anderweitige Arbeit verhindert war, an der Versammlung

teilzunehmen, so erstattete zunächst der Bimmerer, Genosse Dehnischen aus Dresden Bericht über die gesagten Verhandlungen. Es ging daraus hervor, daß für den ersten Lohnbezirk eine Lohnerhöhung von 2,- pro Stunde eingetreten soll, während im zweiten Lohnbezirk der zur Zeit bestehende Lohnzuschlag beibehalten werden soll. Im dritten Lohnbezirk dagegen gestalten sich die Herren Unternehmer einen kleinen Lohnzuschlag von 3,- pro Stunde. Im übrigen, so wurde vom Baumeister Dehnischen in dieser Sitzung angeführt, seien nur sie (die Mitglieder der Lohnkommission) die Unzufriedenen und Seher. Den hiesigen Bauarbeiter sei an einer Lohnerhöhung gar nichts gelegen; sie seien vielmehr ganz zufrieden mit dem jetzigen Arbeitsverhältnis. Das die Lohnkommission eine derartige Wissenskraft von Vertrag nicht gehabt hätte, war wohl sehr läblich verständlich. Was aber diese Versammlung so überaus deutlich wußte, war, daß vier Baumeister und ein Bauführer (leichter Vertreter des Baumeisters Dehnischen) uns mit ihrer Gegenwart beeindrucken, höchstwahrscheinlich, um die Versammlungsbesucher durch ihre Unbefangenheit zu hypnotisieren, oder aber um sich zu überzeugen, ob die Unzufriedenheit tatsächlich von den Birntrauer Bauarbeitern kommt. In dieser Versammlung nun scheint den Herren ein kleines Zalglicht aufgegangen zu sein; sie dachten zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Behauptung des Herrn Dehnischen auf keinen Fall auftrifft; denn die hierauf folgende Debatte ließ darüber keinen Zweifel auftreten. Eine große Anzahl Arbeitskollegen gab in ziemlich deutlicher Weise zu verstehen, daß wir einfach auf einen Vertrag verzichten, wenn die Herren auf ihrem Angebot bestehen. Man müsse dann bei ersterer Gelegenheit zu Offenheit übergehen. Auch die Baumeister und der Bauführer erfreute sich wieder einmal der ganz besondern Aufmerksamkeit der Kollegen. Es wurde den Kollegen nahegelegt, auf diese seine Firma das Augenmerk ganz besonders zu richten, da es in diesem Geschäft seit einiger Zeit wieder einmal Wiss ist, besonders tätige Firma derzeit auf zu sehen. Hier scheint sich demnach wieder einmal eine Rivalität notwendig zu machen. Von den anwesenden Unternehmern beteiligten sich besonders Baumeister Horn und Maurermeister Apelt an der Debatte. Ersterer erkannte unsere Forderung als berechtigt an, aber man müsse sich Zeit lassen und nicht alles auf einmal durchdringen wollen; auch sei die Forderung zu spät eingereicht worden. Es sei ihnen unmöglich gewesen, sich mit diesen Anträgen danach einzurichten. Vom Kommissionsmitglied Dehnischen wurden diese Behauptungen widerlegt. Die hierauf folgende gemeinsame Abstimmung ergab dann auch der Versammlung würdiges Resultat: Für das Angebot des Arbeitgeberverbandes stimmten 28 Kollegen, dagegen stimmten 339 Kollegen. Ungültig waren vier Stimmen. Dieses Resultat wird den Herren jedenfalls gezeigt haben, wo der Wind jetzt herkommt, und daß man sich in Bauarbeitskreisen mit ihren vorherrschenden Zugeständnissen nicht befreunden kann.

Sonneberg. Sonntag, den 1. April, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Versammlung ab. Der Bericht über die Agitation fand guten Anfang. Bei der Wahl des Hilfsfaktorier wurde Kollege Schweizer für Höppendorf, Hüttensteinach, Kollege Neufeld für Mupperg, Heubisch und Umgegend gewählt. Über die Lohnfrage hielt der Vorsitzende Graf eine längere Ansprache und führte den Kollegen vor Augen, daß wir in diesem Jahre unbedingt darauf zu sehen haben, daß wir bei denselben Meistern, die unsere Organisation noch nicht anerkannten, die zehnstündige Arbeitszeit und 40,- pro Stunde ertragen, und dieses vertragsgemäß festlegen. Ferner machte Kollege Graf einen ausführlichen Vorschlag betreffs Decling der Kaufmänner, da uns das hierzu geliehene Geld vom Kollegen Heymann gefündigt wurde. Es wurde beschlossen, Anteilscheine von 50,- auszugeben und diese später auszuholen. Ferner wurde auf Antrag des Vorsitzenden Graf beschlossen, daß Vorsitzende und Kassier eine jährliche Entschädigung von 4,- 10,- und 8,- bekommen. Kollege Heymann hielt es hierauf für angebracht, sein Amt als Kassier zu kündigen. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, vor festen Wanderversammlungen abzuhalten, um die uns noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen. Als nächster Versammlungsort wurde Wildenheid bestimmt. Als erster Punkt soll auf der Tagesordnung stehen die Wahl eines Kassierers. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Weissburg. Sonntag, den 1. April, tagte unser regelmäßige Mitgliederversammlung. Zuerst wurde die Lohnfrage erörtert. Die Kollegen wurden erzählt, daß wir zu wissen, daß sie hier oder in der nächsten Umgebung in Arbeit kommen, damit wir, wenn der geeignete Moment zur Durchführung unserer Forderung gekommen ist, gerüstet dastehen. Hierauf wurde über die Brauerei Helbig diskutiert. In dieser Brauerei stehen die Brauer im Streit. Ein Kollege der Oberschule, Namens Friederich Holzer, Buch-Nr. 524, der im vorigen Jahre noch Mitglied des Verbandes war, hat nun nichts Eiligeres zu tun gehabt, als den Brauern in den Rücken zu fallen und sich der Brauerei als Streikbrecher zur Verfügung zu stellen. Dieses unsozialistische Verhalten dieses Kollegen wurde allgemein bedauert. Es wurde abschließend beschlossen, das Bier dieser Brauerei zu boykottieren.

Wolfsburg. Am dem in der Organisation etwas zurückgebliebenen Südbahnhof machen sich Einzelnen für eine lebhafte Bewegung bemerkbar. Dies war für den hiesigen Zweigverein auch Veranlassung, in dem benachbarten Markt S. a. J. zum 25. März eine öffentliche Maurerversammlung zu veranstalten und hierzu den Gauvorsteher, Kollegen Schent aus Erfurt, eingeladen. In einem anderen, halbständigen Vortrage legte Kollege Schent den zahlreich erschienenen Kollegen den Wert der Organisation klar, wofür ihm lebhafter Beifall gespendet wurde. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß sich zahlreiche Kollegen zum Eintritt in den Verband meldeten, obgleich schon viele Sachsen Kollegen unserem jungen Zweigverein angehören. Hoffen wir, daß diese jungen Mitglieder dem Verband treu bleiben, dann wird es uns auch gelingen, unsere gerechte Sache bald zum Siege zu bringen. Einige Anhänger der Lokalorganisation waren auch in der Versammlung an-

wesend, um Prosleten für ihre Idee anzuwerben. Da sie aber kein Feld für ihre Tätigkeit vorfinden, jagen sie wie die begossenen Pudel wieder von dannen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

Seit der Woche vom 1. bis 7. April sind folgende Betriebe eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 1000, Brieg 200, Espenfeld 200, Westen i. d. Markt 200, Wittenberge 100, Königstein (Laimus) 87,81, Woerburg 80, Schwartau 82,20, Dorf i. d. Lautz 76, Regnitz (Gabel) 70, Göslin 50, Breitenbach 45,75, Wittenberge 12,17, Summa M. 2202,88. Büchsen erhielten: Leibnitz M. 400, Döberitz 800, Mahlendorf 100, Wittenberge 100, Raibach 100, Groß-Neuendorf 100, Schönbach 100, Hagen i. Westf. 80, Eggendorf 60, Lutter a. Elbe 50, Wolsenbüttel 50, Dahlenburg 50, Lippoldsweller 40, Summa M. 1580.

Aktiona, den 9. April 1906.

Karl Reich, Hauptfaktorier, Wilhelmstraße 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissions etc.

Die Bergbaubetriebsstände werden dringend erachtet, über alle in Brem und niedersächs. und Thüring. umgedreht an den „Grundstein“ zu berichten. Sowohl über die akt. und bald. resultierenden Berichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeitgeberbestimmungen und über Submissionsergebnissen)

Und wieder der Hamburger Centralbahnhof.

Schon des öfteren haben wir Unfälle vom Bau des Hamburger Centralbahnhofs melben müssen. Fast immer ereigneten sie sich bei der Aufstellung der schweren Eisenkonstruktion. Auch jetzt wieder, bei dem längsten außerordentlich schweren Unfall ist es so. Am 5. April, Nachmittags gegen 6 Uhr, stürzten drei Arbeiter, die mit Metallarbeiten bei der Verbindung der östlichen Seitenhalle mit der Mittelhalle beschäftigt waren, 15 m tiefe. Zwei waren sofort tot, der dritte war bei beiden völlig zerstümmert, der dritte von ihnen war derartig schwer verletzt, daß er ebenfalls nach zwei Stunden starb. Alle drei waren junge unberührte Leute aus der Gegend von Düsseldorf. Ein Freund unseres Blattes, der wenige Minuten nach dem Unfall auf der Unfallstelle war und noch die Leichen liegen sah, gibt uns über die Ursachen dieses erschütternden Unglücks eine Darstellung, der wir folgende entnehmen: Die drei verrichteten ihre Metallarbeiten von einem Hängegerüst aus. Das Gerüst war außer den Arbeitern nur mit einem kleinen Eimer voll Nieten und einer Kiste mit etwas Handwerkzeug belastet. Die Väume des Gerüstes waren an den eisernen Konstruktionsteilen teilweise mit elternen Haken, teilweise mit Drahtsträngen von etwa 12 mm Stärke befestigt. Einer davon gab nach, worauf das Gerüst mit allem was darauf war in die Tiefe, auf den mit Geräten und Eisenstücken aller Art, befestigten Bahnkörper stürzte. Ob der Drahtstrang gerissen ist, oder ob sich die Verknüpfung daran durch die fortwährend rüttelnde und stoßende Bewegung des Hängegerüstes löste, können wir bisher nicht mit Gewissheit feststellen. Sobiel ist erwiesen: der Drahtstrang fiel mit herunter, aber ehe sich ein Mensch, der in seinem Blute schwimmenden Verunglücksen annahm, war er bereits verschwunden. Auf Veranlassung unseres Gewährsmannes brachte ihn ein Arbeiter zwar wieder herbei, jedoch nahm ihn dann sofort ein anwesender Schuhmann in Verwahrung. Der betreffende Arbeiter behauptet, daß der Strang gerissen sei. Das würde allerdings zu dem Schluß zwingen, daß er völlig untauglich gewesen sein muß.

Bei dieser Gelegenheit ist noch etwas anderes herausgekommen: Ein Arbeiter, Zanda, ist, als er sich einmal weigerte auf einem unzureichenden Gerüst zu arbeiten, sofort entlassen worden! Die Arbeiter auf dem Centralbahnhof bezogenen den Bau mit dem vielzägigen Namen: der eiserne Galgen! Angesichts des hier gehöllerten, doch gewiß recht schweren Unfalls sollte man nun wohl annehmen, daß jetzt Vorkehrungen getroffen würden, um derartige Katastrophen wenigstens in Zukunft zu verhindern. Aber am Morgen nach dem Unglück arbeiteten auf der anderen Seite des Mittelhalle auf einem ebenso hergestellten Gerüst drei Männer ruhig weiter. Andere turnten zwischen dem Gerüst herum, hämmerten und hanterten ohne jegliches Gerüst, ohne jegliche Schutzausrüstung, und das in einer Höhe von reichlich 20 m!

Die ganze Arbeitsschweife auf dem Hamburger Centralbahnhof ist nachgerade zu einem Standart geworden. In ganz Hamburg wird kein Bauhauptverantwortlicher aufzutreffen sein, der diese Arbeitsweise billigt, höchstens mit Ausnahme der Bauleitung und der Eisenbahnbeamten, die Strafantrag gegen uns gestellt hat, weil wir das dortige Treiben beim richtigen Namen nennen. Sie will uns rechtfertigen gegen unsere Vorwürfe; jetzt dürfte aber auch bei ihr die Erkenntnis aufdämmen, daß ihr das sehr schwer fallen wird. Von anderer Seite wird uns versichert, daß der ganze Bau bisher sieben Menschenleben gefordert habe.

Sieben Menschenleben! Mit jedem Menschen stirbt eine Welt von Gedanken. Sieben Leben vernichtet, die nicht wieder erneut werden können, die ein Daseinsrecht hatten ebenso gütig wie das derer, in deren Diensten es endete. Gewiß, die beiden jungen Arbeitern, die sofort tot waren, haben einen

schönen, vielleicht auch einen schmerzlosen Tod gehabt, aber läßt die Kunde vom ihrem Jähren Ende nicht dort hinten am Meine ein Mutterherz sich zusammenkämpfen vor Schmerz über die vernichtete Hoffnung, den vernichteten Stoß, wird den Eltern nicht das ganze Leben lang der schreckliche Tod ihres Sohnes vor Augen stehen? — Wer aber ist nun hier der Schuldige, auf wessen Konto kommt diese neue Blutschuld? Ist hier der Vorwurf Gottes geschehen, wonach die Materialien, die zu Hängegerüsten verwandelt werden, einer ganz besonders forstfältigen Prüfung zu unterziehen sind? Wer die Arbeitsweise auf dem Bau des Centralbahnhofs kennt, wird nicht lange nach der Antwort suchen.

Ein Massenunglück infolge Baueinsturzes.

In dem reizend gelegenen Schwarzwald-Städtchen Nagold hat sich am 5. April ein grausiges Massenunglück zutragen. Der durch die Hebung und Verschiebung eines bewohnten Gebäudes bekannt und in dem meisten kleinen bisherrigen Unternehmungen gläubige Baumeister Müllgauer in Stuttgart sollte den Gasthof „Zum Hirschen“ um 1.000 m beben, um einen Saal zu gewinnen. 76 Arbeiter (Maurer, Zimmerer und Hülfsarbeiter) waren dabei beschäftigt; um 7 Uhr war mit der Arbeit des Hebens begonnen worden, und das Werk war beinahe vollendet, als um 1½ Uhr das Haus plötzlich anfing zu schwanken und dann mit donnerndem Krach in sich aufzumitschreien. Als ein unverantwortlicher Leichtsinn muß es bezeichnet werden, daß man die schon an und für sich grobe Gefahr dadurch erhöhte, daß zirka 200 Personen als geladene Gäste während des Hebens im Innern des Gebäudes eine Art Freudenfest feierten. Der Einsturz des Gebäudes rief natürlich eine ungeheure Panik hervor. Ein Stockhoch, 20 m langer Schuhlaufen bildete den Schauplatz des furchtbaren Unglücks. Die Gloden der Nagolder Kirche schlugen Sturm, die umliegenden Ortschaften wurden alarmiert, die Feuerwehren der Stadt und der unliegenden Ortschaften eilten herbei, und in kurzer Zeit begann eine fieberhafte Tätigkeit, auf dem Unglücksplatz. Die zuerst ausgetragenen Personen waren noch lebendig, aber bereits nach drei Stunden hatte man 45 Tote gefunden. Männer, Frauen und Kinder jeden Alters befinden sich unter den Toten. Am 6. April waren 46 Leichen geborgen, und vier Schwerverletzte starben bald nach ihrer Befreiung aus den Trümmern. Bis Abends 7 Uhr zählte man außerdem 80 Schwerverletzte, während über die Zahl der Leichtverletzten noch kein Lebhaft zu erlangen war. Von den Toten werden zehn als Maurer, einer als Zimmer und drei als Zimmerer bestimmt. Die meisten Todtenopfer hat das Unglück von den Gästen gefordert.

Über die mutmaßlichen Ursachen des Einsturzes schreibt die „Schwäbische Tagwacht“: Es liegen zweifellos die allseitigen Verfehlungen der Behörden sowohl als des Leiters der Hebewerken, des Werkmeisters Müllgauer, vor. Müllgauer hat zu der Arbeit, die die Mitwirkung von vielleicht 80 bis 100 durchaus geschulten Leuten erfordert, nur eine eigene Gehölle von Stuttgart mit nach Nagold gebracht, die übrigen Posten befreite er zum Teil mit den Leuten eines Werkmeisters von Nagold, zum Teil mit Privatpersonen, die vielleicht nie mit einer ähnlichen Arbeit zu tun gehabt haben. Mitglieder des Nagolder Turnvereins und des „Liederkratzes“ stellten sich ihm zur Verfügung, und er nahm sie alle an. Fraglich ist, ob überhaupt eine gründliche Instruktion der Hebung vorausgegangen ist; aber sie allein würde auch nicht genügen, gewissenhafe Uebungen müssen vor einem solchen gefährlichen Experiment für die erforderliche Sicherheit sorgen. Um indessen von dem aufbedungenen Preis der Hebung, der etwa M 4000 betragen haben mag, einen recht großen Reingewinn zu erzielen, setzt Müllgauer das Leben seiner Hülfskräfte aufs Spiel; und nicht nur das, er war gewissenlos genug, auch den Wirtschaftsbetrieb während der Hebung zu gestalten und zu dulden, daß sich eine große Menschenmenge im Hause aufhielt und den in der Luft schwappenden Bau schwer und einsetig belastete.

Doch trifft die Schuld nicht ihn allein. In Baden-Baden hat Müllgauer bereits einmal Mittigfels nicht bei seinen Arbeiten gehabt. Das dürfte den württembergischen Behörden nicht unbekannt sein. Doch sei dem wie ihm wolle: auf jeden Fall ist bei einem solch gewagten Unternehmen zu sorgen für die Entfernung aller Menschen, deren Mitwirkung nicht erforderlich ist, und für eine amtliche fachmannschaftliche Überwachung der ganzen Arbeit. Nichts von alledem ist geschahen. Der Oberamtmann war im Augenblick des Unglücks nicht in der Stadt, der Stadtbaurat ging in den „Hirsch“ aus und ein und samstags in Gefahr; nur für Duschtürme waren die Straßen abgesperrt für Personen aber war der Verkehr am und in dem Gebäude ein ungehemmter. Die Untersuchung, die nun im Gange ist, wird sich auch darauf zu erstreden haben, wen nach dieser Richtung die Verantwortung trifft. Wir fürchten, daß sowohl die Bezirks- als die höheren Behörden sich nicht werden rein waden können von der Schuld an dem furchtbaren Ereignis, das namenloses Unglück über Dutzende von Familien gebracht hat.

* * *

Berlin. In Wilmersdorf, in der Berlinerstraße 105, ist zum 1. April ein Neubau soweit fertig geworden, daß die Mieter einzogen sollten. Komisch mußte ihnen aber die Eröffnung scheinen, daß sie nicht einziehen durften — wegen drohender Einsturzgefahr des Hauses! Manche mögen mit dem Kopf geschnüffelt haben, daß ein erst neu aufgeführtes Haus schon vor dem Gebrauch eine Gefahr für die Einwohner bietet. Und doch ist dem so. Dieser Neubau ist von einem Herrn Wilhelm Gimpel für den Zimmermeister Ahlers in Altona ausgeführt worden. Die Maurer haben, um recht viel Geld zu verdienen, darauf losgepuscht. Genügend Aufsicht war nicht vorhanden, da ja dieser Unternehmer etwas anderes zu tun hatte, als nach guter Arbeit zu sehen. Auf diesem Bau sind die wichtigsten Regeln der Baukunst und alle technischen Vorrichtungen außer acht gelassen; von einem regelrechten Steinverband ist keine Rede. In dem Keller sind die Hauptpieler so schlecht gearbeitet, daß sie dem Druck der Luft von oben nachgaben. Ringsherum nur einen Stein stark gemauert, sind sie inwendig

ohne den nötigen Mörtel aufgeführt, lose sind die Steine aufeinander geschiebt, weshalb sie jetzt wie Schutt auseinander brodeln. Zeigen sich an dem Hause in den oberen Etagen schon Risse und Sprünge, so ist im Keller die Bauausfertigung so fortgeschritten, daß die Hauptpieler jetzt neu aufgestellt werden müssen. Die Vorarbeiten dazu sind schon getroffen. Jetzt wird das Haus zwecks Umbau schon abgesteift. Der Leiter wird fragen, ob die Aussichtsbehörde diese Bruchart nicht gegeben hat? Allm. Anteile nach nicht; sonst müßte der Bau schon im Anfang inhibiert werden. Daß auch bei der Stockbaunaufnahme niemand daran gestoßen ist, nimmt uns weiter nicht wunder bei der Ausfassung der Beförde über die Altordmauerarbeiter Ost wurden Maurer bei Melburg derartiger Missstände von den Behörden abgewiesen mit der Motivierung, daß die Anzeige wohl nur aus Rache gegen den Unternehmer erstattet sei. In solchen Fällen würde die Untersuchung strikt abgelehnt. Der beste Beweis ist der Fall bei dem „Schillertheater“ in Charlottenburg. Dort wurden die Altordmauerer ausgepeitscht, weil sie gute Arbeit hinstellen wollten. Die Anteile des Unternehmers wußten nur viel Steine verarbeitet haben. Dies verlangte Quantum konnte nicht im Interesse der guten Arbeit geleistet werden; dazu gaben sich die Maurer nicht her im Interesse der Stadt und das Resultat war ihre Entlassung und die Einstellung von Altordmauerern. Zum vorliegenden Fall hat ja nun die Behörde den besten Beweis, wohin die Altordmauer führt. Wir wollen hoffen, daß sie das berechtigte Verstecken der Arbeiterchaft, derartig, daß Allgemeinwohl schädigende Aussagen auszuordnen, nach seinem Können untersucht. Ein besonderer drastischer Fall, der die brutalität der Altordmauerer im schwarzlicht zeigt, spielte sich am 5. April in Reinhardtsdorf ab. Dort fingen auf einem Bau zugleich mit organisierten Maurerarbeitern Altordmauerer in Lohn an zu arbeiten. Von den Organisierten fortgeführt darauf hinweisend, daß zu organisieren, zogen sie es vor aufzuhören. Um den Organisierten aber nun auch das Weiterarbeiten auf dieser Baustelle unmöglich zu machen, ließen sie den Bau von der Polizeibehörde wegen mangelhafter Ausführung der Arbeit inhibieren. Als Beweis dient ihnen die von ihnen selbst ausgeführte mangelnde Arbeit. In diesem Vorgang spiegelte sich die ganze Charakterlosigkeit der Altordmauerer.

Braunschweig. Am 5. April, Vormittags 11 Uhr, stürzte an dem Neubau des Bädermeisters Junier in der Wolfshüttenstraße eine Klappe ein, die den Kollegen Karl Neimier unter sich begeb. Bei der Einholung der Pellerde ist auf Beratung des Poliers Müller mit einer unverzüglichen Leistungsfertigkeit zu Werke gegangen worden. Man mußte als Unterzughörer unter die Träger Klappbetter nehmen, statt der sonst üblichen vierlangen Holzer. Diese Klappbetter wurden mit nur nullimeterstarrem Putzdruck, den man nur sechmal um die Breite herumgewidmet hatte, unter die Träger gehängt. Weitere Abstürzungen oder Besetzungen wurden nicht gemacht. Schon beim Einstampfen des Betons rissen einige Drähte. Als nun Kollege Neimier unter die Decke ging, um Notöffnungen vorzunehmen, stürzte die Decke ein und begrub B. unter sich. Hätte dieser nicht gerade auf einem ersten Erdgeschoss gestanden, so daß er mit der Hand an die Decke reichen konnte, wäre er auf alle Fälle erschlagen worden, denn die übrige Kellerhöhe beträgt von der Sohle bis zur Decke zirka 3 m. Er erlitt schwere innere Verletzungen, und das linke Bein wurde aus dem Gelenke gedreht.

Burgstädt. Am 4. April ereignete sich auf dem höchsten Gasanstaltsbau ein Unglück, bei dem die Maurer O. Hartenbach leicht und A. Barthel sehr schwer verletzt wurden. Sie waren damit beschäftigt, einen 4 m hohen Grund auszumauern, als die obere Erdmasse abrupte und die zwei Maurer verschüttete. Ob das Unglück durch den Frost oder durch die mangelhafte Auseinandersetzung entstanden ist, wird die Untersuchung lehren.

Danzig. Durch einen Sturz aus der zweiten Etage in den Keller zog sich der Kollege Witt am 26. März mit dem Körnerischen Neubau in der Schadowgasse eine Rückenquetschung zu. W., der eine Tür anlegen wollte, war, um das richtige Maß festzustellen, eine Etage tiefer gegangen, um die untere Tür zu messen. Hierbei stürzte er, da die Einsturzdecke nur teilweise eingestürzt war, infolge eines Gehirntritts ab. Bei dieser Firma mehrten sich die Unfälle in erstaunlicher Weise. Erst kurz vor Weihnachten stürzten zwei Kollegen mit dem Grif zusammen. Davon ist der eine tot, der andere ein Klappfuß gestorben. Daß dieser Firma natürlich nie genug werden. „Das genügt mir nicht“, heißt es einfach.

Hildesheim. Ein trauriger Unglücksfall, beim drei Menschen zum Opfer stellten, ereignete sich Samstag, den 31. März, in der Hasestraße, in dem von Maurermeister Alphons Moritzberg noch nicht fertig gestellten Wohnhaus. Am genannten Tage wollten die Frau des Bauherrn sowie dessen Schwiegereltern und die Frau des Arbeiters Kübel die Wohnung ansehen und um sie die Ansicht zu erlangen, betraten sie einen Balkon in der 3. Etage. Raum hatten die drei den Balkon betreten, so brach die Betondecke, durchdringend die Decke des darüber befindlichen Balkons und riss alle drei mit in die Tiefe. Dabei wurde die Frau Kübel schwer verletzt, so daß sie an den Folgen der Verletzungen im Laufe der Woche gestorben ist. Bei den beiden anderen ist Hoffnung auf Erhaltung des Lebens vorhanden. Die Schuld an dem Unglück trug aufwiegend der Maurermeister Alphons Moritzberg auf Drängen des Bauherrn, den Bau acht Wochen früher fertig zu stellen, als vertraglich bei Baumeister machen ließ. Auch den Polier Wehmeyer, einen ehemaligen „Arbeitswilligen“, trifft ein Verhältnis, da er die Decke ansädeln ließ, obgleich er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Beton gekrochen war. Gegen den Maurermeister Alphons Moritzberg ist Strafantrag gestellt worden.

Bönen. Am 6. April stürzte bei dem Umbau Hedwigstraße 15 ein Mauerpieler ein. Der Maurerpolicier Friedr. Höring wurde dabei derart verletzt, daß er mittels Krankenwagens zum Krankenhaus geschafft werden mußte.

Aus anderen Berufen.

* **Streiks und Auswiderungen.** Die Interessenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit sind schon wieder auf der ganzen Linie entbrannt. Das ist nach Lage der Dinge nur erklärlich. Mit Recht ist die Arbeiterchaft bestreit, die Schäden, die ihr durch die neu agrarische Politik gezeigt werden, weder auszugleichen, und zwar auszugleichen auf dem für sie einzige gangbaren Wege, durch Erhöhung des Lohnes. Dies Streben wird durch die gute Geschäftslage wesentlich begünstigt. Von den gebrochenen Arbeitskämpfen erwähnen wir noch, soweit wir es nicht schon getan haben, den Streik der Mater in Berlin, die in der Hauptstadt eine Erhöhung des Stundenlohnes fordern. Am Freitag sind 7800 Gehülfen beteiligt; von den circa 1800 Malermeistern haben 500 die Forderungen förmlich anerkannt, wodurch 1800 Gehülfen zu den neuen Bedingungen arbeiten können. Um ihre Berliner Kollegen herauszupausen, tragen sich die Hamburger Malermeister mit der Absicht, ihrerseits eine Auswertung der Gehülfen vorzunehmen. In Hamburg besteht zwar ein Arbeitsvertrag für das Malerhandwerk, aber die Malabore haben trotzdem große Lust dazu. Sie werden sich aber wohl die Sache noch einmal überlegen. Der Streik der Seefahrer in Hamburg zieht ebenfalls in wachsendem Maße das Interesse der Seemannschaft auf sich. Die Forderungen der Seeärmelischen Arbeiter gießen besonders darin: Erhöhung der Gehülfen um 6 p.a. Lohn, Bejölung der gesetzlichen Schutzberechtigungen und Anerkennung der Organisation.

Der Verein der Reeder hat zwar in einem klaren Bescheid gegeben, daß er die Montagsschichten erhöhen will, erweigert sich aber, mit der Organisation zu unterhandeln. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Ob dies erreicht werden kann, steht der Zukunft offen. Am 1. April führten die Streikenden alle wieder einzeln, seitdem sie ihre Montureure aufgelöst haben. In der Fabrikation haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metalindustriellen der Kreischaupolitanerstadt Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausland getretene 80 Montureure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterteilt, worin von der Firma Biesoldt & Lode Anerkennung der Organisation, Gewährung des freien Koalitionsrechts, gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, sowie allmäßliche Wiedereinstellung familiärer Streitenden nach Bedarf verlangt. Dies Reeder hat gar keinen Erfolg gehabt, die Seeleute haben sich dadurch nicht wankend machen lassen. Die Mannschaft der von See kommenden Schiffe schließt sich fast vollständig im Streik an. Ein gewaltigen Kampf müssen die Metallarbeiter in der Kreischaupolitanerstadt Dresdens führen. In der Maschinenfabrik von Biesoldt & Lode in Weißensee haben 80 Montureure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von Seiten der Firma das Organisations

Zu den Verusen, die mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verknüpft sind und in denen trocken der Arbeitsertrag sehr viel zu wünschen lässt, gehörte die Schiffsfahrt und der Schiffsbau. Angeregt vom deutlichen Seemannsverbande hat nunmehr von 18 bis 21. März in Berlin der erste allgemeine Schiffs-kongress der in der Schiffsfahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter stattgefunden. Es war von circa 200 Delegierten der in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen besucht. Der Einladung an die Fraktionen des Reichstages zur Teilnahme am Kongress hatte nur die sozialdemokratische durch eine Delegation entsprochen. Die Sozialdemokratie, die doch in erster Linie moralisch verpflichtet gewesen wäre, sich vertreten zu lassen, hatte die abgelehnt. Der Städtische Sekretär des Innern Graf Waldbottswitz sprach in einem Schreiben sein "Bedauern" aus, daß er der Einladung sich an den Verhandlungen zu beteiligen, nicht entsprechen, auch keinen Vertreter schicken könne. Dieses Verhalten des Herrn Ministers für Sozialpolitik entspricht genau dem, was er schon mehrfach anderen Arbeiterkongressen, die "sozialdemokratisch auszüglich" sind, so auch den Bananenarbeiterkongressen gegenüber drobhafter hat. Vorerst kann die gouvernementale Sozialpolitik sich kaum kompromittieren, als durch solche "patriotische" Arbeitersorganisationen Kundgebungen veranstalten, da hat die Regierung immer Zeit und da gereicht es ihr immer zur besonderen Ehre, vertreten zu sein. Sozialdemokratische Arbeiter dürfen auf diese Maßnahme nicht rechnen.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Vorsitzenden des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere, des Verbandes deutscher Seemannsleute und des Verbandes deutscher Geschäftsbereiche an den Verhandlungen teilnahmen.

In gründlicher Weise wurde die soziale und rechtliche Stellung der seefahrtenden Arbeiter vom Referenten, Paul Müller-Hamburg, erörtert. Er sah darin eingehend die Gefahren, Leiden und Ungerechtigkeiten, denen diese Arbeiter häufig ausgesetzt sind. Eine Resolution, in der gesetzliche Eingrenzung der Bezahlung der schweren Missstände gefordert wird, fand einstimmige Annahme.

Angenommen wurden weiter zwei Resolutionsen, betreffend die Arbeitsverhältnisse der Hafenarbeiter, Blumenhöfner u. a. In der einen wurde die drei Arbeiter gefordert:

1. wirksame Schutzbestimmungen für das gesamte Deutsche Reich;
2. die Festlegung einer Maximalgrenze für die im Hochseefahrzeuge zu leistende Arbeitszeit;

3. Amtstellung von Hafenshipstoren durch das Reich zur Überwachung der erlassenen Vorschriften und Bestimmungen;

4. Amtstellung von Konsulenten, deren Wahl durch die Berufsorganisationen vorgenommen ist;

5. Bestimmungen über die Beschaffenheit einzuführender sanitärer Einrichtungen zum Schutz der Arbeiter bei Unglücksfällen.

Während haben derartige Vorschriften oder Bestimmungen fast nirgend bestanden oder aber sie sind nicht zur praktischen Durchführung gekommen. Solange das Reichsrecht darüber, ob derartige Vorschriften erlassen werden sollen oder nicht, den einzelnen Landesregierungen überlassen wird, wird eine durchgreifende Verbesserung nicht eintreten.

Die zweite Resolution bestimmt, es sei bei Regierung und Reichstag dahin zu wirken, daß

a) durch bundesstaatliche Verordnung oder Reichsgesetz bestimmt wird, daß sowohl der Binnenschiffsschiffsbetrieb als auch der Blumenhöfchenschiffsbetrieb den Bedingungen der Sonn- und Feiertagsruhe unterworfen wird. Besonders ist Bezug zu nehmen auf den Binnenschiff- und Frachtfahrtsbetrieb der deutschen Binnennawasserstraßen, wie schiffbaren Flüssen, Seen und Kanäle;

b) den Mannschaften der Schiffe und Frachtfahrzeuge im Binnenschiffsbetriebe, wenn sie an Bord logieren, eine nachtläufige Mindestzeit von sechs Stunden gewährt wird, wenn nicht durch ein wechselseitiges Wachsystem eine anderweitige Regelung der Nachtruhe;

c) für Hafen-, Werftarbeiter und Frachtfahrzeuge durch bundesstaatliche Verordnung oder Reichsgesetz ein Minimumarbeitsstag von höchstens 12 Stunden festgelegt wird;

d) für Dampfschiffe, die auf Säden, Fässern oder Kästen zur Beladung von Personen dienen, eine Arbeitszeit von höchstens 12 Stunden festgelegt wird, bei längeren Fahrten ist vor Abfahrtswunschhalt zu sorgen;

e) den Mannschaften aller zur Verförderung von Personen an Sonn- und Feiertagen verwandten Fahrzeuge ist alle zwei Wochen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 86 Stunden zu gewähren. Diese Ruhepause kann auch auf einen Wochentag verlegt werden.)

Im Anschluß an ein die Unfälle und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den Werken behandelndes Referat des Arbeitsssekretärs Wissel-Dötsch wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, so schnell wie möglich dem Bundesrat und dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonit auferstehende Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit des in Schiffsbaubetrieben beschäftigten Arbeiters enthalten sind. In diesem Gesetzentwurf müssen unter anderem Bestimmungen enthalten sein, wonach:

1. Die Arbeiter berechtigt sind, aus ihrer Reihen Kontrollen zu bestellen, die den Auftrag haben, Gerüste, Stellagen, Arbeitsmittel und Werkzeuge vor der Benutzung auf ihre Sicherheit zu prüfen und die sämtlichen und hogenen Einrichtungen (Ventilation, Beleuchtung, gefährlicher Stellen u. dgl.) zu genügend Verhältnissen und Menge zu untersuchen; ferner die Beugnis beiziehen, den Beginn oder die Fortführung der Arbeit zu verhindern, solange die genannten Einschätzungen nicht in genügendem Maße vorhanden oder im Verlauf der Arbeit soweit unbrauchbar geworden sind, daß sie nicht genügend Schutz vor Unfalls oder Erkrankungsgefahr bieten;

2. Vorrichtungen zur Erfüllung der Arbeitszeit sowie zur Einschränkung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten sind;

3. gefährliche Arbeiten ausschließlich in Zeitlohn auszuführen sind.

Den in den Schiffsbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften wird zur Aufgabe gemacht, über die Unfälle und die Verursachung

frankheiten der Arbeiter ihrer Branche fortlaufend Statistik zu führen.

Als Vertreter des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere, der Handelsmarine (Sitz Hamburg) gab der Kapitän Breuer seiner persönlichen Befriedigung über den Verlauf des Kongresses Ausdruck. Er habe aus den Verhandlungen manches gelernt, was ihm bisher völlig fremd gewesen sei, und könne nur wünschen, daß der Kongress mit seinen Befreiungen baldigen Erfolg haben möge.

Besonders der Erreichung einer ständigen Schaffensmission für die in der Schiffsfahrt und im Schiffbau

beschäftigten Arbeiter stimmt der Kongress einer Resolution zu, in der eine solche Kommission für er streben wird, bestimmt wurde.

Die nächsten Vorarbeiten zur eventuellen Einführung derselben sollen jedoch den Zentralvorständen der in Frage kommenden Organisationen überlassen bleiben.

Hieraus wurde der Kongress nach einer Schlafrede des Vorsitzenden K. L. S. Stuttgart mit einem Hoch auf die Arbeitersbewegung geschlossen.

Mögeln sich die Erwartungen, die der Kongress an seine Beratungen und Beschlüsse gehabt hat, in vollem Maße erfüllen?

Eingegangene Schriften.

"Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), 28. Heft des 24. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Militärische Streiksichten. — Die Wanderausgabe Eicht und Rantz Sosialismus. Von A. Zoff. — Die revolutionären Parteien in Augsburg während der Jahre 1889 bis 1903. Von Dr. Ida Kielrob. (Fortsetzung). — Zum Kampfe um die preußische Volksschule. Von Heinrich Schulz. — Organisationen für die theoretische Bildung der Arbeiterklasse. Von Alig Kosiol. — Die Abnahme der Alterstreiten. Von Friedrich Stells (Würzen).

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 3,20 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet M. 0,20. Probenumrissen stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift (H. Braun u. H. Braun), Heft 15. Aus dem Inhalt heben wir hervor: K. L. G. S. Nationale Verantwortlichkeit. Der Preis der einzelnen Nr. dieser Zeitschrift beträgt 10 Pf. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure und durch den Verlag Berlin W 16, Kleineflext. 5.

Briefkasten.

Mülhausen, 200. Im "Grundstein" ist nichts davon verzeichnet, daß die von Ihnen genannte Firma im Jahre 1905 gelöscht gewesen ist.

Halberstadt. Da lieben Todesanzeigen aus dem Monat März könnten wir, weil veraltet, nicht mehr veröffentlichen.

Münster i. W., 2. April. Berichte sind hier nicht eingetroffen, sonst wären sie sicher aufgenommen worden. Den Tätigkeitsbericht der Dauerarbeitsbeschaffungskommission werden wir nachträglich noch veröffentlichen, wenn Sie ihn noch einmal einsenden. Der Versammlungsbericht wird wohl veraltet sein.

Anzeigen.

Ulm.

Die Wohnung des Kassierers Nikolaus Bernhard befindet sich Olgastr. 92, 1. Et., in Ulm; die des Vorsitzenden J. Bantleon, Neu-Ulm, Domstr. 7. [M. 1,80] Der Vorstand

Osterholz-Scharmbeck.
Kassierer ist Martin Lankenau, Wohnung: Winterberg in Scharmbeck. [M. 1,20]

Nortorf.

Herberge und Verksammlungshotel sind bei H. Wommelsdorf, Niederstraße. [M. 1,20]

Liegnitz.

Der Vorsitzende, Kollege Rudolf Pohner, wohnt vom 15. April an Haynauerstr. 4, 3. Et. [M. 1,20]

Frankfurt a. d. O.
Unter letztes Verhörslosal ist das neue Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. Die Wohnung des Kassierers Wilhelm Niklaus befindet sich Sophiestraße 36. [M. 1,80] Der Vorstand

Achtung!

Für einen wichtigen Prozeß bedürfen wir der Adresse des Maurers Franz Nowack, der bis Ende 1905 in Deutschland wohnte und bisher in Breslau wohnte. N. war im vorherigen Sommer in Schlesien in Löwitzsch (Vertrauensmann des Verbands) und ging von da nach Berlin, Georgenstr. 25, und später wieder nach Oberösterreich. Wer den festen Aufenthaltsort Nowack kennt, wird gebeten, ihn umgehend den Redaktionen der "Volkswoche" in Breslau, Neue Graupenstraße 5/6, bekannt zu geben.

Versammlungs-Anzeiger.
Die Verbandsstellen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.
Schwerin. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab immer den Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat statt.

Sonnabend, den 14. April.

Elmshorn. Abends 9 Uhr bei C. Walter, Z.-O.; Redakteur, Wirtschafts-

Montag, den 16. April (Ostermontag).

Beilngries a. d. E. Nachts 9 Uhr im Brüdergottes-Hof.

Neustadt a. d. Haardt. Nachmittags 2 Uhr Versammlungsort der Gemeinde-

arbeiter.

Mittwoch, den 18. April.

Guben. Abends 9 Uhr im Vereinstalot. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dominikaner, den 19. April.

Grünpberg i. Sch. Abends 9 Uhr bei Frau Adam.

Sonnabend, den 21. April.

Aken. Abends 9 Uhr in der Herberge zur Heimat.

Colditz. Abends 9 Uhr im Vereinstalot. Referent aus Leipzig anwesend.

Sonnabend, den 22. April.

Cöln. Morgens 11 Uhr Generalsammlung im "Volkshaus", Seestraße 100.

Croppenstedt. Nachts 9 Uhr in der "Giantag".

Friedersdorf. Nachts 9 Uhr bei Vater.

Gesellige Männerversammlungen.

Mittwoch, den 16. April (2. Osterfeiertag).

Dahlien i. S. Vorm. 11 Uhr in Gasthof Restaurant, Fleischmarkt 10.

Zentral-Krankenkasse der Männer usw.

Mittwoch, den 18. April.

Schwerin i. M. Abends 9 Uhr im Gesellschaftshaus, St. Moritz 31. Z.-O.; Vorlesung vom 1. Quartal.

Sonnabend, den 21. April.

Spandau. Abends 9 Uhr bei Vater, Neumarktstraße 8, Z.-O.; Versammlung.

Sonnabend, den 22. April.

Potsdam. Vorm. 10 Uhr bei Vater.

Sonnabend, den 22. April.

München. Vorm. 10 Uhr im Restaurant "Cambria", Sembingerstr. 10, Duellabstimmung.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht werden alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite folgt M. 10.)

Brieg. Am 8. April verstarb unser Mitglied Hermann Wolf im Alter von 24 Jahren an Tuberk.

Cöln. Am 4. April verstarb unser Verbandsmitglied Peter Krimmel im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung.

Essen. Freitag, den 80. März, verstarb unser Verbandskollege Anton Eikel infolge eines Unfalls.

Frankfurt a. b. D. Am 28. März verstarb unser treuer Verbandskollege August May im Alter von 60 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Halberstadt. Am 4. April verstarb nach kurzen aber schweren Leidern unser Mitglied Fritz Grothaus im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.

Heidelberg-Wilhelmsfeld. Am 2. April verstarb unser treuer Verbandsmitglied, Kollege Leonhard Hörr im Alter von 30 Jahren an Bluturst.

Mainz. Am 5. April verstarb nach langem, schwerem Leidern unser Verbandskollege Wilhelm Adam im Alter von 31 Jahren infolge Magdarm-Operation und Darmverschwellung.

Minden. Am 30. März verstarb unser Kollege Willh. Schwiex aus Holzhausen II im Alter von 22 Jahren nach unheimlichem Krankenlager an Nierenleiden.

Ostrosnig-Al. Elgut, Sr. Eisel. Am 8. März verstarb unser treuer Verbandsmitglied, Kollege Anton Stoklossa, im Alter von 65 Jahren an Magen- und Leberfehls.

Passau. Am 26. März verstarb unser treuer Kollege Max Bleibl im Alter von 26 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Stuttgart. Am 2. April verstarb unser Mitglied Karl Mayer in Pleichhausen im Alter von 31 Jahren an Herzleiden.

München. Am 29. März verstarb unser Mitglied Xaver Stadler im Alter von 81 Jahren nach langem Leidern an der Proletarierkrankheit. — Am 5. April verstarb unser Verbandskollege Karl Bauer im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Bündeberg. Mittwoch, den 4. April, verstarb nach langem, schwerem Leidern unser treuer Mitglied F. Scheelek im Alter von 27 Jahren.

Potsdam. Am 8. April verstarb unser Kollege Franz Jarosch im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.

Reichenbach. Am 8. April verstarb nach langem, schwerem Leidern unser längjähriger treuer Verbandskollege Karl Degenhardt im Alter von 22 Jahren an Krebsübererkrankung und Herzkrankung.

Mühlberg-Hamborn. Am 1. April verstarb infolge eines Unfalls unser Verbandskollege Frieder.

Dreyer im Alter von 47 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!